

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Das Recht auf Bildung in Kolumbien.
Eine diskursanalytische Untersuchung über die
Diskrepanz zwischen Ideal und ‚Wirklichkeit‘“

Verfasserin

Yvonne Teufel

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 190 350 353

Studienrichtung lt. Studienblatt:

UF Italienisch UF Spanisch

Betreuerin:

PD Mag. Dr. Margit Thir

Vorwort und Danksagung

Die vorliegende Diplomarbeit wurde im Rahmen meines Lehramtsstudiums der Unterrichtsfächer Italienisch und Spanisch am Institut für Romanistik der Universität Wien verfasst.

Schon im Laufe des Studiums entdeckte ich mein Interesse für die Menschenrechtssituation in Lateinamerika, und insbesondere in Kolumbien. Vor allem jedoch mein Auslandssemester an der Universidad Carlos III in Madrid, der daraus entstandenen Freundschaft zu Kolumbianern und der anschließenden mehrwöchigen Reise in dieses faszinierende Land, ließen mich zu dem Entschluss kommen, mich in meiner Diplomarbeit näher mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Diese Arbeit entstand somit aus der Intention heraus, mein Interesse für die Sprachwissenschaft mit meiner Begeisterung für Kolumbien und das Thema der Menschenrechte, sowie mit meiner persönlichen Überzeugung von der Notwendigkeit der Garantie einer qualitativ hochwertigen Bildung für Alle, zu verbinden.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Personen bedanken, welche mir im Laufe meines Studiums, und während der Entstehungsphase dieser Diplomarbeit zur Seite standen.

Besonderer Dank gilt der Betreuerin meiner Arbeit, PD Mag. Dr. Margit Thir für die Offenheit, mit der sie mir bei der Wahl des Themas begegnete, für ihre fachlichen Ratschläge, und für ihre stets freundlichen, motivierenden Worte.

Dank gilt auch den ProfessorInnen, die mich durch die Inhalte ihrer Lehrveranstaltungen zur Wahl dieses Themas inspiriert haben, sowie meinen Studienkolleginnen und Freunden, welche nicht unwesentlich dazu beitrugen, dass meine Studienzeit zu einer besonders wertvollen und prägenden Phase meines Lebens wurde.

Abschließend möchte ich natürlich meiner Familie, allen voran meinen Eltern danken: Meiner Mutter sowie meinem Vater, welcher vor allem am Ende dieses Lebensabschnittes besonders fehlt, und Heinz, dem besonderer Dank gebührt für den steten Glauben an mich und für seine Unterstützung, auf die ich bisher auf allen meinen Wegen bauen konnte.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
2. Theorie	4
3. Methode: Diskursanalyse	8
4. Begriffsklärungen und Kontextualisierung	15
4.1. Politischer Kontext: Zum Demokratieverständnis in Kolumbien und Lateinamerika	15
4.2. Die Rechte des Kindes	22
4.3. Bildung	30
4.4. Die Medienlandschaft in Kolumbien und Lateinamerika	44
5. Analyse.....	52
5.1. Das Recht auf Bildung: Das gesetzlich verankerte Ideal.....	52
5.2. Das Recht auf Bildung: Die „Wirklichkeit“ in der Berichterstattung von „El Tiempo“ und „El Espectador“.....	68
5.3. Interpretation der Ergebnisse	89
6. Schlussfolgerungen und Ausblick.....	92
Literaturverzeichnis	96
Anhang	101
Anhang 1: Zeitungsartikel	101
Anhang 2: Resúmenes en español.....	109
Anhang 3: Abstract	119
Anhang 4: Lebenslauf	120

Abkürzungsverzeichnis

CEPAL	Comisión Económica para América Latina y el Caribe
DANE	Departamento Administrativo Nacional de Estadística
DRAE	Real Academia Española, Diccionario de la lengua española (Online)
ICFES	Instituto Colombiano para la Evaluación de la Educación
KRK	Konvention über die Rechte des Kindes (Kinderrechtskonvention)
NGO	Non Governmental Organization (Nichtregierungsorganisation)
OEA	Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS)
OREALC	Oficina Regional de Educación para América Latina y el Caribe/ UNESCO Santiago
PNUD	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNICEF	United Nations Children's Fund
UNO	United Nations Organization, Vereinte Nationen (span. ONU)

1. Einleitung

Obwohl Kolumbien laut seiner Verfassung aus dem Jahr 1991 als demokratische Republik definiert ist, wird es in der Regel als „defekte Demokratie“ bezeichnet. Das Land gilt als eine der ungleichsten Regionen Lateinamerikas, deren Politik und Alltag seit Jahrzehnten von einem bewaffneten internen Konflikt geprägt werden. Zum Teil enorm hohe Zahlen von Binnenflüchtlingen, Zwangsvertreibungen oder Kindersoldaten sind einige der Charakteristika dieses Konfliktes, der immer wieder grobe Menschenrechtsverletzungen mit sich brachte. Vor allem Kinder sind es, welche die ungerechte Chancenverteilung innerhalb des Landes oder die Auswirkungen des bewaffneten Konflikts häufig am meisten zu spüren bekommen. Auf die Rechte dieses Teils der Bevölkerung sollte somit im Rahmen dieser Diplomarbeit genauer eingegangen werden. Konkret stand das Recht auf Bildung kolumbianischer Kinder im Zentrum des Interesses, das durch die Folgen des Konflikts oder aufgrund der generell weit verbreiteten Armut und der sozialen Ungleichheit im Land oft nicht zur Gänze erfüllt werden kann. Der Forschungsbereich der vorliegenden Arbeit sollte aus mehreren Gründen auf dieses wesentliche Recht der Kinder eingegrenzt werden.

Der erste Grund lag in der äußersten Relevanz des Themas und in der Überzeugung, dass eine qualitativ hochwertige Bildung für alle Menschen der notwendige Schlüssel zu einer vollständigen Entwicklung, und essentiell für ein friedliches, gerechtes gesellschaftliches Zusammenleben ist. Der zweite Grund war das bestehende Vorwissen darüber, dass Kolumbien eines der Länder mit der größten Chancenungleichheit der Welt ist und sich dies auch im Bildungssektor widerspiegelt: die Bildung an privaten Schulen und Hochschulen ist zum Teil sehr gut, während gerade in ärmeren ländlichen Regionen und für bestimmte Bevölkerungsgruppen der Zugang zu Bildung aus mehreren Gründen ein großes Problem darstellt. Der dritte Grund lag im persönlichen Interesse für das Land und die Thematik der Menschenrechte, genau so wie im pädagogischen Aspekt des Themas, dessen Bearbeitung sich für eine Lehramtsanwärterin anbietet.

Das Recht auf Bildung ist in mehreren von Kolumbien ratifizierten internationalen Menschenrechtsabkommen, wie zum Beispiel der Konvention über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen, verankert, sowie auf nationaler Ebene unter anderem durch die politische Verfassung des Landes aus dem Jahr 1991 geschützt. Zumindest auf der theoretischen, gesetzlichen Ebene ist das Recht auf Bildung somit für alle Kolumbianer gewährleistet. In der wissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema

herrscht Konsens darüber, dass die gesetzliche Regelung dieses Rechts zwar ein wesentlicher Schritt in Richtung demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung und langfristige Entwicklung ist, dies jedoch nicht bedeute, dass das Recht auf Bildung auch in der Realität für alle Menschen garantiert sei. Zwar sticht Kolumbien im Kontext der lateinamerikanischen Bildungssituation nicht als absolutes Negativbeispiel hervor und die kolumbianische Regierung hat in den letzten Jahren auch vermehrtes Engagement für die Verbesserung der Bildungssituation im Land gezeigt, jedoch wird in verschiedenen Studien und Berichten zum Thema offensichtlich, dass es noch viele Defizite auszugleichen gilt. Genau diese Defizite und die beschriebene Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Erfüllung des Rechts auf Bildung sind der Ansatzpunkt für die vorliegende Arbeit. Es soll untersucht werden, wie das gesetzliche Ideal formuliert ist und was daher der anzustrebende Zustand wäre. Im Vergleich dazu soll die von den zwei wichtigsten Tageszeitungen des Landes präsentierte Realität in Bezug auf die Bildungssituation des Landes analysiert werden.

Die konkrete Frage, die nun im Rahmen der vorliegenden Arbeit beantwortet werden soll lautet somit: Inwiefern besteht eine Diskrepanz zwischen dem gesetzlichen Ideal des Rechts auf Bildung für alle Kinder in Kolumbien, wie es in der politischen Verfassung des Landes oder in der Konvention über die Rechte des Kindes formuliert ist, und der Erfüllung dieses Rechts in der von kolumbianischen Printmedien präsentierten Realität?

Zur Beantwortung dieser Frage dient die Methode der Diskursanalyse nach Fellerer/ Metzeltin, die ihren Fokus auf die Analyse von textinhärenten Machtkontexten richtet. Vor der Beschreibung der Vorgehensweise in Kapitel 3, ist im zweiten Kapitel der Arbeit jedoch noch eine theoretische Annäherung an das Machtkonzept laut Metzeltin/ Thir notwendig. Für die beiden Autoren existieren in jeder menschlichen Gesellschaft hierarchische Strukturen, die durch die Festschreibung gewisser Regeln und Pflichten entstehen und für das Funktionieren dieser Gesellschaft notwendig sind. Diese Macht wird vor allem über verschiedene Riten oder über Sprache ausgedrückt und können somit anhand der Diskursanalyse untersucht werden.

Im Rahmen der Analyse der politischen Verfassung einer demokratischen Republik und eines internationalen Menschenrechtsdokuments, welches die Erfüllung der gleichen Rechte für alle Menschen zum Ziel hat, erscheint eine Untersuchung auf etwaige darin erkennbare Machtstrukturen äußerst interessant. Auch die Analyse der Berichterstattung der beiden führenden Tageszeitungen Kolumbiens könnte im Hinblick auf von ihnen suggerierte oder kritisierte Machthierarchien aufschlussreich sein, vor

allem weil die Medienlandschaft Kolumbiens seit jeher stark politisch geprägt war. Vor der eigentlichen Untersuchung ist es in Kapitel 4 zunächst notwendig einen kurzen Überblick über den sozialen und politischen Kontext Kolumbiens und Lateinamerikas zu geben. Die Basis dieses kontextuellen Rahmens bildet die Klärung von, für die Beantwortung der Fragestellung wesentlichen, Schlüsselbegriffen: Zuerst wird der Begriff „Demokratie“ definiert und es werden die wesentlichen Ziele einer derartigen Regierungsform zusammengefasst. Auch die Definition des Begriffes „Verfassung“ ist eine Voraussetzung für den weiteren Aufbau der Arbeit. Im Anschluss an die Begriffsklärungen wird der aktuelle Zustand der Demokratie in Kolumbien thematisiert. Diese Kontextualisierung dient auch dazu, zu verstehen, warum ein Festschreiben der Menschenrechte in der Verfassung zwar ein wichtiger Schritt in Richtung Demokratisierung ist, jedoch gleichzeitig gerade in Kolumbien die praktische Umsetzung oft auf Schwierigkeiten stößt.

Als nächster Schritt folgt die Definition des Begriffs „Kinderrecht“, sowie ein Abriss über die Geschichte der Kinderrechte und über die Entwicklung der *UN-Konvention über die Rechte des Kindes*. Anschließend folgt eine Annäherung an den Begriff „Bildung“, um dann die aktuelle Bildungssituation Kolumbiens im lateinamerikanischen Kontext kurz zu skizzieren und auch den Grad der Erfüllung des Rechts auf Bildung in Kolumbien zu thematisieren. Anhand dieser Darstellungen werden die beiden für die Analyse ausgewählten Gesetzestexte kontextualisiert und die aktuelle Situation Kolumbiens in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte und vor allem das Recht auf Bildung für Kinder möglichst umfassend dargestellt.

Da zur Beantwortung der Forschungsfrage das gesetzliche Ideal der von Printmedien präsentierten Realität gegenübergestellt wird, wird auch die aktuelle lateinamerikanische und kolumbianische Medienlandschaft erörtert. Hierzu wird zunächst ein genereller Überblick über die Massenmedien in der Region gegeben, um anschließend die beiden für die Analyse ausgewählten Tageszeitungen *El Tiempo* und *El Espectador* genauer vorzustellen.

Kapitel 5, der empirische Teil der Arbeit, unterteilt sich in die Untersuchung des gesetzlichen Ideals, also der UN-Konvention über die Rechte des Kindes und der aktuellen politischen Verfassung Kolumbiens und in die Analyse der „Wirklichkeit“, welche anhand jeweils eines Artikels aus den Online-Portalen von *El Tiempo* und *El Espectador* untersucht wird. Die Analyse der einzelnen Texte erfolgt dabei stets nach der gleichen, von Fellerer/Metzeltin vorgeschlagenen Vorgehensweise. Die für die Analyse notwendige Kontextualisierung und Darstellung der Entstehungsumstände der

Texte wird jedoch jeweils kürzer ausfallen, da diese zum Teil bereits mit der Kontextualisierung in Kapitel 4 erfolgt. Den Schluss des Kapitels bildet ein Vergleich zwischen Ideal und „Wirklichkeit“, in dem etwaige Gemeinsamkeiten oder Unterschiede in der Darstellung bestimmter „mächtiger“ oder „un-mächtiger“ Akteure im Bildungsdiskurs Kolumbiens herausgefiltert werden.

Kapitel 6 beinhaltet schließlich eine Zusammenfassung der Arbeit, sowie die konkrete Beantwortung der Forschungsfrage und einen thematischen Ausblick.

Die in der vorliegenden Arbeit verwendeten Personenbezeichnungen werden aus Gründen der leichten Lesbarkeit jeweils ausschließlich in der maskulinen Form angegeben; dies ist explizit als geschlechtsunabhängig zu verstehen.

2. Theorie

Laut Metzeltin/Thir ist es für das Entstehen und Bestehen von menschlichen Gesellschaften notwendig, den Zugang zu verschiedenen Ressourcen zu gewährleisten und diese auf eine bestimmte Art und Weise zu verteilen. Dafür wiederum müssen innerhalb der Gesellschaft gewisse Regeln existieren und den Individuen müssen bestimmte Positionen innerhalb der Gruppe zugeschrieben werden, was die Ausbildung von hierarchischen Strukturen mit sich bringt. Ein wesentliches Charakteristikum solcher Machtstrukturen ist das Bestehen einer Elite, also einer Gruppe von „Mächtigen“, die über die Verteilung der Ressourcen innerhalb ihrer Gesellschaft bestimmen.¹

Die Macht dieser gesellschaftlichen Eliten kann verschiedene Ursprünge haben und kann auf mehrere Arten erlangt worden sein und ausgeübt werden. Generell gilt, dass der Zugang zu Machtquellen, wie es zum Beispiel Kraft, Besitz, Information oder Medienbeherrschung sind, beschränkt ist, und Machthaber in der Regel dazu neigen, mögliche Konkurrenten aus dem Weg zu schaffen und ihre eigene Macht legitimieren zu lassen.²

Von Machtvertretern innerhalb einer Gruppe wird allgemein erwartet, das Wohl der Gruppe zu vertreten. Es gehen also auch bestimmte Verpflichtungen mit dem Erlangen der Macht einher. Die Gemeinschaft wiederum erhält durch die Existenz der Mächtigen Sicherheit, jedoch bedeutet die hierarchische Strukturierung der

¹ Vgl. Metzeltin/Thir 2008.

² Vgl. ebenda.

Gesellschaft auch gleichzeitig eine gewisse soziale Ungleichheit.³ Auch Fellerer/Metzeltin widmen sich kurz der Frage inwiefern es modernen Verfassungen, durch die Macht in unserer Zeit geregelt wird, möglich ist zur selben Zeit für Gleichheit, Freiheit und Sicherheit zu sorgen. Für die beiden Autoren

„[...] besteht eine gewisse Inkompatibilität zwischen Sicherheit / Gleichheit einerseits und Freiheit andererseits. Öffentliches Herrschen wirft auch die Frage auf, inwiefern es in das Individualleben eingreifen kann und soll; [...]“.⁴

Für die Ausübung von Macht sind die Mächtigen in der Regel auf Unterstützung seitens ihrer „Untergebenen“ angewiesen. Metzeltin und Thir führen hier das Beispiel von staatlichen Gemeinschaften an, in denen der Präsident oder König ohne eine ihm loyale Exekutive „un-mächtig“ ist. Um die Ordnung innerhalb einer Gruppe zu erhalten und ihr Bestehen zu garantieren, ist die kontinuierliche Ausübung von Macht notwendig, und somit auch ihre Weitergabe durch Wahlen, Erbschaften etc.⁵

Wenn jedoch die Mächtigen ihrer Aufgabe nicht mehr in ausreichendem Maße gerecht werden und nicht mehr für das Wohl der Gruppe sorgen, sondern ihre Macht auf irgendeine Weise missbrauchen, können hierarchische Strukturen in einer Gesellschaft auch kritisiert werden. In europäischen Gesellschaften sind, um diesem Machtmissbrauch vorzubeugen, regelmäßige Machtwechsel vorgesehen, die zum Beispiel durch die Abhaltung von Wahlen vollzogen werden. Außerdem dient das verfassungsgebende Recht in der Kultur Europas dazu, die Macht des Staates einzuschränken und zu kontrollieren.⁶

Macht und ihr ganzes Spektrum an Strukturen, Darstellungsformen usw. wird laut Metzeltin/Thir vor allem über Riten und Sprachen ausgedrückt, die sich trotz ihrer Eigenheiten auch interkulturell übersetzen lassen und mithilfe der Diskursanalyse untersucht werden können.⁷

Fellerer/Metzeltin führen genau aus, was sie im Kontext von Sprache und Text unter dem Machtbegriff verstehen:

„Die Grundfunktion von Sprache als Text ist die Konstitution von (semiotischer) Wirklichkeit. Die Wirklichkeit wird dabei so strukturiert, dass man sich ihrer bemächtigen, sie erfassen kann. Vertextung ist also in gewisser Weise immer ein Versuch, eine Form von Herrschaft auszuüben. Um diese Herrschaft zu erkennen und zu verstehen, ist immer wieder zu fragen, welche Wirklichkeit von wem wie

³ Vgl. ebenda.

⁴ Fellerer/Metzeltin (2008:231).

⁵ Vgl. ebenda.

⁶ Vgl. ebenda.

⁷ Vgl. ebenda.

warum für wen erfasst wird. Textbezogen lautet die Frage: Wie erkenne ich als Textempfänger die Macht, deren Formen mir vorgeschlagen werden und die eventuell über mich ausgeübt werden soll?

Macht wird insbesondere über die Konstituierung und Thematisierung von positiv und negativ bewerteten Verhaltensformen unter anderem in Form von Texten und anderen semiotischen Produkten bewahrt oder verändert. [...] Aus dieser Perspektive bedeutet Diskurs das Reden von Machthabern oder Machtgegnern über Themen, an denen Machtverhältnisse „aufgehängt“ werden, um diese zu bewahren oder zu verändern.“⁸

Die durch Textanalyse sichtbar werdenden Machtverhältnisse innerhalb einer Gesellschaft implizieren, wie bereits erwähnt, die Existenz von mächtigen und weniger mächtigen Mitgliedern derselben: „Mächtig“ sind diejenigen, die die Regeln festlegen und somit über die Rollenverteilung in der Gruppe entscheiden, während die „Un-Mächtigen“ Ausführende sind.⁹ Fellerer/Metzeltin fügen jedoch Folgendes hinzu:

„Dabei ist zu bedenken, dass in Texten komplexe Machtverhältnisse konstruiert werden können. Die Mächtigen sind nicht nur mächtig und die Un-Mächtigen sind nicht nur un-mächtig. Vor allem in modernen Gesellschaften sind Machtstrukturen häufig komplex und in verschiedenen Schichten und Richtungen organisiert. [...] Unter stabilen gesellschaftlichen Bedingungen bedeutet Machtausübung üblicherweise die Durchsetzung bestimmter, auf Werten und Sichtweisen beruhender Verhaltensformen auf indirekte Art. Dem un-mächtigen Individuum werden diese Verhaltensformen nicht unmittelbar befohlen, sondern meist mittels Texten und anderen semiotischen Produkten wiederholt suggeriert, so dass sie das un-mächtige Individuum internalisiert, zu seinen Eigenen macht. Suggestion geht von Eliten aus und wird meist von neu entstehenden Eliten bekämpft.“¹⁰

Mächtige können somit innerhalb eines Textes oder Diskurses zugleich mächtig, als auch „un-mächtig“ sein und umgekehrt. Zudem wird Macht vor allem auf indirekte Weise ausgeübt, was die Analyse eines Textes auf darin suggerierte Machtstrukturen noch interessanter werden lässt.

Laut Fellerer/Metzeltin ist das Problem der Macht eines der wichtigsten Themen des Menschen. Um ein kognitives Verstehen all dieser sprachlichen Komplexe und Strukturen zu ermöglichen, empfehlen die Autoren eine Zerlegung der Machtstrukturen durch ein Aktantenmodell. Sie erläutern diese Vorgehensweise folgendermaßen:

„Macht ist also einer der Hauptprobleme, der Hauptthemen des Menschen. Themen lassen sich in den europäischen Sprachen durch abstrakte Nomina synthetisieren. Will man die Themen in ihrer komplexen Strukturierung, das Zusammenspiel der in Frage kommenden Faktoren kognitiv erfassen, ist ihre Aufschlüsselung durch Aktantenmodelle (Prädikate mit ihren Argumenten) angebracht. Der erste Schritt dazu ist immer die Umwandlung des abstrakten Substantivs in eine

⁸ Fellerer/Metzeltin (2008:228).

⁹ Vgl. Fellerer/Metzeltin 2008.

¹⁰ Fellerer/Metzeltin (2008:232).

Die Autoren führen verschiedene Möglichkeiten der Aufschlüsselung des abstrakten Begriffs „Macht“ an. Sie unterscheiden drei verschiedene mögliche Aspekte von Macht: den statischen (<A + mächtig>), den dynamischen (<A + herrschen + über B>) und den modalen (<A + mögen>, <A + können>, <A + dürfen>) Aspekt.

Im Falle des statischen Aspekts von Macht handelt es sich bei „A“ um eine einzelne Person oder eine zusammenhaltende Gruppe, deren Macht jedoch temporär begrenzt ist, da sie nicht immer mächtig war und es auch nicht immer bleiben kann.

Der dynamische Aspekt von Macht drückt aus, dass „A“ über „B“ herrscht, wobei „herrschen“ in diesem Fall „<A + den eigenen Willen durchsetzen>“, „<A + befehlen>“, „<A + beauftragen>“, „<A + dirigieren>“, „<A + leiten>“, „<A + beeinflussen>“ bedeuten kann und auch durch weitere Synonymien verbalisiert werden kann. Laut Fellerer/Metzeltin impliziert die Herrschaft von „A“ über „B“ auch eine gewisse Schutzfunktion, die „A“ aufgrund seiner Macht gegenüber „B“ innehat. Außerdem wäre es „A“ möglich „B“ zu belohnen oder zu bestrafen und es würde somit eine Abhängigkeit von „B“ zu „A“ bestehen. Die Herrschaft würde auch Konsequenzen mit sich bringen. Diese sind laut den beiden Autoren neben Ordnung auch hierarchische Strukturen und eine gewisse „Repression“¹². Ein Herrschen sei aber nur dann möglich, wenn „B“ gegenüber „A“ loyal wäre. „B“ könne jedoch auch immer wieder den Versuch einer Revolte starten. Die Herrschaft von „A“ ist zudem meist örtlich begrenzt. Fellerer und Metzeltin nennen dies „topographische Inszenierung“¹³. Zum modalen Aspekt merken die Autoren an, dass Modalverben nur unter einem bestimmten Kriterium für die Aufschlüsselung von „Macht“ geeignet sind:

„Es handelt sich um modale Verben, die normalerweise andere Prädikate modalisieren (z.B. A mag etwas tun) und daher als Kern für eine Aufschlüsselung von Aktantenmodellen nicht adäquat sind. Allerdings weisen solche Aufschlüsselungen darauf hin, dass die Macht stark im Bereich des Modus des Sagens angesiedelt ist: Wer das Sagen hat, hat die Macht. Das Sagen kann allerdings als eine Handlungsart aufgefasst werden; in diesem Fall könnte der modale Aspekt als eine Variante des dynamischen Aspekts der Macht betrachtet werden.“¹⁴

¹¹ Fellerer/Metzeltin (2008:229).

¹² ebenda, S. 230f.

¹³ Fellerer/Metzeltin (2008:230).

¹⁴ ebenda.

3. Methode: Diskursanalyse

Für die Analyse der gewählten Texte soll die Methode der Diskursanalyse herangezogen werden. Fellerer/Metzeltin widmen sich dieser Untersuchungsmethode in einem bereits zitierten Kapitel in *Diskurs. Text. Sprache. Eine methodenorientierte Einführung in die Sprachwissenschaft für Romanistinnen und Romanisten*.¹⁵

Den Ursprung der Diskursanalyse sehen die beiden Autoren bereits in der Antike, wo als besonders relevant geltende Texte zur Auslegung gewählt wurden. Für Fellerer/Metzeltin bietet sich jedoch jederlei Art von Text für eine Analyse an, um daraus gewisse gesellschaftliche (Identitäts-)fragen zu klären.

Die Autoren sind der Auffassung, dass sich im Laufe der Zeit verschiedene Methoden zur Textanalyse entwickelt haben, die einander zum Großteil sehr ähnlich sind, sich jedoch in ihrem Grad der Ausarbeitung unterscheiden und in zwei große Gruppen getrennt werden können: Erstere, die traditionelle Textanalyse, legt ihren Fokus auf für das Verständnis einer Gesellschaft oder das Lösen von Identitätsproblemen relevante Texte. Die zweite, und auch gleichzeitig die Tradition, der sich die beiden Autoren anschließen ist die allgemeine Diskursanalyse, die sich mit allen Texten zu einem bestimmten Thema auseinandersetzt, unabhängig davon, ob sie als repräsentativ gelten oder nicht. Es seien solche Texte am relevantesten für eine Gesellschaft, „die in irgendeiner Weise Machtstrukturen mit den inhärenten Konfliktmanagementvorstellungen und Identitätskonstrukte [...] vermitteln.“¹⁶

Für Fellerer/Metzeltin ist die zentrale Aufgabe der Diskursanalyse also die Beschäftigung mit Texten und den darin sichtbar werdenden Machtverhältnissen innerhalb einer Gesellschaft. Dies erfolgt indem zunächst einzelne Texte untersucht werden und auch darüber hinausgehend solche, die keinen direkten Bezug zueinander haben miteinander in Verbindung gebracht werden. Somit kann jeder Text „unabhängig von seiner unmittelbaren Funktion, aus der allgemeinen Machtkonstellation, die in einer bestimmten Gesellschaft besteht, erklärt werden.“¹⁷

Die durch Textanalyse sichtbar werdenden Machtverhältnisse innerhalb einer Gesellschaft implizieren die bereits dargestellte Existenz von mächtigen und weniger mächtigen Mitgliedern derselben. Wie bereits erläutert, entsteht diese Machthierarchie durch die Regeln, die für das Zusammenleben innerhalb einer Gruppe gelten.

¹⁵ Vgl. im folgenden Kapitel: Fellerer/Metzeltin 2008.

¹⁶ Fellerer/Metzeltin (2008:227).

¹⁷ Fellerer/Metzeltin (2008:228).

Die Autoren unterscheiden zwischen „Mächtigen“¹⁸ und „Un-Mächtigen“¹⁹: „Mächtig“ sind diejenigen, die die Regeln festlegen und somit über die Rollenverteilung entscheiden, während die „Un-Mächtigen“ Ausführende sind, wobei innerhalb eines Textes durchaus komplexe Machtverhältnisse auftreten können. Mächtige können, wie bereits in Kapitel 2 erwähnt, somit innerhalb eines Textes oder Diskurses zugleich mächtig, als auch „un-mächtig“ sein.²⁰

Die beschriebenen Machtverhältnisse müssen, um greifbar zu werden, auf irgendeine Art und Weise ausgedrückt werden. Dies geschieht, wie bereits bekannt, häufig in Form von Riten und Texten, oder Zeremonien und Diskursen, wobei Letztere als „mündliche und schriftliche Texte mit verschiedenen Formen von Medialisierung“²¹ definiert werden. Diese Diskurse können eher narrativ, deskriptiv oder argumentativ sein und auch verschiedene Themen behandeln, wie unter anderem „die Gesamtgestaltung der Machtverhältnisse in einem modernen Staat (wie in den modernen Verfassung-en)“²², wie es auch in der im Rahmen dieser Arbeit analysierten politischen Verfassung Kolumbiens der Fall ist. Themenwahl, Wahl der Textsorte und mögliche Ausdrucks- und Argumentationsform sind somit relativ frei wählbar, wobei Fellerer/Metzeltin betonen, dass sich vor allem Massenmedien, oder wie sie es ausdrücken „breitenwirksame Medien, wie Flugschriften, Zeitungen, Radiosendungen oder Filme“²³ besonders gut dafür eignen „um einen Diskurs - ein themagebundenes Diskutieren - und damit Machtverhältnisse massiv zu etablieren, zu stützen oder zu verändern“²⁴.

Bei all den verschiedenen Themen und möglichen Ausdrucksformen sind sich die Autoren jedoch einig, dass in jedem Text für die Darstellung der Macht die sogenannten „Aktanten“, also Handlungsträger grundlegende Elemente sind. Sie dienen einerseits als (positive oder negative) Identifikationsfiguren für die Rezipienten und dienen als Beispiel für das gewünschte Verhalten von „Mächtigen“ und „Un-Mächtigen“.²⁵

Um sich nun einem Text mithilfe der Diskursanalyse zu nähern, schlagen die Autoren folgende Analyseschritte vor:

¹⁸ Fellerer/Metzeltin (2008:229).

¹⁹ ebenda.

²⁰ Vgl. Fellerer/Metzeltin (2008).

²¹ Fellerer/Metzeltin (2008:233).

²² ebenda.

²³ Fellerer/Metzeltin (2008:234).

²⁴ ebenda.

²⁵ Vgl. Fellerer/Metzeltin 2008.

- „Feststellung eines Machtkontextes
- Auswahl eines dazugehörigen Textes
- Allgemeine Kontextualisierung des gewählten Textes
- Entstehungsumstände des Textes
- Wörtliche Erklärung des Textes
- Strukturanalyse des Textes
- Suche nach der Textreferenz
- Diskursanalytische Interpretation.“²⁶

Zunächst muss also ein Machtkontext, der konkret als Thema in Texten behandelt wird festgestellt und ein an diesem zeitlich und thematisch begrenzten Diskurs orientierter Text ausgewählt werden.

Zur Kontextualisierung des Textes wird dieser zeitlich und räumlich eingeordnet und es wird versucht seine Entstehungsumstände festzustellen. Hierbei soll laut Autoren zunächst ermittelt werden, an welchem Ort dieser Typ von Text im Normalfall verfasst und auch präsentiert wurde und somit auch, ob der Text eher offiziellen oder privaten Charakter hat. Außerdem ist die Ermittlung der Textsorte notwendig, um festzustellen, ob sich der Autor an bestimmte gesellschaftliche Normen hält oder nicht.

Ein weiterer interessanter Aspekt kann sein herauszufinden, ob und zu welchem bestimmten Anlass der Text verfasst wurde.

Weiters schlagen die Autoren vor, sich eine Vorstellung über den möglichen Erwartungshorizont der Rezipienten des Textes zu machen, um die mögliche Wirkung des Textes nachvollziehen zu können:

„Um die Wirkung, daher die Relevanz des Textes feststellen zu können, bedarf es gewisser Vorstellungen darüber, mit welchen Erwartungen die Adressaten und auch tatsächlichen Rezipienten den Text gelesen oder angehört haben. So lassen sich Hypothesen darüber aufstellen, ob deren Erwartungshorizont erfüllt oder enttäuscht wurde, mithin welche echte Wirkung der Text wahrscheinlich hatte. Dies führt uns zur genaueren Bestimmung des Komplexes Produzent - Kanal - Rezipient.“²⁷

Als Produzent wird der tatsächliche Verfasser eines Textes bezeichnet. In vielen Fällen ist dessen Name bekannt und es können auch weitere Informationen beschafft werden, die es ermöglichen Rückschlüsse auf etwaige Einstellungen des Autors oder bestimmte Umstände zu ziehen, die womöglich Einfluss auf den Text hatten. Handelt es sich um Gesetzesentwürfe, Verfassungen, Petitionen etc. oder um literarische Texte, kann der tatsächliche Autor natürlich im Namen einer Gruppe oder einer fiktiven Person sprechen (Erzähler).

Ein wesentlicher Punkt, den die Autoren noch nennen ist, dass bei der Entstehung

²⁶ Fellerer/Metzeltin (2008:234).

²⁷ Fellerer/Metzeltin (2008:240).

eines Textes, wie zum Beispiel eines Gesetzestextes, über einen gewissen Zeitraum hinweg verschiedene Personen beteiligt sein können:

„Eine Konstitution etwa wird zunächst von einem oder von einer Gruppe von Juristen und / oder Politikern entworfen, anschließend aber einer Kommission und dann einem Plenum zur Diskussion vorgelegt. Mitglieder der Kommission und des Plenums bringen Änderungsvorschläge ein, die möglicherweise Eingang in die Endfassung der Konstitution finden. Um diese genau interpretieren zu können, ist es bekanntlich hilfreich, den „Aktenlauf“ zu berücksichtigen. Dies gilt letztlich für jeden Text.“²⁸

Außerdem wichtig für die Diskursanalyse eines Textes ist die Berücksichtigung der Einstellung, also zum Beispiel der politischen Position des Mediums, in dem der Text veröffentlicht wird.

Jedoch soll nicht nur der Produzent des Textes, sondern auch dessen Rezipient(en) so genau wie möglich ausgemacht werden. Hier unterscheiden Fellerer/Metzeltin zwischen Adressaten und tatsächlichem Empfänger des Textes, die beide helfen können zu verstehen, warum bestimmte Inhalte auf eine gewisse Art vom Autor präsentiert werden.²⁹

Der nächste oben genannte Schritt der Diskursanalyse war die wörtliche Erklärung des Textes. Hierfür müssen alle Wörter und Sätze verstanden werden, auch unter Mithilfe von Wörterbüchern und Grammatiken. Eigennamen, also Personen-, Ortsnamen etc. müssen geklärt werden, genau so wie Begriffe, die im Laufe der Zeit eine andere Bedeutung erhalten haben, oder Verweise auf andere Werke, Symbole und Metaphern. Diesen Vorgang bezeichnen die Autoren als „onomastische Kontextualisierung“³⁰.

Nachdem alle Begriffe und Wörter verstanden und kontextualisiert wurden, beginnt die eigentliche Analyse des Textes als Ganzes:

„Dabei konzentrieren wir uns auf die globale äußerliche und inhaltliche Gliederung des Textes an der Oberfläche, die Feststellung des Textthemas und dessen makrostrukturelle Entwicklung mit ihren Prädikaten und Aktanten, die Aufdeckung von semantischen Feldern (oder Iosemien) mit ihren rekurrenten Elementen und ihren möglichen Antonymen, die Bestimmung von expliziten Modalisierungen der geäußerten Inhalte und die Eruierung von Hervorhebungsstrategien zur Beeinflussung des Adressaten.“³¹

²⁸ ebenda.

²⁹ Vgl. Fellerer/Metzeltin 2008.

³⁰ Fellerer/Metzeltin (2008:243).

³¹ Fellerer/Metzeltin (2008:245).

Als letzten Schritt nennen die Autoren die diskursanalytische Interpretation, die den Text und seine enthaltenen Strukturen und Machtverhältnisse mit seinem Kontext vergleichen. So soll eine mögliche Textfunktion herausgefunden werden, um seine Rolle „im Kontext historischer Machtverhältnisse“³² festzustellen. Unter dem Begriff „Textfunktion“ verstehen die Autoren

„[...] die Rolle des Textes als Repräsentant einer größeren Textgruppe für die Aufrechterhaltung, Infragestellung und Veränderung (und entsprechende Einführung neuer) historischer Machtverhältnisse, [...] und als Repräsentant von Identitätskonstruktionen [...]. Es geht andererseits um die Art, wie die Machtverhältnisse und die Identitäten vermittelt werden.“³³

Als wesentlichste Fragen, die im Rahmen dieser Interpretation an den Text zu stellen sind, werden genannt:

- „Wer sind die angesprochenen Mächtigen?
- Was wollen/sollen die Mächtigen tun, wie wollen/sollen sie handeln und sich positionieren? (Perspektive der momentan Mächtigen)
- Wer sind die angesprochenen Un-Mächtigen?
- Was tun / in welchem Zustand befinden sich die Un-Mächtigen?
- Was wollen / sollen die angesprochenen Un-Mächtigen tun, wie sollen sie handeln und sich positionieren?
- Welche neuen Machtverhältnisse / Ordnung werden von aufkommenden Eliten suggeriert, offeriert? (Perspektive der Un-Mächtigen, der noch nicht Mächtigen)“³⁴

Um die Frage nach der Art und Weise wie Machtverhältnisse und Identitäten im Text vermittelt werden zu beantworten, nennen die Autoren folgende wesentlichen Fragen:

- „Über welches Thema/ welche Themenverbindung werden die Machtverhältnisse angesprochen?
- Durch welche Grundargumentation wird dieses Thema an Machtverhältnisse geknüpft?
- Wie wird diese Grundargumentation entfaltet im Hinblick auf Vorteil und Nachteile für bestimmte Gruppen, wie werden Machtansprüche argumentativ legitimiert?
- Welche Argumente - und damit ihre Träger - werden wie in Frage gestellt?
- Welche Gruppen werden wie bewertet, eventuell über Stereotypen, um ihre Bedeutung innerhalb der Machtverhältnisse hervorzuheben oder zu relativieren?
- Was wird zu welchem Zweck außer den Bewertungen von Personen und Gruppen durch bestimmte pragmatische Strategien (zB. Metaphern, Vergleiche, Symbole, Allegorien, Wiederholungen, Sakralisierungen) hervorgehoben und damit Macht oder Un-Macht modelliert?
- Welche Schlüsse auf die Art und Weise, wie Machtverhältnisse textuell aufrechterhalten, in Frage gestellt oder verändert werden sollen, lassen die

³² ebenda.

³³ Fellerer/Metzeltin (2008:250).

³⁴ ebenda.

sprachlichen Eigenheiten (wie bestimmte Hervorhebungsstrategien, semantische Felder, Verwendung von bestimmten Fachstilen usw.) des Textes zu?“³⁵

Als Aufgabe der Diskursanalyse wird es bezeichnet die Identitätsmerkmale und Machstrukturen zu erkennen, die zur Konstituierung von Gruppen führen. Hierbei sollen Zusammenhänge, Gewichtungen und Perspektiven erkannt werden und auch die Fähigkeit entwickelt werden, sich in diese Diskursivierung einzubringen.³⁶

Die beschriebene Vorgehensweise wird in abgewandelter Form u.a. von Siegfried Jäger für die Kritische Diskursanalyse vorgeschlagen.³⁷ In der vorliegenden Arbeit wird sie konkret so umgesetzt, dass zunächst zwei Texte ausgewählt werden, die den gesetzlichen Idealzustand in der Erfüllung des Rechts auf Bildung in Kolumbien darstellen. Dieses Recht ist in Kolumbien in verschiedenen Abkommen und Pakten, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene verankert. Für die vorliegende Analyse wird als Gesetzestext auf internationaler Ebene die *UN-Konvention über die Rechte des Kindes*, die sich auf die wesentlichen Prinzipien der UN-Charta der Menschenrechte stützt und als eines der wichtigsten Dokumente im Kampf für die Rechte des Kindes gilt, herangezogen. Als wichtigstes politisches Dokument auf nationaler Ebene der demokratischen Republik Kolumbien gilt die aktuelle politische Verfassung des Landes aus dem Jahr 1991, in der Kindern das Recht auf Bildung zugesprochen wird.

Diese offiziellen Dokumente und Gesetzestexte formulieren ein erstrebenswertes Ideal für das gesellschaftliche Zusammenleben, das von verschiedenen Akteuren erreicht werden sollte. Im Rahmen dieser Arbeit wird nun analysiert, wie dieses Ideal formuliert ist, wie die anzustrebende Situation auszusehen hätte und wer dafür verantwortlich gemacht wird es zu erreichen, wer also im Bildungskontext die mächtigen Akteure sind und welche Rechte und Pflichten für die einzelnen Akteure formuliert werden. Zu diesem Zweck werden die beiden Dokumente zunächst getrennt voneinander, anhand der von Fellerer/Metzeltin vorgeschlagenen Analyseschritte, untersucht.

Wie schon zuvor ausführlich erklärt, umfassen diese Ebenen der Analyse nach dem Feststellen eines Machtkontextes und der Auswahl eines Textes, die allgemeine Kontextualisierung des Textes, die Klärung seiner Entstehungsumstände, die wörtliche

³⁵ Fellerer/Metzeltin (2008:251).

³⁶ Vgl. Fellerer/Metzeltin 2008.

³⁷ Vgl. Jäger 2012.

Erklärung, bis hin zu dessen Strukturanalyse und der Suche nach Textreferenzen und der abschließenden diskursanalytischen Interpretation.³⁸ Im Anschluss an die Untersuchungen der einzelnen Gesetzestexte sollen diese in einer interpretatorischen Gesamtschau miteinander verglichen werden.

Im zweiten Schritt der Analyse werden diese internationalen und nationalen Ideale der kolumbianischen Realität, wie sie in den Online-Portalen von Kolumbiens auflagenstärksten Tageszeitungen *El Tiempo* und *El Espectador* präsentiert wird gegenübergestellt, um zu prüfen, ob und inwiefern sich eine Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit feststellen lässt. Dazu wird zunächst ein Überblick über die im Jahr 2012 in den beiden Zeitungen behandelten Themen im Bildungsbereich gegeben.

Für eine genauere Analyse im Sinne der vorgeschlagenen Diskursanalyse werden anschließend einige Artikel zu einem bestimmten Thema ausgewählt, um einen tieferen Einblick in mögliche, von den Zeitungen suggerierte oder kritisierte, Machtverhältnisse zu bekommen. Das gewählte Thema ist der im Jahr 2012 vom Bildungsministerium vollzogene Ausbau der kostenlosen Pflichtschulbildung von der ersten bis zur elften Schulstufe. Für diese Auswahl gibt es zwei Gründe: Einerseits stellt, wie später aus der Analyse ersichtlich werden wird, die kostenlose Schulbildung einen wesentlichen Punkt in den untersuchten gesetzlichen Idealen über das Recht des Kindes auf Bildung dar. Kostenlose Schulbildung ist eine wichtige Voraussetzung für die Chancengleichheit im Zugang zu Bildung und für die Ermöglichung eines regelmäßigen Schulbesuchs und den Verbleib im Schulsystem. Andererseits ist die Frage nach der kostenlosen Schulbildung zum Teil auch eine ideologisch geprägte und bietet sich somit an, um zu versuchen den Stellenwert von Bildung in der kolumbianischen Gesellschaft festzustellen und zu hinterfragen. Der Rückschluss von den Online-Portalen der beiden auflagenstärksten kolumbianischen Tageszeitungen auf die Gesellschaft lässt sich insofern rechtfertigen, als die beiden wichtigsten Zeitungen des Landes den öffentlichen Diskurs wesentlich mitbestimmen und somit auch als stark meinungsbildende Medien betrachtet werden können.

Die Artikel aus den beiden Tageszeitungen werden zunächst, wiederum anhand der vorgeschlagenen Analyseschritte, getrennt voneinander untersucht, um sie einander anschließend gegenüberzustellen und mögliche Gemeinsamkeiten oder Unterschiede in der Berichterstattung herauszufiltern und etwaige Machtstrukturen, Perspektiven etc. erkennbar zu machen und kritisch zu hinterfragen.

³⁸ Vgl. Fellerer/Metzeltin 2008.

Den letzten Punkt der Analyse soll ein Vergleich zwischen gesetzlichem Ideal und „Wirklichkeit“ darstellen. Die in den Gesetzestexten herausgefilterten Akteure, Rechte und Pflichten sollen der Realität in den Zeitungsartikeln gegenübergestellt werden, um eine mögliche Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit feststellen zu können. Die von Fellerer/Metzeltin vorgeschlagene Methode der Diskursanalyse wird somit in den wesentlichen Zügen verfolgt, und es soll auch versucht werden einen Großteil der von den Autoren gestellten Fragen zu beantworten, jedoch muss beachtet werden, dass jeder Text in seinem Kontext und unter Berücksichtigung verschiedener Fragestellungen einzigartig ist und es somit nicht unbedingt in jedem Fall zielführend wäre die vorgeschlagene Methode beziehungsweise die Fragestellungen exakt zu kopieren. Im Gegenteil soll die Möglichkeit bestehen, die Methode an gewisse formale oder inhaltliche Gegebenheiten anzupassen, falls dies einer exakteren Beantwortung der Forschungsfrage dienlich sein sollte.

4. Begriffsklärungen und Kontextualisierung

4.1. Politischer Kontext: Zum Demokratieverständnis in Kolumbien und Lateinamerika

4.1.1. „Demokratie“: Begriffsklärung und Ziele

Der Begriff „democracia“ wird im Online Wörterbuch der *Real Academia Española* als „Doctrina política favorable a la intervención del pueblo en el gobierno.“³⁹ und als „Predominio del pueblo en el gobierno político de un Estado.“⁴⁰ definiert. Die Demokratie ist laut erster Definition also eine politische Doktrin, die, wörtlich übersetzt, vorteilhaft („favorable“) für die Beteiligung („intervención“) des Volkes an der Regierung ist. Die zweite Definition hebt die Stellung des Volkes weiter hervor und spricht von dessen Vorherrschaft („predominio“) in der Regierung eines Staates.

Bei Seco, Andrés und Ramos findet man unter dem Eintrag „democracia“: „Régimen de gobierno en que la soberanía reside en el pueblo, el cual la ejerce directamente o a través de sus representantes elegidos por votación. [...]“⁴¹ und „Estado cuya forma de gobierno es una democracia. [...]“⁴² Unter „Demokratie“ versteht man somit laut

³⁹ Real Academia Española, *Diccionario de la lengua española*, s.v. „democracia“, Online im WWW unter URL: <http://lema.rae.es/drae/?val=democracia> [11.02.2014].

⁴⁰ ebenda.

⁴¹ Seco, Manuel/Andrés, Olimpia/Ramos, Gabino, *Diccionario del español actual*, Bd. 1, s.v.: „democracia“.

⁴² ebenda.

dieser Definition ein Regierungssystem, in dem die Souveränität auf dem Volk beruht, welches diese entweder auf direkte Art oder durch seine gewählten Vertreter ausübt, oder einen Staat, in dem die Demokratie als Regierungsform festgelegt ist. Das Adjektiv „democrático -ca“ wird im selben Wörterbuch unter anderem definiert als „[...] Acorde con los principios de la democracia. [...]“⁴³ und als „Propio del pueblo en general y no solo de las clases privilegiadas. [...]“⁴⁴. Das Adjektiv „democrático“ hat also entweder die Bedeutung von „übereinstimmend mit den Prinzipien der Demokratie“ oder „dem gesamten Volk eigen und nicht nur den privilegierten Klassen“.

Im *Diccionario de Autoridades* findet man unter dem Schlagwort „democracia“ folgenden Eintrag: „DEMOCRACIA. f.f. Gobierno populár, como el de las Repúblicas de los Cantones Suizos y otras. Viene de la palabra Griega *Democratia*, que significa esto mismo. Lat. *Imperium popolare*. [...]“⁴⁵. Laut diesem Wörterbuch bedeutet „Demokratie“ also ‚die Herrschaft des Volkes‘.

All diesen Definitionen ist gemeinsam, dass sie im Sinne der Etymologie des ursprünglich griechischen Wortes „democratia“ die Bedeutung oder Vorherrschaft des Volkes in der Regierung des Staates betonen. Seco/Andrés/Ramos weisen außerdem auf ein weiteres wichtiges Prinzip heutiger Demokratien hin, nämlich die freien Wahlen. In demselben Wörterbuch ist der Eintrag unter dem Adjektiv „democrático“ interessant, da dieser mit seiner Definition von „dem gesamten Volk eigen“ auf ein weiteres wesentliches Ideal des Konzeptes „Demokratie“ hinweist, nämlich der Gleichberechtigung beziehungsweise Chancengleichheit für alle, ohne irgendeiner Form der Bevorzugung von privilegierten Eliten.

Diese beiden soeben erwähnten Prinzipien sind auch laut Definition der UNO wesentlich für eine Demokratie. Konkret nennen die Vereinten Nationen auf ihrer Website wesentliche Elemente einer Demokratie, die im Jahr 2002 von der damaligen Menschenrechtskommission, die im Jahr 2006 vom Menschenrechtsrat ersetzt wurde, festgelegt wurden, um die Bildung von demokratischen Traditionen und Institutionen innerhalb der einzelnen Mitgliedsstaaten zu fördern und ihren Bemühungen bezüglich der Stärkung von Menschenrechten, Demokratie und Entwicklung entgegenzukommen. Diese Elemente sind: Der Respekt gegenüber Menschenrechten und Grundfreiheiten, Versammlungsfreiheit, Ausdrucks- und Meinungsfreiheit, Zugang zu

⁴³ ebenda, s.v.: „democrático -ca“.

⁴⁴ ebenda.

⁴⁵ Real Academia Española, *Diccionario de Autoridades*, Bd.2, s.v.: „democracia“.

Macht und rechtmäßige Ausübung derselben, die regelmäßige, freie und gerechte Abhaltung von Wahlen mit allgemeinem Wahlrecht, unter Berücksichtigung des Wahlgeheimnisses als Ausdruck des Willens des Volkes, ein pluralistisches System von Parteien und politischen Organisationen, Gewaltentrennung, die Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt, Transparenz und Verantwortung in der öffentlichen Verwaltung, freie, unabhängige und pluralistische Medien.⁴⁶

Nach eigenen Aussagen der UNO stellt die Demokratie eines der wesentlichen Prinzipien der Vereinten Nationen dar und bedeutet für sie den Respekt, die Förderung und die Erfüllung von Menschenrechten und Grundfreiheiten und somit die Garantie dafür, dass alle Menschen in Würde leben können. Individuen sollen an wesentlichen Entscheidungen teilhaben und aufgrund von Normen, Institutionen etc. Rechenschaft von Entscheidungsträgern verlangen können. Die UNO betont außerdem, dass die Frau dem Mann im öffentlichen sowie privaten Leben und in der Entscheidungsfindung gleichgestellt ist und es keinerlei Diskriminierung aufgrund verschiedener Herkunft, Klassen, Geschlechter oder anderer Merkmale geben darf. Eine demokratische Regierung würde außerdem eine soziale und wirtschaftliche Politik fördern, die die Notwendigkeiten und Wünsche der Bevölkerung beachtet und sich an der Bekämpfung von Armut orientiert, sowie versuchen, die Möglichkeiten von Menschen zu erweitern und die Bedürfnisse zukünftiger Generationen berücksichtigen. Die Vereinten Nationen halten außerdem fest, dass sie sich für keine bestimmte Regierungsform einsetzen, jedoch die Demokratie als Gesamtheit von Werten und Prinzipien fördern, die verfolgt werden sollten, um Mitbestimmung, Gleichheit, Sicherheit und menschliche Entwicklung zu fördern.⁴⁷

4.1.2. Demokratie in Kolumbien und Lateinamerika

Kolumbien wird häufig als die am längsten währende Demokratie Lateinamerikas bezeichnet, da es, im Gegensatz zu anderen Ländern des Kontinents, mit Ausnahme der Militärregierung unter Gustavo Rojas Pinilla von 1953-1957, keine langjährigen autoritären Regime erleben musste und seit dem Jahr 1886 nur eine neue Verfassung erhalten hat.⁴⁸ Dennoch musste das Land lange Phasen der extremen Gewalt

⁴⁶ Vgl. URL: http://www.un.org/es/globalissues/democracy/human_rights.shtml [11.02.2014].

⁴⁷ Vgl. ebenda.

⁴⁸ Vgl. König 1997.

durchleben, weist die am längsten bestehende Guerrillabewegung Lateinamerikas auf und hat(te) mit Terror und Menschenrechtsverletzungen zu kämpfen.⁴⁹

Im 21. Jahrhundert gibt es mittlerweile in Lateinamerika zum Großteil Demokratien. Diese, mit der Ausnahme von Costa Rica und Uruguay, werden jedoch zum Beispiel von Puhle, als „defekte Demokratien“⁵⁰ bezeichnet. Unter diesem Begriff versteht Puhle, dass die wesentlichsten Punkte einer Demokratie vorhanden sind und zumindest in der Theorie freie Wahlen garantiert werden, deren Ausgang nicht vorher schon feststeht. Der Begriff bedeutet außerdem, „dass es sich nicht um eine konsolidierte rechtsstaatliche Demokratie handelt, in der über das Wahlregime und dessen Voraussetzungen hinaus auch die Kriterien der Gewaltenkontrolle [...] und der Rechtsstaatlichkeit erfüllt sind. Vielmehr kann es bei allen (11) Demokratiekr Kriterien Defekte geben.“⁵¹ Puhle führt nicht näher aus von welchen elf Demokratiekr Kriterien er ausgeht, unterscheidet jedoch verschiedene Arten defekter Demokratien, wobei die sogenannte „illiberale Demokratie“ die in Lateinamerika am häufigsten verbreitete sei. Damit meint der Autor Demokratien, die Einschränkungen in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und politische Freiheiten aufweisen. Für Puhle geht es in einem gut funktionierenden politischen System darum, zu versuchen diese Defekte zu beseitigen, was im letzten Jahrzehnt in Lateinamerika auch der Fall war. Vor allem in den Bereichen der Menschenrechte, der Partizipationsrechte und der Rechtsstaatlichkeit gab es zum Teil enorme Verbesserungen.⁵²

Auch Richter bezieht sich auf den von Puhle und anderen Politikwissenschaftlern geprägten Begriff der „defekten Demokratien“, wenn sie über die politische Situation Lateinamerikas des beginnenden 21. Jahrhunderts schreibt. Sie nimmt jedoch neben Costa Rica und Uruguay auch noch Chile von dieser Bezeichnung aus. Mit Bezug auf den Transformation Index der Bertelsmann Stiftung, der den Fortschritt von Entwicklungs- und Transformationsländern auf dem Weg zur Demokratie und zur freien Marktwirtschaft misst⁵³, definiert sie diesen Begriff als „[...] politische Systeme, die trotz freier Wahlen politische und bürgerliche Freiheitsrechte nicht hinreichend durchsetzen oder denen es z.B. an einer effektiven Gewaltenteilung mangelt.“⁵⁴

⁴⁹ Vgl. Skidmore/Smith 2005.

⁵⁰ Puhle (2004:40).

⁵¹ ebenda.

⁵² Vgl. ebenda.

⁵³ Vgl. URL: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/307.htm> [16.02.2014].

⁵⁴ Richter (2013:71).

Im bereits erwähnten Transformation Index der Bertelsmann Stiftung von 2010 wurden 128 Staaten untersucht, von denen 76 die notwendigen Anforderungen an eine Demokratie erfüllten, wobei 53 von diesen als „defekte Demokratien“ eingestuft wurden, da es ihnen an den bereits dargelegten Kriterien mangelte. Wiederum 16 von diesen Staaten wurden als „stark defekte Demokratien“ bezeichnet, darunter auch Kolumbien. Diese Staaten boten unzureichende Chancengleichheit für die politische Opposition, erfüllten nicht die notwendigen Kriterien eines Rechtsstaates und wiesen nur eingeschränkte politische Strukturen auf.⁵⁵

Auch die Verfasser des Berichtes *Nuestra Democracia* von 2010, der gemeinsam vom PNUD und dem *Secretaría General de la Organización de los Estados Americanos* herausgegeben wurde, gehen von einem Demokratiebegriff aus, der weiter gefasst ist, als die bloße regelmäßige Durchführung von freien Wahlen. Sie definieren ihre Auffassung von Demokratie folgendermaßen:

„Pues si bien tiene como punto de partida la legitimidad popular surgida de procesos electorales transparentes, regulares y limpios, la democracia va más allá de las elecciones: es una forma de organizar el poder para ampliar la ciudadanía en sus tres dimensiones: política, civil y social, y evitar o limitar la dominación de unos individuos o grupos sobre los demás. El informe parte, así, de una concepción de la democracia definida no sólo por el origen del poder en la soberanía popular, sino también por su ejercicio a través de las instituciones republicanas de gobierno y normado en el Estado democrático de derecho, y por su finalidad, que es la de garantizar, materializar y extender los derechos ciudadanos en las tres esferas básicas de la ciudadanía.“⁵⁶

Ziel der demokratischen Regierungsform eines Staates ist es somit auch laut dieser Auffassung des Begriffs „Demokratie“, die Rechte des Volkes auf drei Ebenen zu vermehren oder auszuweiten und eine gerechte Machtverteilung zu garantieren. Diese „esferas básicas de la ciudadanía“ werden weiter unten im Bericht näher beschrieben. Mit der politischen Ebene meinen die Autoren die Formen des Zugangs und die Bedingungen des Verbleibs in politischen Ämtern, die Repräsentation von Frauen und ethnischen Minderheiten, die Mechanismen der Entscheidungsfindung der Regierung und das Design des Verfassungsrahmens und seiner Reformierungsprozesse. Als „ciudadanía civil“ bezeichnen die Autoren des Berichts die Überwachung der grundlegenden Freiheiten, sowie der Möglichkeiten des Zugangs zur Justiz und zu öffentlicher Information. Bei der „ciudadanía social“ werden vor allem der mangelhafte Zugang der Mehrheit der Bevölkerung zu Leistungen im Bere-

⁵⁵ Vgl. Bertelsmann Stiftung 2010.

⁵⁶ PNUD/ OEA 2010, S.15.

ich von Gesundheit, Bildung und sozialem Schutz und die weite Verbreitung von Armut und Ungleichheit berücksichtigt.⁵⁷

Laut dem genannten Bericht haben die lateinamerikanischen Demokratien drei große Hindernisse zu überwinden: es müssen neue Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung geschaffen werden, die Gewaltentrennung und deren Kontrolle, genau so wie die politische Macht des Staates müssen gestärkt werden. Fortschritte in diesen Bereichen, genau so wie die Schaffung und Durchführung von effektiven öffentlichen Politiken im Bereich der Steuergesetzgebung, der sozialen Ausgrenzung und der öffentlichen Sicherheit, seien laut Bericht wesentlich für die Schaffung von stabilen Demokratien in der Region. Diese Themen würden jedoch nach wie vor zu wenig diskutiert werden.⁵⁸

4.1.3. Die politische Verfassung Kolumbiens von 1991

Im Online Wörterbuch der *Real Academia Española* wird das Wort „constitución“ neben anderen Einträgen als „Forma o sistema de gobierno que tiene cada Estado“⁵⁹ und als „Ley fundamental de un Estado que define el régimen básico de los derechos y libertades de los ciudadanos y los poderes e instituciones de la organización política“⁶⁰ definiert. Es ist somit die Regierungsform oder das Regierungssystem, das ein Staat besitzt, oder das grundlegende Gesetz eines Staates, das die wesentliche Regelung der Rechte und Freiheiten der Bürger und die Kräfte und Institutionen der politischen Organisation bestimmt. Auch das *Diccionario del español actual* beschreibt die Verfassung als „Ley fundamental de un Estado.“⁶¹, also als grundlegendes Gesetz eines Staates. Im *Diccionario de Autoridades* findet man unter dem Eintrag „constitución“: „Ordenanza, establecimiento, estatuto, reglas que se hacen y forman para el buen gobierno y direccion de alguna República ò Comunidad. Es del Latino *Constitutio*, que significa esto mismo. [...]“⁶². Dieses Wörterbuch der *Real Academia Española*, das bereits in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, und somit vor der Unabhängigkeit Kolumbiens, erschienen ist, definiert „Verfassung“ also als

⁵⁷ Vgl. ebenda.

⁵⁸ Vgl. ebenda.

⁵⁹ Real Academia Española, *Diccionario de la lengua española*, s.v.: „constitución“, Online im WWW unter URL: <http://lema.rae.es/drae/?val=constitución> [12.02.1014].

⁶⁰ ebenda.

⁶¹ Seco, Manuel/Andrés, Olimpia/Ramos, Gabino, *Diccionario del español actual*, Bd.1, s.v.: „constitución“.

⁶² Real Academia Española, *Diccionario de Autoridades*, Bd.1, s.v.: „constitución“.

Gesetzessammlung oder Anordnung („ordenanza“), Festsetzung („establecimiento“), Statut („estatuto“) und Regeln („reglas“), die erarbeitet werden, um eine Republik oder Gemeinschaft gut zu regieren oder zu leiten („para el buen gobierno y direccion de alguna República ò Comunidad“).

Die Zeit, in der die aktuelle Verfassung Kolumbiens erarbeitet wurde, war geprägt von Gewalt, ständigen Menschenrechtsverletzungen, von andauernden Guerillakriegen, vom Drogenhandel und damit verbundenen Verbrechen. Als Antwort auf diese dramatische Situation in der sich das Land befand, forderte die Studentenbewegung im Jahr 1990 eine neue Verfassung und erhielt mit dieser Forderung auch Zustimmung in Teilen der Politik und in der Zivilbevölkerung. Es wurde im selben Jahr eine Verfassungsgebende Versammlung gewählt, die es zum ersten Mal auch den zivilen Teilen der Bevölkerung ermöglichte an der Ausarbeitung der Verfassung mitzuwirken.⁶³ Laut Lerma Carreño waren die verschiedensten Vertreter der kolumbianischen Gesellschaft an der Ausarbeitung der Verfassung beteiligt. Er führt an: Vertreter von vor kurzer Zeit demobilisierten bewaffneten Gruppen, Vertreter ethnischer Minderheiten, Frauen, Gewerkschafter, politische Parteien, pädagogische Bewegungen etc. Dadurch, dass so breite Teile der Bevölkerung an der Ausarbeitung der Verfassung beteiligt waren und auch durch den verstärkten Schutz der Menschenrechte und die neuen Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung gilt die Verfassung von 1991 als die fortschrittlichste und demokratischste in der Geschichte des Landes.⁶⁴

In Artikel 1 der Verfassung wird die Staatsform Kolumbiens definiert:

„Colombia es un Estado social de derecho, organizado en forma de República unitaria, descentralizada, con autonomía de sus entidades territoriales, democrática, participativa y pluralista, fundada en el respeto de la dignidad humana, en el trabajo y la solidaridad de las personas que la integran y en la prevalencia del interés general.“⁶⁵

Kolumbien ist also ein sozialer Rechtsstaat („un Estado social de derecho“), der die Form einer unitarischen Republik hat („organizado en forma de República unitaria“), dezentralisiert („descentralizada“) regiert wird und seinen regionalen Gebietskörperschaften Autonomie zugesteht („con autonomía de sus entidades territoriales“). Die Republik wird außerdem als demokratisch („democrática“), partizipativ („participativa“) und pluralistisch („pluralista“) bezeichnet. Der Staat basiert auf den Prinzipi-

⁶³ Vgl. Heinz 1997.

⁶⁴ Vgl. Lerma Carreño 2007.

⁶⁵ Politische Verfassung Kolumbiens, Art. 1.

en der Achtung der menschlichen Würde („fundada en el respeto de la dignidad humana“), der Arbeit („en el trabajo“), der Solidarität aller Menschen („la solidaridad de las personas“), und der Vorrangstellung des Interesses der Allgemeinheit („la prevalencia del interés general“).⁶⁶

Im Vergleich zur vorhergehenden Verfassung erhielten die Menschenrechte im Jahr 1991 eine wichtige Position.⁶⁷ Auch Bildung wird in der neuen Verfassung als Recht anerkannt, wie bereits Lerma Carreño anführt und wie auch später in der Analyse ersichtlich wird.⁶⁸

4.2. Die Rechte des Kindes

4.2.1. „Kinderrecht“: Begriffsklärung

Auf der Suche nach dem Schlagwort „derecho humano“ findet man im DRAE einen Link zu dem Eintrag „derecho, cha“, der sowohl das Adjektiv „derecho, cha“, als auch das Substantiv „derecho“ enthält. Das Adjektiv wird unter anderem als „Recto, igual, seguido, sin torcerse a un lado ni a otro“, als „justo, legítimo“ und als „fundado, cierto, razonable“ definiert.⁶⁹

Für das Substantiv finden sich unter anderem folgende Einträge:

- „[...]9. m. Facultad del ser humano para hacer legítimamente lo que conduce a los fines de su vida.
- 10. m. Facultad de hacer o exigir todo aquello que la ley o la autoridad establece en nuestro favor, o que el dueño de una cosa nos permite en ella.
- 11. m. Consecuencia natural del estado de una persona, o de sus relaciones con respecto a otras. *El derecho del padre*. [hinzugefügtes Satzzeichen, Y.T.] *Los derechos de la amistad*. [hinzugefügtes Satzzeichen, Y.T.]
- 12. m. Acción que se tiene sobre una persona o sobre una cosa.
- 13. m. Justicia, razón.
- 14. m. Conjunto de principios y normas, expresivos de una idea de justicia y de orden, que regulan las relaciones humanas en toda sociedad y cuya observancia puede ser impuesta de manera coactiva.
- 15. m. Ciencia que estudia estos principios y preceptos.
- 16. m. Exención, franquicia, privilegio. [...]“.⁷⁰

Ein Recht ist somit die Befugnis eines Menschen, per Gesetz das zu machen, was ihn zu seinen Lebenszielen führt („hacer legítimamente lo que conduce a los fines de

⁶⁶ ebenda.

⁶⁷ Vgl. Sánchez Torres 1995, (zit. nach: Heinz 1997).

⁶⁸ Vgl. u.a. Lerma Carreño 2007.

⁶⁹ Real Academia Española, *Diccionario de la lengua española*, s.v.: „derecho, cha“, Online im WWW unter URL: <http://lema.rae.es/drae/?val=derecho+humano> [13.02.2014].

⁷⁰ ebenda.

su vida“) und all das zu tun oder zu verlangen, was das Gesetz oder eine Autorität zu unseren Gunsten festlegt („hacer o exigir todo aquello le la ley o la autoridad establece en nuestro favor“), oder was uns der Besitzer einer Sache erlaubt damit zu machen („que el dueño de una cosa nos permite en ella“). Neben anderen möglichen Bedeutungen führt die *Real Academia Española* auch noch folgende an: „Conjunto de principios y normas, expresivos de una idea de justicia y de orden, que regulan las relaciones humanas en toda sociedad y cuya observancia puede ser impuesta de manera coactiva.“⁷¹. Recht kann also auch als Gesamtheit von Prinzipien und Normen, die die menschlichen Beziehungen innerhalb der Gesellschaft regeln und deren Überwachung zwanghaft auferlegt werden kann, verstanden werden.

Unter dem Lema „derechos humanos“ findet man die Definition „Especialmente en el ámbito internacional, derechos fundamentales.“⁷² gemeinsam mit einem Link zu dem Eintrag „derechos fundamentales“, der folgende Definition enthält:

„1. m. pl. Los que, por ser inherentes a la dignidad humana y por resultar necesarios para el libre desarrollo de la personalidad, suelen ser recogidos por las constituciones modernas asignándoles un valor jurídico superior.“⁷³

„Derechos fundamentales“ sind somit Rechte, die der menschlichen Würde innewohnen („inherentes a la dignidad humana“) und für die freie Entwicklung der Persönlichkeit notwendig sind („necesarios para el libre desarrollo de la personalidad“) und somit in der Regel in moderne Verfassungen aufgenommen werden („suelen ser recogidos por las constituciones modernas“) und einen höheren juristischen Stellenwert zugewiesen bekommen („asignándoles un valor jurídico superior“).

Das *Diccionario del español actual* definiert „derecho“ folgendermaßen:

„**derecho -cha** [...]

II [...] **6** „Conjunto de principios y preceptos a que están sometidas las relaciones humanas. *Frec con un adj especificador*: CIVIL, PENAL, CANÓNICO, INTERNACIONAL, etc. [...].

7 Posibilidad legal o moral [...].

8 Cosa exigible o permitida [para alguien (*compl de posesión*)] según un principio moral o social, o según una ley establecida. [...].“⁷⁴

Einerseits ist ein Recht auch hier die Gesamtheit an Prinzipien und Grundsätzen denen die menschlichen Beziehungen unterworfen sind („Conjunto de principios y preceptos a que están sometidas la relaciones humanas.“). Andererseits bedeutet es

⁷¹ ebenda.

⁷² ebenda.

⁷³ Real Academia Española, *Diccionario de la lengua española*, s.v.: „derechos fundamentales“, Online im WWW unter URL: <http://lema.rae.es/drae/?val=derecho+humano> [13.02.2014].

⁷⁴ Seco, Manuel/Andrés, Olimpia/Ramos, Gabino, *Diccionario del español actual*, Bd. 1, s.v.: „derecho“.

auch eine moralische oder gesetzliche Möglichkeit („Posibilidad legal o moral“) und eine nach einem moralischen oder sozialen Prinzip oder laut einem Gesetz erlaubte oder einklagbare Sache („Cosa exigible o permitida [...] según un principio moral o social, o según una ley establecida.“).

Im zweiten Band des *Diccionario de Autoridades* findet man unter dem Substantiv „derecho“ folgenden Eintrag:

„Lo que dicta la naturaléza, mandó la Divinidad, definió nuestra Santa Madre la Iglesia, constituyeron las gentes, establece el Principe, supremo legislador en sus dominios, ù ordena la Ciudad ò el Pueblo para su gobierno privado, ò introduce la costumbre. [...] Se toma muchas veces por Justicia. [...]“⁷⁵

Zusammenfassend könnte „Recht“ nun im Rahmen dieser Arbeit als Prinzipien oder Grundsätze definiert werden, die von einer Autorität festgelegt werden und dem menschlichen Zusammenleben in der Gesellschaft dienen. Als „Menschenrecht“ oder „derecho humano“ wird ein Recht bezeichnet, das für die vollständige Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit notwendig ist und jedem Menschen von Geburt an gegeben ist. Kinderrechte sind somit Menschenrechte, die speziell für Kinder neu formuliert wurden und ihnen besonderen Schutz bieten. Wie aus Artikel 1 der UN-Konvention über die Rechte des Kindes ersichtlich wird, gilt im Sinne der Konvention jeder Mensch unter 18 Jahren als Kind, es sei denn er erreicht die Volljährigkeit laut einem anderen auf ihn zutreffenden Gesetz schon davor:

„Para los efectos de la presente Convención, se entiende por niño todo ser humano menor de dieciocho años de edad, salvo que, en virtud de la ley que le sea aplicable, haya alcanzado antes la mayoría de edad.“⁷⁶

4.2.2. Zur Entstehung der Konvention über die Rechte des Kindes

Als wichtigstes internationales, weil erstes völkerrechtlich bindendes Dokument zum Schutz der Rechte der Kinder gilt heute die *Internationale Konvention über die Rechte des Kindes* der Vereinten Nationen, für die im Folgenden auch die im Alltag häufig auftretende Bezeichnung *Kinderrechtskonvention* verwendet wird.⁷⁷

Als Pionierin der Kinderrechtsbewegung, die die Ausarbeitung dieser Konvention zur Folge hatte gilt laut Aussage von UNICEF Eglantyne Jebb, eine Britin, die 1919 den *Save the Children Fund* gründete, mit dem sie Spenden für vom Ersten Weltkrieg betroffene Kinder sammeln wollte. Im Jahr darauf fand in Genf eine internationale *Save*

⁷⁵ Real Academia Española, *Diccionario de Autoridades*, Bd. 2, s.v.: „derecho“.

⁷⁶ Konvention über die Rechte des Kindes, Art. 1.

⁷⁷ Vgl. URL: <http://www.unicef.at/kinderrechte/die-un-kinderrechtskonvention/> [20.12.2013].

the Children - Versammlung statt, im Rahmen derer ein Dokument, das die vermehrte Anerkennung und den Schutz der Rechte von Kindern fordert, ausgearbeitet wurde. Dieses Dokument, die sogenannte *Genfer Erklärung*, wurde dem Völkerbund vorgelegt und am 26. September 1924 verabschiedet. Sie gilt gemeinsam mit der *UN-Deklaration über die Rechte des Kindes* von 1959 als Vorläufer der aktuellen Kinderrechtskonvention. Die UN-Deklaration legte im Vergleich zu ihrem Vorgänger mehr Wert auf das emotionale Wohlbefinden der Kinder und deren vorrangigen Schutz, jedoch basierte die Erklärung erneut auf bloßer Fürsorge und die Kinder wurden in ihrer Macht nicht gestärkt.⁷⁸

In den folgenden Jahrzehnten spielten NGO's eine wichtige Rolle im Kampf für Kinderrechte. So erklärten die Vereinten Nationen auf Verlangen dieser Organisationen das Jahr 1979 zum Internationalen Jahr des Kindes. Daraufhin legte die polnische Regierung der UN-Menschenrechtskommission einen Entwurf für eine Konvention über Kinderrechte vor, der im darauffolgenden Jahrzehnt überarbeitet wurde, bis die endgültige Version der Konvention am 20. November 1989 zur Unterzeichnung freigegeben wurde und im September 1990 in Kraft trat.⁷⁹

- „1. La presente Convención entrará en vigor el trigésimo día siguiente a la fecha en que haya sido depositado el vigésimo instrumento de ratificación o de adhesión en poder del Secretario General de las Naciones Unidas.
2. Para cada Estado que ratifique la Convención o se adhiera a ella después de haber sido depositado el vigésimo instrumento de ratificación o de adhesión, la Convención entrará en vigor el trigésimo día después del depósito por tal Estado de su instrumento de ratificación o adhesión.“⁸⁰

Diese Konvention von 1990 ist somit das erste Instrument zum Schutz der Menschenrechte, das alle für Kinder relevanten Rechte, nämlich politische, kulturelle, soziale und bürgerliche äußert und die Staaten dazu verpflichtet, diese zu erfüllen. Kinder werden außerdem erstmals nicht als eine passive, rein von der Gunst der Erwachsenen abhängige Gruppe betrachtet, sondern als soziale Akteure und aktive Inhaber von Rechten. Die Staaten, die die Konvention unterzeichnet haben sind also verpflichtet, die Rechte der Kinder zu erfüllen und müssen in regelmäßigen Abständen Berichte an das UN-Komitee für Kinderrechte abliefern, in denen sie unter anderem über Schwierigkeiten berichten, denen sie in der Umsetzung der Kinderrechte begegnen und auch Ziele formulieren, um diese Umsetzung zu beschleunigen. Das

⁷⁸ Vgl. UNICEF 2009.

⁷⁹ ebenda.

⁸⁰ Konvention über die Rechte des Kindes, Art. 1.

Komitee wurde mit Artikel 43 der Konvention⁸¹ durchgesetzt und besteht aus 18 Mitgliedern, die sich drei Mal im Jahr zu einem Treffen in Genf zusammenfinden. Die Berichte werden anschließend geprüft und die wesentlichen Punkte werden mit Vertretern des jeweiligen Landes diskutiert. Neben diesen obligatorischen Berichten von Seiten der Regierungen können jedoch auch NGO's oder Organisationen der UNO einzelne Länderberichte an das Komitee abliefern. Außerdem werden die offiziellen Berichte und die Ergebnisse der Gespräche veröffentlicht, damit auch die Öffentlichkeit Zugang dazu hat und vor allem auch NGO's die Leistung von Staaten etc. bewerten können.⁸²

Die Konvention beruht auf 4 Grundprinzipien, nämlich der Gleichbehandlung, dem Vorrang des Kindeswohls, dem Recht auf Leben und persönliche Entwicklung und der Achtung vor der Meinung und dem Willen des Kindes.⁸³

Das Prinzip der Gleichbehandlung aller Kinder ist in Artikel 2 der Konvention festgeschrieben und besagt, dass kein Kind der Welt auf irgendeine Art aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Religion etc. diskriminiert werden darf und sich der Staat auch dafür einsetzt, diese Gleichberechtigung zu garantieren:⁸⁴

„1. Los Estados Partes respetarán los derechos enunciados en la presente Convención y asegurarán su aplicación a cada niño sujeto a su jurisdicción, sin distinción alguna, independientemente de la raza, el color, el sexo, el idioma, la religión, la opinión política o de otra índole, el origen nacional, étnico o social, la posición económica, los impedimentos físicos, el nacimiento o cualquier otra condición del niño, de sus padres o de sus representantes legales.

2. Los Estados Partes tomarán todas las medidas apropiadas para garantizar que el niño se vea protegido contra toda forma de discriminación o castigo por causa de la condición, las actividades, las opiniones expresadas o las creencias de sus padres, o sus tutores o de sus familiares.“⁸⁵

Das zweite Grundprinzip ist das des Vorrangs des Kindeswohles, das durch den ersten Absatz von Artikel 3 der Konvention ausgedrückt wird:⁸⁶

„1. En todas las medidas concernientes a los niños que tomen las instituciones públicas o privadas de bienestar social, los tribunales, las autoridades administrativas o los órganos legislativos, una consideración primordial a que se atenderá será el interés superior del niño.“⁸⁷

⁸¹ Vgl. ebenda, Art. 43.

⁸² Vgl. UNICEF 2009; <http://www.unicef.de/ueber-uns/unicef-und-kinderrechte>; <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/CRC/Pages/CRCIntro.aspx> [18.02.2014].

⁸³ Vgl. UNICEF 2009; <http://www.unicef.de/ueber-uns/unicef-und-kinderrechte> [18.02.2014].

⁸⁴ Vgl. ebenda.

⁸⁵ Konvention über die Rechte des Kindes, Art. 2.

⁸⁶ Vgl. UNICEF 2009; <http://www.unicef.de/ueber-uns/unicef-und-kinderrechte> [18.02.2014].

⁸⁷ Konvention über die Rechte des Kindes, Art. 3.

Artikel 6, das Recht auf Leben und persönliche Entwicklung des Kindes, bildet das dritte Grundprinzip der Konvention:⁸⁸

„1. Los Estados Partes reconocen que todo niño tiene el derecho intrínseco a la vida.

2. Los Estados Partes garantizarán en la máxima medida posible la supervivencia y el desarrollo del niño.“⁸⁹

Das letzte Grundprinzip der Konvention wird in Artikel 12 formuliert und garantiert, dass der Wille und die Meinung des Kindes bei Entscheidungsfindungen, die sie betreffen geachtet werden:⁹⁰

„1. Los Estados Partes garantizarán al niño que esté en condiciones de formarse un juicio propio el derecho de expresar su opinión libremente en todos los asuntos que afectan al niño, teniéndose debidamente en cuenta las opiniones del niño, en función de la edad y madurez del niño.

2. Con tal fin, se dará en particular al niño oportunidad de ser escuchado, en todo procedimiento judicial o administrativo que afecte al niño, ya sea directamente o por medio de un representante o de un órgano apropiado, en consonancia con las normas de procedimiento de la ley nacional.“⁹¹

Die Prinzipien der Konvention über die Rechte des Kindes beruhen auf der Internationalen Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen, was, wie später in der Analyse sichtbar, durch ständige Verweise auf die Charta deutlich wird.

Die Charta setzt sich aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und dem Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zusammen. Besonders die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* aus dem Jahr 1948 war nach dem Zweiten Weltkrieg ein wesentliches internationales Dokument zur Anerkennung und zum Schutz der Menschenrechte.⁹² In ihr wird auch der Schutz der Kinderrechte erwähnt, jedoch werden noch keine konkreten Rechte formuliert. So heißt es im zweiten Absatz von Artikel 25, dass Mütter und Kinder das Recht auf besondere Fürsorge und Unterstützung haben und allen Kindern, egal ob ehelich oder unehelich, das gleiche Recht auf sozialen Schutz zugesprochen wird. Artikel 26 widmet sich dem Recht auf Bildung. Auch hier gibt es keine Unterscheidung zwischen Erwachsenen und

⁸⁸ Vgl. UNICEF 2009; <http://www.unicef.de/ueber-uns/unicef-und-kinderrechte> [18.02.2014].

⁸⁹ Konvention über die Rechte des Kindes, Art. 6.

⁹⁰ Vgl. UNICEF 2009; <http://www.unicef.de/ueber-uns/unicef-und-kinderrechte> [18.02.2014].

⁹¹ Konvention über die Rechte des Kindes, Art. 12.

⁹² Vgl. URL: http://www.unis.unvienna.org/unis/de/topics/human_rights.html [18.02.2014].

Kindern, bis auf Absatz 3, in dem Eltern das Recht zugesprochen wird, die Art der Bildung ihrer Kinder selbst zu wählen.

„Artículo 25.

1. Toda persona tiene derecho a un nivel de vida adecuado que le asegure, así como a su familia, la salud y el bienestar, y en especial la alimentación, el vestido, la vivienda, la asistencia médica y los servicios sociales necesarios; tiene asimismo derecho a los seguros en caso de desempleo, enfermedad, invalidez, viudez, vejez u otros casos de pérdida de sus medios de subsistencia por circunstancias independientes de su voluntad.

2. La maternidad y la infancia tienen derecho a cuidados y asistencia especiales. Todos los niños, nacidos de matrimonio o fuera de matrimonio, tienen derecho a igual protección social.“⁹³

„Artículo 26.

1. Toda persona tiene derecho a la educación. La educación debe ser gratuita, al menos en lo concerniente a la instrucción elemental y fundamental. La instrucción elemental será obligatoria. La instrucción técnica y profesional habrá de ser generalizada; el acceso a los estudios superiores será igual para todos, en función de los méritos respectivos.

2. La educación tendrá por objeto el pleno desarrollo de la personalidad humana y el fortalecimiento del respeto a los derechos humanos y a las libertades fundamentales; favorecerá la comprensión, la tolerancia y la amistad entre todas las naciones y todos los grupos étnicos o religiosos, y promoverá el desarrollo de las actividades de las Naciones Unidas para el mantenimiento de la paz.

3. Los padres tendrán derecho preferente a escoger el tipo de educación que habrá de darse a sus hijos.“⁹⁴

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wurden also Grundsätze für das menschliche Zusammenleben festgeschrieben, die nicht rechtlich bindend waren. Dennoch führte die Formulierung dieser Grundsätze auf internationaler Ebene zur Ausarbeitung von Gesetzen oder rechtlich bindenden Pakten, wie zum Beispiel dem bereits erwähnten *Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte* und dem *Pakt über bürgerliche und politische Rechte* aus dem Jahr 1966.⁹⁵ Im *Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte* sind sowohl das Recht auf Bildung für alle Menschen, als auch Kinderrechte verankert, jedoch werden die Rechte der Kinder erneut nicht konkret ausformuliert.⁹⁶

Zum aktuellen Zeitpunkt sind Somalia und die USA die einzigen Staaten der Welt, welche die Konvention nicht unterzeichnet haben.⁹⁷ Außerdem gibt es mittlerweile

⁹³ Konvention über die Rechte des Kindes, Art. 25.

⁹⁴ ebenda, Art. 26.

⁹⁵ Vgl. URL: <https://www.unric.org/html/german/menschenrechte/pressemappe/verwirkl.htm> [20.12.2013].

⁹⁶ Vgl. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976.

⁹⁷ ebenda.

drei Zusatzprotokolle zur UN-Kinderrechtskonvention: das Zusatzprotokoll über Kinder in bewaffneten Konflikten, das die Zwangsrekrutierung von Kindern unter 18 Jahren verbietet, das Zusatzprotokoll über Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornographie, welches diese drei Arten der Ausbeutung von Kindern verbietet und bei Vergehen die strafrechtliche Verfolgung fordert. Das dritte Zusatzprotokoll, zur Individualbeschwerde, das Kindern die Anklage im Falle der Verletzung ihrer Rechte ermöglicht beziehungsweise erleichtert, wurde im Jahr 2012 zur Unterzeichnung freigegeben und konnte 2014 in Kraft treten, nachdem es von folgenden 10 Staaten ratifiziert⁹⁸ wurde: Albanien, Bolivien, Costa Rica, Deutschland, Gabun, Montenegro, Portugal, Slowakei, Spanien und Thailand.⁹⁹

Eine wichtige Anmerkung bezüglich der Ziele und des Selbstverständnisses der KRK wird in Artikel 41 derselben Konvention festgehalten:

„Nada de lo dispuesto en la presente Convención afectará a las disposiciones que sean más conducentes a la realización de los derechos del niño y que puedan estar recogidas en:

- a) El derecho de un Estado Parte; o
- b) El derecho internacional vigente con respecto a dicho Estado.“¹⁰⁰

Die Rechte, die Kindern durch dieses Dokument zugestanden werden, sollen somit ein Mindestmaß an Rechten für die Kinder darstellen und für den Fall, dass der Schutz dieser Rechte durch ein anderes, nationales oder internationales, Recht auf bessere Weise gewährleistet werden kann, so ist dieses der Konvention vorzuziehen. Die Rechte der Kinder sollen also so gut wie möglich ausgeweitet und keinesfalls durch die Konvention eingeschränkt werden.¹⁰¹

Laut dem jährlich erscheinenden UNICEF-Bericht „The State of the World's Children“ aus dem Jahr 2009, der sich explizit dem Thema der Kinderrechtskonvention widmete, hatte diese seit ihrem Bestehen schon große Auswirkungen und erzielte viele Erfolge. Eine der Möglichkeiten diesen Einfluss zu messen sei zu untersuchen, inwieweit die Prinzipien oder Rechte der Konvention in die nationale Gesetzgebung

⁹⁸ „als gesetzgebende Körperschaft einen völkerrechtlichen Vertrag in Kraft setzen“, DUDEN, s.v.: „ratifizieren“, Online im WWW unter URL: <http://www.duden.de/rechtschreibung/ratifizieren> [16.01.2014].

⁹⁹ Vgl. URL: <http://www.unicef.at/kinderrechte/die-un-kinderrechtskonvention/> [10.04.2014]; o.V.: „Los niños podrán denunciar a la ONU las violaciones de sus derechos“, in: *El Espectador* vom 14.01.2014, Online im WWW unter URL: <http://www.elespectador.com/noticias/elmundo/los-ninos-podran-denunciar-onu-violaciones-de-sus-derec-articulo-468433> [16.01.2014].

¹⁰⁰ Konvention über die Rechte des Kindes, Art. 41.

¹⁰¹ Vgl. URL: <http://www.kinderrechtskonvention.info/die-un-kinderrechtskonvention-als-mindest-schutzstandard-3820/> [20.12.2013].

oder Verfassung der einzelnen Staaten aufgenommen wurden, da die Übereinstimmung von nationalen Gesetzen mit der Konvention wesentlich für zukünftige Erfolge in dem Bereich wäre. In nicht allen politischen Verfassungen der Mitgliedsstaaten der UNO sind die Kinderrechte explizit erwähnt, weil diese zum Teil lange vor deren Ausarbeitung entstanden sind. In anderen Ländern mit jüngeren Verfassungen, darunter auch Kolumbien, wurden diese aber häufig aufgenommen. Viele Länder hätten somit ihre nationalen Gesetzgebungen an die Konvention angepasst oder diese in ihre Verfassung aufgenommen, jedoch bedeutet dies noch keine Umsetzung der Rechte in der Praxis. Manche, den Kindern schadende, Praktiken wie sexueller Missbrauch, Gewalt oder Genitalverstümmelungen sind laut dem Bericht tief in den Traditionen verschiedener Länder und Kulturen verwurzelt und können nicht durch ein neues Gesetz ausgelöscht werden. Vielmehr bedürfe es hier an Maßnahmen unter anderem im Bereich der Bildung.¹⁰²

4.3. Bildung

4.3.1. „Bildung“: Begriffsklärung

Für den deutschen Begriff „Bildung“ wird im Spanischen das Substantiv „educación“ verwendet. Dieses wird im Online Wörterbuch der *Real Academia Española* wie folgt definiert:

„educación. (Del lat. *educatĭo*, -ōnis).

1. f. Acción y efecto de educar.

2. f. Crianza, enseñanza y doctrina que se da a los niños y a los jóvenes.

3. f. Instrucción por medio de la acción docente.

4. f. Cortesía, urbanidad.

~ especial.

1. f. educación que se imparte a personas afectadas de alguna anomalía mental o física que dificulta su adaptación a la enseñanza ordinaria.

~ física.

1. f. Conjunto de disciplinas y ejercicios encaminados a lograr el desarrollo y perfección corporales.

~ inicial.

1. f. Perú. Nivel educativo previo al primer grado, para niños de entre tres y cinco años de edad.“¹⁰³

Unter dem Verb „educar“ findet sich folgender Eintrag:

„educar. (Del lat. *educāre*).

1. tr. Dirigir, encaminar, doctrinar.

¹⁰² Vgl. UNICEF 2009.

¹⁰³ Real Academia Española, *Diccionario de la lengua española*, s.v.: „educación“, Online im WWW unter: <http://lema.rae.es/drae/?val=educación> [13.02.2014].

2. tr. Desarrollar o perfeccionar las facultades intelectuales y morales del niño o del joven por medio de preceptos, ejercicios, ejemplos, etc.. Educar la inteligencia, la voluntad.[...]
5. tr. Enseñar los buenos usos de urbanidad y cortesía.“¹⁰⁴

„Educar“ bedeutet somit ‚lenken‘, ‚auf den richtigen Weg bringen‘ und gleichzeitig die intellektuellen und moralischen Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen durch Anweisungen, Übungen und Beispiele zu entwickeln und zu perfektionieren. Außerdem versteht man darunter auch, jemandem gute Sitten beizubringen. Das Substantiv „educación“ ist also „die Handlung des Erziehens, sowie deren Ergebnis“. Ebenso werden die Synonyme „crianza“, „enseñanza“ und „doctrina“ angeführt, die Kindern und Jugendlichen vermittelt werden. Ein weiterer Eintrag ist „educación“ in der Bedeutung von ‚Unterricht‘ oder ‚Lehre‘, die durch die Lehrtätigkeit vermittelt wird („por medio de la acción docente“). „Educación“ kann laut DRAE jedoch ebenso ein Synonym für Höflichkeit und gutes Benehmen sein („cortesía“, „urbanidad“).

Für Seco/Andrés/Ramos ist das Substantiv „educación“ zum Einen die „acción de educar(se) [...]“, zum Anderen die „Adecuación del comportamiento de una pers. a las normas de trato social [...]“.¹⁰⁵ Das Verhalten einer Person wird somit durch Erziehung an die sozialen Umgangsnormen angepasst, um, wie auch in der Definition des Verbs „educar“ ersichtlich wird, das gesellschaftliche Zusammenleben zu ermöglichen:

„**educar** *tr* 1 Formar intelectual y moralmente [a una pers.] para convivir en sociedad. [...] b) *pr* Recibir formación intelectual y moral. [...] 2 Enseñar buenos modelos [a alguien (cd)]. [...] 3 Acostumbrar [a una pers. o animal o a un órgano] a actuar de una determinada manera. [...]“¹⁰⁶

Neben der intellektuellen und moralischen Erziehung einer Person bedeutet „educar“ auch noch, ‚jemandem ein gutes Vorbild sein‘ und „jemanden daran gewöhnen auf eine bestimmte Art und Weise zu handeln“.

Das *Diccionario de Autoridades* der Real Academia Española schränkt, wie auch in ihrem Online Wörterbuch, die Bedeutung auf Kinder und Jugendliche ein und definiert „educación“ folgendermaßen:

„EDUCACIÓN. f.f. La crianza, enseñanza y doctrina con que se educan los niños en sus primeros años. Es tomado del Latino *Educatio*. [...]“¹⁰⁷

¹⁰⁴ ebenda, s.v.: „educar“.

¹⁰⁵ Seco, Manuel/Andrés, Olimpia/Ramos, Gabino, *Diccionario del español actual*, s.v.: „educación“.

¹⁰⁶ ebenda, s.v.: „educar“.

¹⁰⁷ Real Academia Española, *Diccionario de Autoridades*, Bd. 2, s.v.: „educación“.

Das Verb „educar“ erhält folgende Beschreibung:

„EDUCAR. v.a. Criar, enseñar, amaestrar y dar doctrina à la juventúd. Viene del Latino *Educare*. [...]“¹⁰⁸.

Zusammenfassend bedeutet „Bildung“ in diesem Sinne, dass jemandem, meist Kindern oder Jugendlichen, gewisse Inhalte vermittelt werden, die zu deren intellektueller und moralischer Entwicklung beitragen. Bildung ist auch wichtig, um jeweilige Verhaltensregeln innerhalb einer Gesellschaft zu erlernen oder zu verinnerlichen und so ein soziales Zusammenleben zu ermöglichen.

Die UNESCO geht in ihrer Definition von „Bildung“ laut eigenen Aussagen von einem „ganzheitlichen“ Bildungsbegriff aus, der aus vier „Säulen des Lernens“ zusammengesetzt wird, welche im sogenannten *Delors-Bericht* über Bildung im 21. Jahrhundert geprägt wurden.¹⁰⁹ Diese vier Säulen wurden von der UNESCO übernommen und sind unterteilt in:

- „Lernen, Wissen zu erwerben (learning to know)
- Lernen zu handeln (learning to do)
- Lernen für das Leben (learning to be)
- Lernen miteinander zu leben (learning to live together)“.¹¹⁰

Für die UNESCO ist Bildung statt reiner Wissensvermittlung vor allem:

„[...] eine Grundvoraussetzung für die Verbesserung der Lebensqualität, für die Überwindung von Armut, für die Erreichung der Chancengleichheit der Geschlechter, die Verringerung der Kindersterblichkeit und des Bevölkerungswachstums, nachhaltige Entwicklung, und letztendlich für Frieden und Demokratie.

Bildung soll dazu befähigen, aktiv und selbstbestimmt am öffentlichen Leben teilzunehmen und Gegebenheiten kritisch zu hinterfragen.“¹¹¹

Bildung soll somit zwar auch zum sozialen Zusammenleben befähigen und jedem Menschen die gleichen Chancen bieten, um am öffentlichen Leben teilzuhaben, jedoch ist ein wesentliches Prinzip die erstrebenswerte Selbstbestimmung derer, die Bildung erhalten, und nicht die unreflektierte Übernahme vermittelter Ideen oder Ideale. Ziel von Bildung ist auch für die UNESCO die Ermöglichung des Zusammenlebens in der Gesellschaft, allerdings betont die Organisation den Fokus auf Entwicklung und die Sicherung von Demokratie und Frieden.¹¹²

¹⁰⁸ ebenda, s.v.: „educar“.

¹⁰⁹ Vgl. Comisión Internacional sobre la educación para el siglo XXI, 1996.

¹¹⁰ URL: <http://www.unesco.at/bildung/> [14.02.2014].

¹¹¹ ebenda.

¹¹² Vgl. ebenda.

4.3.2. Die Bildungssituation in Kolumbien und Lateinamerika

Charakteristisch für das heutige lateinamerikanische Bildungswesen ist seine Trennung in private und öffentliche Bildung, wobei vor allem der private Bildungsbereich in den letzten Jahren stark ausgebaut wurde.¹¹³ Richter führt Seitz an, laut dem sich als weiterer Bildungssektor vor allem in Entwicklungsländern ein sogenannter „Low-Cost-Private-Sector“¹¹⁴ herausgebildet hat, der für die soziale Mittelschicht von Bedeutung ist und als Reaktion auf die schlechte Qualität der öffentlichen Bildungseinrichtungen entstanden ist.¹¹⁵ Außerdem existiert laut Richter ein „non-formaler“ Bildungssektor, welcher sich an Menschen richtet, die nicht Teil des formalen Bildungssystems sind.¹¹⁶

Viele Länder Lateinamerikas begannen in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts mit der notwendigen Reformierung ihrer Bildungssysteme, um vor allem eine flächendeckende Grundschulbildung für Alle zu garantieren, die Alphabetisierung auszuweiten und dafür zu sorgen, dass mehr Kinder im schulpflichtigen Alter diese auch besuchten. Für diese, auch weltweiten Fortschritte im Bildungsbereich spielte das Engagement internationaler Organisationen eine wesentliche Rolle.¹¹⁷

So koordiniert die UNESCO zum Beispiel auf UN-Ebene das Programm „Bildung für Alle“, im Rahmen dessen im Jahr 2000 sechs Bildungsziele gesteckt wurden, die bis zum Jahr 2015 von den beteiligten Ländern zu erfüllen sind. Die Erreichung dieser Ziele sollte durch Zusammenarbeit von NGO's, Organisationen der UNO, der Zivilbevölkerung und der nationalen Regierungen, sowie jeweiliger Aktionspläne der einzelnen Staaten erfolgen.¹¹⁸

Diese sechs Ziele sind:

- „1. Ausweitung und Verbesserung der frühkindlichen Betreuung und Erziehung, insbesondere für gefährdete und benachteiligte Kleinkinder;
2. Einführung der kostenfreien Grundschulpflicht bis 2015 für alle Kinder, Buben und Mädchen;
3. Absicherung der Lernbedürfnisse von Jugendlichen durch Zugang zu Lernangeboten und Training von Basisqualifikationen („life skills“);
4. Reduzierung der Analphabetenrate bei Erwachsenen um die Hälfte bis zum Jahr 2015 und Sicherung eines angemessenen Grundbildungsniveaus für Erwachsene;

¹¹³ Vgl. Richter 2013.

¹¹⁴ Richter (2013: 75), (zit. nach Seitz 2003, S.6).

¹¹⁵ Vgl. Richter 2013.

¹¹⁶ ebenda.

¹¹⁷ ebenda.

¹¹⁸ Vgl. URL: <http://www.unesco.at/bildung/> [14.02.2014].

5. Ausgleich der Geschlechterdisparitäten im Bildungswesen insgesamt bis 2015;
6. Verbesserung der Bildungsqualität.“¹¹⁹

Zwei der Ziele, nämlich die Grundschulbildung für Alle und die Gleichstellung von Mann und Frau, entsprechen gleichzeitig zweien der Millenniums - Entwicklungsziele der UNO aus dem Jahr 2000.¹²⁰

Neben zahlreichen anderen Veröffentlichungen zu diesem Thema hat die UNESCO in ihrem regionalen Sitz in Santiago de Chile (OREALC) gemeinsam mit der Universidad de Chile einen Bericht zur Bildungssituation in Lateinamerika und der Karibik im Jahr 2012 herausgegeben, der 2013 veröffentlicht wurde. In dem Bericht *Hacia una educación para todos 2015. Situación educativa de América Latina y el Caribe* werden, was grundlegende Aspekte der Bildung betrifft, verschiedene wichtige Fortschritte festgestellt, jedoch gibt es auch wesentliche Kritikpunkte an der derzeitigen Bildungssituation Lateinamerikas. Für den Bericht wurden acht Kategorien als wesentlich erachtet, innerhalb derer auch die Erfüllung der sechs Bildungsziele von Dakar analysiert wurden: das frühe Kindesalter, Primärschulbildung, Sekundärschulbildung, Qualität der Bildung, tertiäre Schulbildung, Gleichberechtigung der Geschlechter, interkulturelle, zweisprachige Bildung und das lebenslange Lernen.¹²¹

In dem Bericht kommt man zu dem Schluss, dass seit dem Jahr 2000, und manchmal schon davor, viele Länder der Region wichtige Fortschritte betreffend der globalen Entwicklung, des wirtschaftlichen Wachstums und, wenn auch in geringerem Ausmaß, in der Reduktion von Armut machen konnten. Dies alles schuf gute Voraussetzungen für eine positive Entwicklung in Bildungsfragen. Ein weiterer Faktor, welcher jedoch noch nicht die ganze Region betrifft war ein demographischer Wechsel, der mit einem Abnehmen des Bevölkerungswachstums und dem Altern der Bevölkerung einherging und die Nachfrage nach Bildung somit etwas senken konnte. Nichtsdestotrotz herrschen weiterhin Armut und Ungleichheit und ein großer Teil der Bevölkerung lebt nach wie vor in ländlichen Gebieten, was die Ausbreitung von qualitativ hochwertiger Bildung erschwert. Laut dem Bericht der UNESCO ist die wahrscheinlich relevanteste Variable zur Untersuchung des Bildungsfortschritts in Lateinamerika die Situation der Armut der Familien, da dies eine Variable sei, die sowohl die Bildungsbeteiligung beeinträchtigt, als auch den Nutzen, den Schüler aus

¹¹⁹ ebenda; OREALC/UNESCO 2012.

¹²⁰ Vgl. ebenda; <http://www.un-kampagne.de/index.php?id=90> [14.02.2014].

¹²¹ Vgl. OREALC/UNESCO 2012.

ihren Bildungsmöglichkeiten ziehen. Zwischen 2000 und 2010 nahm der Durchschnitt der Personen, die aufgrund ihrer Einkünfte unterhalb der Armutsgrenze lebten von 43,9% auf 35,4% ab. Kolumbien lag hier im Jahr 2010 mit einer Armutsrate von ca. 43,9% über Durchschnittsniveau. Trotz dieser Fortschritte sind die Folgen der Armut, die beinahe ein Drittel der Bevölkerung in jedem lateinamerikanischen Land betreffen, noch immer ein enormes Hindernis für die Verbreitung und die Verbesserung der Bildung von Kindern und Jugendlichen.¹²²

Neben der Armut und dem Problem der mangelhaften Schulbildung für indigene Bevölkerungsgruppen war in den letzten Jahrzehnten, wie bereits erwähnt, der große Anteil von Menschen, die in ländlichen Gegenden wohnen ein Hindernis für die Verbreitung von Bildung. Im Jahr 2010 lebten ungefähr noch 4 von 10 Personen am Land - das ist eine Zahl, die sich seit 2000 nicht wesentlich verändert hat. In 12 von 35 Ländern, von denen Informationen zur Verfügung standen lebte die Hälfte, oder sogar mehr als die Hälfte der Bevölkerung am Land, wobei Argentinien, Uruguay und Venezuela, mit weniger als 10% am Land lebender Bevölkerung, als Gegenbeispiele hervortraten.¹²³

Die staatlichen Bildungsausgaben haben sich im vergangenen Jahrzehnt leicht erhöht, wenn sich auch, wiederum mit regionalen Abweichungen, die Gewichtung der Bildung innerhalb der staatlichen Ausgaben nicht merklich gesteigert hat.¹²⁴

Auch Richter kommt zu dem Schluss, dass es nach wie vor große qualitative Unterschiede zwischen städtischen und abgelegenen ländlichen Gebieten gibt. Dieser Mangel an Qualität und die nicht gewährleistete Chancengleichheit spiegeln sich, so Richter, auch an den schlechten Leistungen von Schülern, der hohen Anzahl von Schulabbrüchen und Wiederholungen von Schulstufen, sowie an der durchschnittlich geringen Anzahl von Jahren, in denen die Schüler die Schule besuchen wider. In der bereits erwähnten Unterfinanzierung des lateinamerikanischen Bildungssystems sieht auch sie ein weiteres Problem. Zwar seien die Staatsausgaben für den Bildungssektor in den letzten Jahren im Allgemeinen gestiegen, jedoch reichten diese häufig nicht aus, da die Staaten generell mit Finanzproblemen zu kämpfen hätten. Außerdem würde ein Großteil der öffentlichen Bildungsgelder für die Bezahlung der Lehrergehälter aufgewendet werden, wie es laut Richter auch auf internationaler

¹²² Vgl. ebenda.

¹²³ Vgl. ebenda.

¹²⁴ Vgl. ebenda.

Ebene häufig der Fall ist.¹²⁵

Bezüglich des Zugangs zur Primarschulbildung präsentierte sich die Situation in den Ländern Lateinamerikas und der Karibik schon im Jahr 2000 als relativ günstig. Es konnten nun auch die Zahlen von Klassenwiederholungen und Schulabbrüchen gesenkt werden, was sich wiederum positiv auf den Abschluss der Primarstufe, vor allem für Kinder aus ärmeren Familien in ländlichen Gebieten, auswirkte. Die Hauptherausforderung für die Bildung in der Primarstufe ist nach wie vor, den Verbleib von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwächeren Schichten in der Schule zu garantieren. Dafür würden soziale Programme und finanzielle Unterstützungen für Familien (auch hinsichtlich der Abschaffung von Kinderarbeit), kompensatorische Programme für Schulen, die sich um die schwächsten der Bevölkerung annehmen und bessere Konditionen für Lehren und Lernen, sowie mehr Zeit in der Schule, bessere Materialien etc. benötigt.¹²⁶

Die Abdeckung der Sekundarschulbildung hat sich im vergangenen Jahrzehnt nur leicht ausgeweitet und es gibt auch Hinweise auf einen langsameren Anstieg der Zahl Jugendlicher, die die Sekundarstufe abschließen. Dies liegt nicht unbedingt an unzureichenden Angeboten oder Zugangsmöglichkeiten, sondern eher an der großen Zahl von Klassenwiederholungen und Schulabbrüchen. Während auch hier erneut große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern auftreten, sind innerhalb aller Länder die armen Bevölkerungsschichten am meisten von den Problemen betroffen. Die Herausforderung liegt laut UNESCO in der Expansion der Sekundarschulbildung, die nur mit einer einhergehenden Umstrukturierung der gesamten Organisation der Sekundarstufe erreicht werden kann.¹²⁷

Im multidimensionalen Verständnis vom Recht auf Bildung, das das Recht zu lernen und das Recht auf eine gute Behandlung in der Schule einschließt, steht die Qualität der Bildung im Mittelpunkt des Interesses. Nachdem das flächendeckende Angebot von Bildung immer besser gewährleistet ist, ist es nun laut Verfasser des Berichts von primärer Bedeutung auch für eine qualitativ hochwertige Bildung zu sorgen. Im Großteil der Region sind die Bildungserfolge hinsichtlich der Qualität jedoch bedenkenswert, wobei erneut Schüler aus sozial schwachen Schichten stärker betroffen sind.¹²⁸

¹²⁵ Vgl. Richter 2013.

¹²⁶ Vgl. OREALC/UNESCO 2012.

¹²⁷ Vgl. ebenda.

¹²⁸ Vgl. ebenda.

Für die Garantie einer qualitativ hochwertigen Bildung sind Lehrer einer der wesentlichsten Faktoren. Auch wenn die dazu zur Verfügung stehende Information nicht komplett ist, wird im Bericht der UNESCO ersichtlich, dass der Lehrberuf in Lateinamerika keinen hohen Status genießt. Gehälter und Arbeitsbedingungen sind ungenügend, die Ausbildung ist von geringer Qualität und die Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung sind begrenzt. Die Herausforderungen in diesem Bereich sind also groß: es muss dafür gesorgt werden eine Lehrerausbildung zu schaffen, die junge talentierte Personen anzieht, die Kandidaten müssen auf adäquate Weise ausgebildet werden, der Verbleib von kompetentem Lehrpersonal in den Klassen muss gesichert werden und die berufliche Weiterbildung und Entwicklung muss zur einer Notwendigkeit gemacht werden. Diese Fortschritte können jedoch nicht unabhängig von einander vonstatten gehen.¹²⁹

Auch das Klima im Klassenzimmer ist von großer Bedeutung für die Qualität der Bildung. Hiermit gemeint sind respektvolle Beziehungen untereinander, keine Diskriminierungen, friedliches und gewaltfreies Zusammenleben. Ein besseres Arbeitsklima führt auch zu größeren Lernerfolgen und dazu, dass weniger Schüler dem Unterricht fernbleiben. Laut UNESCO herrscht in Lateinamerika in den Schulen, die Kinder aus wohlhabenderen Familien besuchen ein besseres Lernklima, als in jenen mit Schülern aus ärmlichen Verhältnissen. In diesem Fall besteht die Herausforderung wieder darin, das friedliche Zusammenleben zu fördern, zum Beispiel durch Schülerbeteiligung, den respektvollen Umgang von Lehrern mit den Schülern und eine Lehrerausbildung zur gewaltfreien Konfliktlösung, die die Konzentration ablenken von rein bestrafenden Arten der Gewaltkontrolle und Disziplin.¹³⁰

Ein weiterer Faktor, der in den Bereich der Qualität der Bildung einfließt, ist die „educación para la ciudadanía“¹³¹. Diese wurde von der UNESCO bereits in der Vergangenheit als eines der wesentlichen Ziele des Unterrichts gesehen, jedoch maßen ihr diverse Bildungspolitiken wenig Bedeutung bei. So kommt es in einigen Ländern Lateinamerikas dazu, dass mehr als die Hälfte aller Jugendlichen kein grundlegendes „conocimiento cívico“¹³², also keine Kenntnisse über ihre bürgerlichen Rechten und Pflichten haben. Ein Teil von ihnen hat außerdem kein Vertrauen in öffentliche Institutionen und schätzt die Demokratie nicht. Der wesentlichste Schritt in diesem

¹²⁹ Vgl. ebenda.

¹³⁰ Vgl. ebenda.

¹³¹ ebenda, S.11.

¹³² ebenda.

Bereich sei es, die „educación ciudadana“¹³³ wieder als Kernstück der Qualität von Bildung und der Bildungsziele anzuerkennen. Man müsse diesen Bereich der Bildung jedoch mehr an der Entwicklung von Kompetenzen, Fähigkeiten und Einstellungen für die politische und zivile Beteiligung orientieren. Damit müsse die akademische Ausbildung ergänzt werden und ihr Sinn gegeben werden, damit Schüler/Studenten nicht nur Inhalte lernen, sondern auch ihre sozialen Beziehungen und die gesellschaftliche Integration stärken.¹³⁴

Ein weiterer Punkt, der in den Bereich der Qualität von Bildung einfließt, ist das Thema der Informations- und Kommunikationstechnologien im Unterricht. Fähigkeiten in diesem Bereich gewinnen, auch als notwendige Voraussetzung für die Integration in die Wissensgesellschaft, immer mehr an Bedeutung und werden im Alltag immer relevanter. In Lateinamerika ist der Zugang zu diesen Technologien stark vom sozialen und wirtschaftlichen Niveau der Familien abhängig, weshalb das Schulsystem das wichtigste Werkzeug war und ist, um etwaige Defizite in diesem Bereich aufzuholen. Neben der weiteren Ausstattung von Schulen mit Informations- und Kommunikationstechnologien ist eine zukünftige Herausforderung, dass sich die Verwendung dieser nicht nur auf die Freizeit oder auf unterhaltsame Tätigkeiten beschränkt, sondern auch deren Nutzung für pädagogische Zwecke ausgeweitet wird. Dafür benötige man jedoch wieder bessere Schulungen von Lehrpersonal in diesem Bereich, damit diese die neuen Technologien in ihren Unterricht miteinbeziehen.¹³⁵

Die weiteren Punkte, die im Bericht behandelt werden sind Hochschulbildung, Gleichstellung der Geschlechter, zweisprachige, interkulturelle Bildung und die Alphabetisierung von Erwachsenen und das lebenslange Lernen.

Bezüglich der universitären Bildung erkennt der Bericht der UNESCO an, dass sich diese seit dem Jahr 2000 stark ausgebreitet hat, mit einem Wachstum von zirka 40%. Was die Gleichstellung der Geschlechter betrifft, sind die Ergebnisse im Zugang von Mädchen und jungen Frauen zur Primär- und Sekundärbildung im Allgemeinen zufriedenstellend. Im Sekundarbereich wird in vielen Ländern sogar festgestellt, dass eher Jungen vom Schulsystem ausgeschlossen sind, da diese wahrscheinlicher von Kinderarbeit betroffen sind oder disziplinäre Probleme und Leistungsprobleme haben, welche zum Schulabbruch führen.¹³⁶

¹³³ ebenda, S.12.

¹³⁴ Vgl. ebenda.

¹³⁵ Vgl. ebenda.

¹³⁶ Vgl. ebenda.

Im Bezug auf interkulturelle Bildung und Diversität stellt der Bericht fest, dass Schüler aus indigenen Bevölkerungsgruppen noch immer häufiger ausgeschlossen werden und keine Chancengleichheit bezüglich Zugang zu Bildung, Verbleib und Erfolg im Bildungssystem besteht. Schüler aus indigener Herkunft sind Teil der sozial am stärksten benachteiligten Gruppen im Bereich der Bildung. Ihre Situation wird oft dadurch noch verschlimmert, dass sie in armen ländlichen Gegenden leben. Diese andauernde Benachteiligung kann laut UNESCO-Bericht durch das Fortbestehen von diskriminierenden Mustern erklärt werden, sowohl auf kultureller Ebene als auch im pädagogischen Bereich, sowie durch die Anwendung von Angleichungspolitiken auf sprachlicher und kultureller Ebene, was den schulischen Erfolg von indigenen Schülern zusätzlich behindert.¹³⁷ Zur Verbesserung der Situation müssten erstens die offensichtlichsten Ausschlussfaktoren beseitigt werden, wie der Mangel an Bildungsangebot, Kinderarbeit, etc., jedoch müssten auch kulturelle, institutionelle und pädagogische Faktoren behandelt werden. Es gelte die interkulturelle Bildung für Alle auszubauen, um weiterhin bestehende Vorurteile gegenüber der indigenen Bevölkerung zu beseitigen. Außerdem müssten Bedingungen geschaffen werden, die Durchführung von zweisprachigem, interkulturellen Unterricht ermöglichen, indem neben Sprachpolitiken und Entwürfen für Lehrpläne auch geeignetes pädagogisches Material entwickelt wird und Lehrer die hierfür notwendige Ausbildung erhalten.¹³⁸

Die Alphabetisierung unter Erwachsenen ist in Lateinamerika und der Karibik zwischen 2000 und 2010 von 90% auf 93% gestiegen, bei Jugendlichen liegt sie bei 97%. Jedoch wurde laut Bericht das Konzept der Alphabetisierung komplexer, da in den letzten Jahren die notwendigen Basisfertigkeiten für eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gestiegen sind. Zum Thema des lebenslangen Lernens stellen die Verfasser des Berichts fest, dass es notwendig wäre, politische und institutionelle Möglichkeiten zu schaffen, die Jugendlichen den Umstieg von Schule auf Arbeit erleichtern und die es der Gesellschaft generell ermöglichen würden laufend ihre Kompetenzen weiterzuentwickeln, vor allem im Hinblick auf eine bessere Eingliederung in den Arbeitsmarkt.¹³⁹

Zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie der Bericht zur Bildungssituation in Lateinamerika und der Karibik der UNESCO kommt Richter. Auch sie erkennt Fortschritte im Großteil Lateinamerikas im Hinblick auf Alphabetisierung, kostenlose

¹³⁷ Vgl. ebenda.

¹³⁸ Vgl. ebenda.

¹³⁹ Vgl. ebenda.

Grundschulbildung etc. an. Defizite sieht jedoch auch sie neben der geringen, oder zumindest nicht durchgehend gewährleisteten, Qualität der Bildung in der weiterhin bestehenden sozialen Ungleichheit. Der Mangel an finanziellen Mitteln ist für Richter auch eine wesentliche Ursache für ein weiteres zentrales Problem der Schulsysteme Lateinamerikas, nämlich der mangelnden Infrastruktur, dem teilweise fehlenden Zugang zu Trinkwasser oder Elektrizität, dem schlechten Zustand von Schulgebäuden, fehlender Einrichtung und Materialien, oder gar dem Fehlen von Gebäuden.¹⁴⁰

Somit kommen also sowohl Richter, als auch die UNESCO zu dem Schluss, dass sich die Bildungssituation in den letzten Jahren in Lateinamerika zwar verbessert hat, im Kampf gegen den Analphabetismus große Erfolge erzielt wurden und auch immer mehr Kindern der Schulbesuch ermöglicht wurde. Vor allem im Bereich der Qualität und der sozialen Gleichheit, beziehungsweise der Chancengleichheit im Bildungssektor gilt es jedoch noch große Defizite aufzuholen.

4.3.3. Die Erfüllung des Rechts auf Bildung in Kolumbien

Laut demselben soeben zitierten Bericht der UNESCO war das Recht auf Bildung in seinen Anfängen eigentlich darauf begrenzt, einen universellen Zugang zur Schule zu garantieren. Das Recht auf Bildung war ein Recht auf Schule und darauf, ein Zeugnis zu bekommen („la obtención del certificado escolar“¹⁴¹). Diese Auffassung hat sich aber als ungenügend erwiesen, denn mehr als das Recht auf Schule, muss es ein Recht zu lernen sein, innerhalb dessen das Recht auf qualitativ hochwertige Bildung steht. Das Recht auf Bildung hat laut UNESCO einen sich entwickelnden Charakter („carácter evolutivo“¹⁴²), über den es immer wissenschaftliche Diskussionen und politische Konflikte geben wird. Die derzeitige Auffassung des Rechts auf Bildung von UNESCO und UNICEF setzt sich aus drei Komponenten zusammen, nämlich dem Recht auf Schulbildung, dem Recht zu lernen und dem Recht auf eine würdevolle Behandlung und auf chancengleiche Bedingungen.¹⁴³

Die Staaten, die die Kinderrechtskonvention unterzeichnet haben, müssen einen regelmäßigen Bericht über die Fortschritte in der Erfüllung der Kinderrechte abliefern. Der aktuellste Bericht aus Kolumbien stammt aus dem Jahr 2011.¹⁴⁴ Auch Lerma

¹⁴⁰ Vgl. Richter 2013.

¹⁴¹ OREALC/ UNESCO (2012:6).

¹⁴² ebenda.

¹⁴³ Vgl. OREALC/UNESCO 2012.

¹⁴⁴ Vgl. UNO/ Comité de los derechos del niño 2011.

Carreño nennt zwei wichtige Berichte, die den Status der Erfüllung des Rechts auf Bildung in Kolumbien feststellen. Einer davon wurde im Jahr 2003 im Zuge des Besuchs der UN-Sonderberichterstatterin zum Recht auf Bildung, Katarina Tomasevski, von der *Plataforma Colombiana de Derechos Humanos, Democracia y Desarrollo* veröffentlicht und der zweite stammt aus dem Jahr 2006 von der *Procuraduría General de la Nación*. Beide Berichte stellen noch erhebliche Defizite in der Erfüllung des Rechts fest.¹⁴⁵ Ein aktuellerer Bericht zu diesem Thema stammt von der *Defensoría del Pueblo*¹⁴⁶ aus dem Jahr 2011.

Zur Messung des Grades der Erfüllung des Rechts auf Bildung in Kolumbien bedient sich die *Defensoría del Pueblo* dem 4-A-Schema, das von der bereits erwähnten UN-Sonderberichterstatterin Tomasevski geprägt wurde. Dieses Schema wurde zur objektiven Messung des Grades der Erfüllung des Rechts auf Bildung entwickelt und umfasst vier zentrale Charakteristiken, aus denen sich das Recht auf Bildung zusammensetzt: „availability“ (dt. „Verfügbarkeit“, span. „disponibilidad“), „accessibility“ (dt. „Zugänglichkeit“, span. „accesibilidad“), „acceptability“ (dt. „Annehmbarkeit“, span. „aceptabilidad“) und „adaptability“ (dt. „Anpassungsfähigkeit“, span. „adaptabilidad“).¹⁴⁷

Bezüglich der Verfügbarkeit von Bildung kommt man in dem Bericht zu dem Schluss, dass der kolumbianische Staat noch Bildungsinstitutionen und -programme in ausreichender Anzahl und mit der notwendigen Ausstattung schaffen muss. Aktuell würde ein Großteil der zur Verfügung stehenden Ressourcen für die Bezahlung von Löhnen für Angestellte im Bildungssektor, oder um laufende Kosten zu decken aufgewendet werden, was wenig Geld für Investitionen in die Infrastruktur von Schulgebäuden übrig ließe. Dies wiederum hätte negative Konsequenzen im Hinblick auf die Qualität des Unterrichts und auf die Zahl von Schulabbrüchen. Ein Großteil der Schulgebäude weist laut der Verfasser des Berichts erhebliche Mängel an der Infrastruktur auf und die Mindeststandards für sanitäre Anlagen, oder eine ausreichende Anzahl von Klassenräumen, Sportplätzen, Bibliotheken etc. könnten oft nicht geboten werden. Einige Schulen würden sich außerdem nach wie vor in Gebieten, in denen sie Umweltgefahren ausgesetzt sind, oder in der Nähe von militärischen Zielen

¹⁴⁵ Vgl. Lerma Carreño 2007; Plataforma Colombiana de Derechos Humanos, Democracia y Desarrollo 2003; Procuraduría General de la Nación 2006.

¹⁴⁶ Die *Defensoría del Pueblo* ist die verantwortliche kolumbianische Institution für die Umsetzung, den Schutz und die Verteidigung der Menschenrechte auf nationaler Ebene.
Vgl. URL: <http://www.defensoria.org.co/red/index.php?secc=01> [09.03.2014].

¹⁴⁷ Vgl. Defensoría del Pueblo 2011.

befinden.¹⁴⁸

Neben den Mängeln an den Schulgebäuden an sich, sei auch die akademische Ausbildung des Lehrpersonals unzureichend, vor allem im Vorschulbereich und in der Primarstufe. Hier gibt es wiederum große regionale Unterschiede, wobei sich die besser ausgebildeten Lehrpersonen eher in den Bezirkshauptstädten und im Sekundarbereich oder im Hochschulbereich finden. Auch bezüglich des Unterstützungspersonals für Lehrer, wie Psychologen, Berater etc. findet man in Städten eine bessere Situation vor. Der größte Mangel an Unterstützungspersonal besteht im Gesundheitsbereich.¹⁴⁹

Das zweite Kriterium, an dem die Erfüllung des Rechts auf Bildung gemessen wird ist die Zugänglichkeit zur Bildung. Der kolumbianische Staat muss Maßnahmen entwickeln, um zu garantieren, dass Bildungseinrichtungen und -programme für alle Menschen ohne irgendeine Form von Diskriminierung zugänglich sind. Dem kolumbianischen Bildungssystem fehlt ein effizientes System um speziell schutzbedürftigen Gruppen und Individuen, wie zum Beispiel schwangeren Mädchen, jungen Müttern, ethnischen Gruppen, Kindern mit Hochbegabungen, arbeitenden Kindern, Vertriebenen, Betroffenen des bewaffneten Konflikts, oder Kindern, die Klassen wiederholen oder sich außerhalb des vorgesehenen Altersrahmens befinden, den Zugang zu Bildung zu sichern. Weder die nationale Regierung, noch die regionalen Ämter haben genaue Zahlen über die Größen dieser Gruppen, was die Überwachung und die Überprüfung auf Effizienz der einzelnen Programme unmöglich macht.¹⁵⁰

Dem Bericht der *Defensoría del Pueblo* zufolge, muss der Staat weiterhin für Maßnahmen sorgen, die den tatsächlichen Zugang zu den Bildungseinrichtungen ermöglichen, da die Unerreichbarkeit der Bildungsinstitutionen nach wie vor einer der wesentlichen Gründe für den Schulabbruch ist. Während in ländlichen Gegenden die Erreichbarkeit oft dadurch erschwert wird, dass sich viele Schulen noch in Zonen des bewaffneten Konflikts befinden, stellen in städtischen Gebieten vor allem die großen Distanzen zwischen Wohnort und Schule und der fehlende kostenlose Schultransport ein Problem dar. Weitere Gründe für den Schulabbruch seien Kinderarbeit und Konzentrationsschwierigkeiten aufgrund von Mangelernährung.¹⁵¹

¹⁴⁸ Vgl. ebenda.

¹⁴⁹ Vgl. ebenda.

¹⁵⁰ Vgl. ebenda.

¹⁵¹ Vgl. ebenda; bezüglich Gründen für den Schulabbruch vgl. auch UNICEF 2010.

Zum dritten Aspekt des Rechts auf Bildung, nämlich der Annehmbarkeit, fasst man im Bericht zusammen, dass der kolumbianische Staat Maßnahmen entwickeln muss, die die Qualität der Bildungsprogramme und der pädagogischen Methoden garantieren. Es müssten Lehrpläne, sowie die Inhalte der Schulbücher evaluiert werden, genauso wie pädagogische Methoden, didaktische Materialien etc. Außerdem wäre die Anzahl von Schülern pro Lehrperson mit zwischen 30 und 40 sehr hoch und Lehrpersonen würden keine ausreichende Ausbildung haben, um Schüler oder Gruppen mit speziellen Bedürfnissen zu betreuen. Die geringen staatlichen Ausgaben für den Bildungssektor würden es zusätzlich erschweren für eine bessere Bildungsqualität zu sorgen. Auch bezüglich der Übereinstimmung der Lehrpläne mit den Menschenrechten und der politischen Verfassung des Landes, in der Form von pädagogischen Initiativen oder Materialien, Regeln des Zusammenlebens, der Wahl einer Schülerversammlung etc. würde es nur sehr wenige Informationen geben.¹⁵²

Die nächste Pflicht, die hinsichtlich des Rechts auf Bildung zu erfüllen ist, ist die Anpassungsfähigkeit der Bildung. Diesbezüglich fassen die Autoren des Berichts zusammen, dass das öffentliche kolumbianische Bildungssystem wenig flexibel ist und kaum dazu fähig, sich an die Bedürfnisse der Schüler in verschiedenen sozialen, wirtschaftlichen oder kulturellen Kontexten anzupassen. Es würde die spezifischen Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen oder Hochbegabungen nicht berücksichtigen. Geeignetes Lehrpersonal oder die notwendige Infrastruktur würden kaum vorhanden sein. Das Schulsystem würde auch die speziellen Bedürfnisse der Schüler aus sozial schwachen Schichten nicht anerkennen. Auch Kinder aus ländlichen Gegenden seien benachteiligt, da als Referenzen und Maßstab immer städtische Gebiete herangezogen würden. Spezielle Bedürfnisse von jungen, schulpflichtigen Müttern würden keine Beachtung finden. Für sie gäbe es auch keine Garantie, dass sie die Schullaufbahn abschließen könnten, genau so wenig wie für arbeitende Kinder, oder jene, die sich um jüngere Geschwister kümmern müssen. Emotionale Schockzustände oder Ähnliches von Kindern, die vertrieben wurden, würden genau so ignoriert werden wie Kinder, die auf eine andere Art und Weise vom bewaffneten Konflikt betroffen sind, eventuell aus ländlichen Gebieten flüchten mussten und sich nun in der Stadt zurecht finden müssen. Ihnen würde nicht die notwendige psychosoziale Betreuung zur Verfügung gestellt werden. Auch würden ihre Talente zu wenig beachtet werden, was jedoch für eine leichtere soziale Integra-

¹⁵² Vgl. Defensoría del Pueblo 2011.

tion notwendig wäre.¹⁵³

Wie aus den genannten Publikationen ersichtlich wird, sind die Kriterien, an denen die Erfüllung des Rechts auf Bildung (für Kinder) gemessen wird klar definiert, allerdings sind diese in Kolumbien noch nicht zur Gänze erfüllt.

4.4. Die Medienlandschaft in Kolumbien und Lateinamerika

4.4.1. Überblick

Laut Massmann/Schneider wurden das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit zwar im Zuge der Unabhängigkeit Lateinamerikas in die entstehenden Verfassungen der einzelnen Länder aufgenommen, jedoch während der verschiedenen Militärdiktaturen stark eingeschränkt. Erst im Zuge der demokratischen Transition, - Massmann/Schneider berufen sich hier auf Schilling-Vacaflor/Barrera - also dem Umbau in demokratische Gesellschaften, kam es zu einer Stärkung der Menschenrechte und die „Kommunikations-freiheiten“¹⁵⁴ wurden wieder gültig. Sie sind seitdem erneut durch die jeweiligen, zumeist neu erarbeiteten Verfassungen, geschützt.¹⁵⁵

Trotz der formal gegebenen demokratischen Freiheiten hinsichtlich Presse und Meinungsäußerung sind diese in Lateinamerika jedoch zum Teil nach wie vor stark eingeschränkt und die Region zeichnet sich durch schlechte Arbeitsbedingungen für Journalisten und durch verschiedene Gefahren, denen diese begegnen aus. Gründe für die Einschränkung der verschiedenen Freiheiten sind „[...] neben der Gewalt gegenüber Journalisten die starke Medienkonzentration, fehlende Informationsfreiheit, politische Kontrolle sowie indirekte Mittel der Zensur und Unterdrückung.“¹⁵⁶

Auch laut Iván Bonilla und Narváez Montoya ist die vollständige Pressefreiheit in Kolumbien nach wie vor nicht gewährleistet und Journalisten sind durch ihren Beruf verschiedenen psychischen oder physischen Gewalttaten und Gefahren ausgesetzt, vor allem wenn es sich um die Berichterstattung über den internen bewaffneten Konflikt handelt.¹⁵⁷

Ein Charakteristikum der lateinamerikanischen Medienlandschaft sind laut Mass-

¹⁵³ Vgl. ebenda.

¹⁵⁴ Massmann/Schneider (2013:274).

¹⁵⁵ Vgl. Massmann/Schneider 2013; Schilling - Vacaflor/ Barrera 2011.

¹⁵⁶ Massmann/Schneider (2013:275).

¹⁵⁷ Vgl. Iván Bonilla/ Narváez Montoya 2008.

mann/Schneider „mächtige, internationale Multimediakonzerne“¹⁵⁸, welche seit dem Ende des 20. Jahrhunderts entstanden sind. Häufig sind diese Konzerne auch in anderen Wirtschaftsbereichen, oder innerhalb der Medienbranche in verschiedenen Sektoren gleichzeitig, vertreten. Ihre Führungspersonen sind nicht selten auch im Bankwesen, in der Politik oder in anderen Feldern der Wirtschaft tätig.¹⁵⁹ Massmann/Schneider merken bezüglich des lateinamerikanischen Medienmarktes außerdem weiter an, dass dieser hauptsächlich privatwirtschaftlich geprägt ist und eigentlich kein öffentlich-rechtlicher Markt bestehe.¹⁶⁰

Was die Bedeutung der einzelnen Mediensektoren betrifft, spricht man in der Literatur von einer eher geringen Reichweite der Printmedien. Gründe dafür sehen die Autoren vor allem in den fehlenden finanziellen Mitteln großer Teile der Bevölkerung und der damit einhergehenden Schwierigkeiten bei der Entstehung eines Massenmarktes und der Finanzierung der Printmedien. Auch eine langsam voranschreitende Industrialisierung, ein vergleichsweise geringes durchschnittliches Bildungsniveau der Gesellschaft und ein hoher Anteil an Analphabeten in der Bevölkerung würden eine Rolle spielen. Printmedien erscheinen vor allem in großen städtischen Zentren, wobei es sich hier eher um Boulevardblätter handelt, die bestimmte politische Meinungen wiedergeben und kaum von Qualitätsjournalismus gesprochen werden kann. Die wenigen Qualitätszeitungen die investigativen Journalismus bieten, zeichnen sich wiederum nur durch eine kleine Leserschaft in den Hauptstädten aus. Selbst wenn jedoch die Reichweite der Printmedien gering ist und sie als Medium der politischen und wirtschaftlichen Machthaber und Eliten gelten, so ist ihr Einfluss im Vergleich zu ihrer Reichweite gerade aufgrund ihres Zielpublikums dennoch verhältnismäßig hoch.¹⁶¹

Bezüglich Radio und Fernsehen schreiben Massmann/Schneider, dass das Radio aufgrund des bereits erwähnten Problems des Analphabetismus lange das wichtigste Medium Lateinamerikas war, jedoch mittlerweile das Fernsehen schon verbreiteter ist. Nur in ländlichen Regionen ist das Radio nach wie vor das wichtigere Massenmedium, was auch auf finanzielle Aspekte zurückzuführen ist. Neue Medien, wie Mobilfunk und Internet gewannen auch in Lateinamerika in den letzten Jahren enorm an

¹⁵⁸ Massmann/Schneider (2013:275).

¹⁵⁹ Vgl. Boris 2012; Hetzer 2012; Massmann/Schneider 2013.

¹⁶⁰ Vgl. Massmann/Schneider 2013.

¹⁶¹ Vgl. Hetzer 2010; Massmann/Schneider 2013.

Bedeutung, wobei die Nutzung des Internets noch nicht mit europäischen oder nordamerikanischen Zahlen verglichen werden kann.¹⁶²

4.4.2. Das kolumbianische Zeitungswesen

Auch wenn die verschiedenen Mediensysteme in Lateinamerika kein einheitliches System bilden, weisen sie einige, teilweise bereits erwähnte gemeinsame Merkmale auf, die auch auf Kolumbien zutreffen. Hierunter fallen zum Beispiel die Nutzung der Medien für die Umsetzung von privaten Interessen oder denen der Wirtschaft und ein starkes Gefälle zwischen Zentrum und Peripherie, das auch den Zugang zu (neuen) Medien bestimmt. Diese beschränkten Zugangsmöglichkeiten haben in weiterer Folge auch Auswirkungen auf Mitbestimmung und Demokratie. Massmann/Schneider führen unter Berufung auf Hetzer außerdem die bereits erwähnten Schwierigkeiten der Finanzierung der Printmedien, den wenig ausgereiften informativen Journalismus, die Nutzung der Medien zu politischen Zwecken und die schlechten Arbeitsbedingungen und Gefahren, denen Journalisten immer wieder ausgesetzt sind, an.¹⁶³

Die kolumbianischen Printmedien waren laut Bonilla/Narváez Montoya schon immer an die Interessen der Politik gebunden. Politiker begannen von Anfang an Zeitungen zu gründen, um dadurch ihre eigenen ideologischen und politischen Doktrinen und Positionen zu verbreiten. Stark damit zusammenhängend sind auch die Tradition der Zensur, der die Presse lange Zeit unterworfen war und die häufigen Fälle von Bedrohungen, Ermordungen, Gefangenschaften oder Exilen, mit denen kolumbianische Journalisten konfrontiert waren.¹⁶⁴ Laut den beiden Autoren kann die Geschichte der kolumbianischen Printmedien somit in vier Perioden unterteilt werden, die auch der politischen Geschichte des Landes entsprechen: sie nennen „colonial press“, „revolutionary press“, „doctrinarian-partisan press“ und die aktuelle „current press“.¹⁶⁵ Während die koloniale Presse unter der spanischen kolonialen Regierung arbeitete, fungierte die „revolutionary press“ als ideologisches und politisches Werkzeug für die Herausbildung einer neuen Nation. Das aktuelle Modell der kolumbianischen Printmedien entstand zwischen 1819 und 1900 und war durch seinen dogmatischen und doktrinären Charakter gekennzeichnet, der sich immer der politischen Mehrheit anschloss. Charakteristisch für die neue Art des Journalismus war auch, dass er oft von

¹⁶² Vgl. Massmann/Schneider 2013.

¹⁶³ Vgl. Hetzer 2012, (zit. nach: Massmann/Schneider 2013).

¹⁶⁴ Vgl. Iván Bonilla/ Narváez Montoya 2008.

¹⁶⁵ ebenda, S. 79f.

der Hand einzelner Familien geleitet wurde („family-run“¹⁶⁶). Ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich die Struktur der kolumbianischen Printmedien laut Iván Bonilla und Narváez Montoya einhergehend mit einer wirtschaftlichen Modernisierung und einer politisch-kulturellen Säkularisation verändert. Aus einer familiären Struktur entwickelte sich eine, die zunehmend in den Händen von Finanz-, Wirtschafts- oder Multimediagruppen, oder von Journalisten, die einen Weg in der Wirtschaft einschlugen („journalists-turned-business-men“¹⁶⁷), lag. Diese Strukturveränderung hatte sowohl Auswirkungen auf die Nachrichten, als auch auf die Erneuerung der Sendetechnologien. Printmedien wurden zu einem profitablen Wirtschaftszweig, man ging keine intellektuellen Wagnisse mehr ein, begrenzte Informationen und Titel.¹⁶⁸

Auch Castro liefert weitere interessante Erkenntnisse über die Berichterstattung kolumbianischer Printmedien. Die Autorin stellt eine Studie über die Darstellung des internen kolumbianischen Konfliktes in verschiedenen nationalen Medien vor, die zu dem Schluss kommt, dass in der Präsentation des Konfliktes und seiner Opfer und Täter eine relativ klare Perspektive deutlich wird: Während kaum von Opfern des Militärs und Paramilitärs berichtet wird, gibt es fast ausschließlich Opfer der Guerrillas. Genau so werden Mitglieder des Militärs häufig als Helden dargestellt, während Mitglieder der Guerrillas auf der Seite der „Bösen“ stehen. Bezugsquelle für Informationen über den bewaffneten Konflikt ist laut Castro vor allem das Militär, das mit einer eigenen PR-Abteilung ausgestattet ist, während auf eine Darstellung der Sichtweisen von Menschenrechtsorganisationen oder der Opfer selbst verzichtet wird. Der Autorin zufolge war die Berichterstattung über den untersuchten Zeitraum (1997-2002) hinweg somit sehr einseitig.¹⁶⁹ Sie kommt zu folgendem Schluss:

„Insofern ist es berechtigt, den kolumbianischen Medien als entscheidende Konstrukteure der Realität des Konflikts die Verantwortung für die Beihilfe zur Produktion und Reproduktion der Gewalt gegen bestimmte Teile der Bevölkerung vorzuwerfen.“¹⁷⁰

Zwar lässt die Berichterstattung über den internen kolumbianischen Konflikt keine direkten Schlüsse über den aktuellen Bildungsdiskurs in den Printmedien Kolumbiens zu, jedoch kann aufgrund der beschriebenen Tatsachen durchaus von

¹⁶⁶ ebenda, S. 80.

¹⁶⁷ ebenda.

¹⁶⁸ Vgl. ebenda.

¹⁶⁹ Vgl. Castro 2013.

¹⁷⁰ Castro (2013:162).

einer gewissen Nähe zur Regierung oder einer relativ einseitigen Berichterstattung ausgegangen werden.

Die beiden wichtigsten nationalen Tageszeitungen Kolumbiens sind heute *El Tiempo* und *El Espectador*, auf deren Geschichte und Charakter in den folgenden Absätzen kurz eingegangen werden soll.

4.4.2.1. *El Tiempo*

El Tiempo ist die auflagenstärkste Tageszeitung Kolumbiens und das Verlagshaus *La Casa Editorial El Tiempo*, dem sie zugehörig ist, nimmt eine zentrale Stellung in der Medienlandschaft Kolumbiens ein.

Zu dem Verlagshaus gehören laut Angaben auf der eigenen Internetseite neben *El Tiempo* die kostenlosen Zeitschriften *Motor*, *Elenco*, *Carrusel*, *Bocas* und *Huella Social*, die Wirtschafts- und Geschäftszeitschrift *Portafolio*, die gratis Zeitung *ADN*, das regionale Blatt *SIE7EDÍAS*, die Tageszeitung *MÍO* und die Lifestyle Zeitschriften *Aló*, *DONJUAN* und *ABC del Bebé*, die auch eigene dazugehörige Internetseiten haben. Außerdem zählt das Verlagshaus eine große Anzahl von Online-Portalen oder Plattformen, wie *guiaacademica*, *Vive.in*, *futbolred.com*, *motor.com.co* und *alomujeres.com*. Laut Website ist das Nachrichtenportal *eltiempo.com* die am meisten besuchte Internetseite des Landes mit rund 90 Millionen besuchten Seiten pro Monat. *La Casa Editorial El Tiempo* bietet online außerdem Geschäftsdienste im Immobilien- und Automobilsektor, im Bereich des Arbeitsmarktes und im Konsumbereich (*Metrocuadrado*, *Carroya*, *empleo*, *¡Qué Buena Compra!*) an. Auch die beiden Fernsehsender *Citytv*, ein Regionalsender, und der Pay-TV-Sender *ET Canal El Tiempo* sind im Besitz des Verlagshauses.¹⁷¹

Betrachtet man diese lange Auflistung von Medien, die sich auf die verschiedensten Kanäle ausbreiten, kann eine Vorrangstellung des Verlagshauses in der Beherrschung des Mediendiskurses in Kolumbien, und somit auch der öffentlichen Meinungsbildung angenommen werden. Auch auf der eigenen Internetseite wird *La Casa Editorial El Tiempo* als eine der wichtigsten „conglomerados de comunicación“¹⁷² Kolumbiens und ganz Lateinamerikas bezeichnet und das Internetportal *eltiempo.com* als das am meisten besuchte Nachrichtenportal des Landes.¹⁷³

¹⁷¹ Vgl. URL: http://www.empleo.com/sitios-empresariales/colombia/ceet/htm/conocenos_clh.asp [08.01.2014].

¹⁷² URL: <http://www.eltiempo.com/noticias/el-tiempo-casa-editorial> [08.01.2014].

¹⁷³ Vgl. ebenda; vgl. auch Iván Bonilla/Narváez Montoya 2008.

Über das Selbstverständnis von *El Tiempo* finden sich wenige Informationen auf der bereits erwähnten eigenen Website, jedoch enthält ein Artikel der im Jahr 2011 im Rahmen des 100-jährigen Bestehens der Zeitung erschienen ist, einen kurzen historischen Abriss über ihre Geschichte, mit einem kurzen Statement über ihre politische Position:¹⁷⁴

„Cuando el Partido Liberal regresó al poder en 1930, tras el triunfo de Enrique Olaya Herrera, EL TIEMPO se comprometió en la consolidación de este partido como alternativa de poder. Cumplió así una labor de adoctrinamiento político. Sin embargo, con los años se convirtió en un medio de comunicación comprometido con el desarrollo de Colombia, pluralista en su contenido editorial. Esa bandera partidista que enarboló durante muchos años desapareció para dar paso a un periódico incluyente, sin matrícula en ningún movimiento político, abierto a todas las tendencias ideológicas. Es decir, un diario que lucha por un país más democrático. Como todos los periódicos colombianos, EL TIEMPO dejó de ser apéndice de un partido, y se transformó en un órgano que defiende, ante todo, la nacionalidad.“¹⁷⁵

Laut eigener Aussage versteht sich das Blatt also als Kämpfer für ein demokratisches Land, das sich keiner politischen Richtung anschließt und offen für alle Ideologien ist, nachdem es in seiner Vergangenheit doch als Instrument zur Indoktrinierung politischer Meinung diente. Wie auch Castro anführt, gehören seit dem Jahr 2012 88% des Verlagshauses *El Tiempo* dem Bankier Luis Carlos Sarmiento Angulo. Dieser kontrolliert neben *El Tiempo* auch einen Großteil des kolumbianischen Bankwesens und gilt als reichster Mann Kolumbiens.¹⁷⁶ Interessant in diesem Zusammenhang ist die Feststellung Castros, dass die massenmediale Kommunikation in Kolumbien nicht zur Diskussion und zum Meinungsaustausch einer breiten Masse dient, sondern dass diese von den Interessen weniger einflussreicher Privatpersonen gelenkt und geprägt ist. Castro räumt zwar ein, dass es bisher noch keine Studien über den tatsächlichen Einfluss von Werbeträgern und Besitzern auf Themenwahl und Berichterstattung der Medien Kolumbiens gibt, jedoch zeigt sie anhand einiger Beispiele, dass sich sehr wohl eine absichtliche Beeinflussung von Seiten der „MedienmachthaberInnen“¹⁷⁷ feststellen lässt. Castro zeigt außerdem, dass alle einflussreichen Medien Kolumbiens im Privatbesitz von Familien oder Unternehmern sind und nennt hier die Zeitungen *El Tiempo* und *El Espectador*, die Zeitschrift *Sem-*

¹⁷⁴ Um auch zu einer persönlichen Stellungnahme über die politische Positionierung der Zeitung zu gelangen, wurde nach der Recherche im Internet der Versuch unternommen per E-Mail mit der Zeitung in Kontakt zu treten. Diese Anfrage blieb jedoch unbeantwortet.

¹⁷⁵ Alzate, José Miguel, „EL TIEMPO: cien años de periodismo“, in: eltiempo.com vom 01.02.2011, Online im WWW unter URL: http://www.eltiempo.com/opinion/columnistas/otroscolumnistas/ARTICULO-WEB-NEW_NOTA_INTERIOR-8812720.html [08.01.2014].

¹⁷⁶ Vgl. Castro 2013; URL: <http://www.forbes.com/profile/luis-carlos-sarmiento/> [08.01.2014].

¹⁷⁷ Castro (2013: 144).

ana und die beiden Fernsehkanäle *Caracol* und *RCN*.¹⁷⁸ Diese Feststellung entspricht auch den Erkenntnissen anderer, bereits zitierter Autoren, die über das oligopolistisch strukturierte Mediensystem Lateinamerikas schreiben.¹⁷⁹

Laut Castro wurde *El Tiempo* zwischen 1913 und 2007 allein von der Familie des aktuellen kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos kontrolliert. Vor Juan Manuel war auch sein Großonkel Eduardo Santos - zugleich der erste Herausgeber der Zeitung - Präsident Kolumbiens. Juan Manuel selbst war vor seinem Amtsantritt als Präsident auch stellvertretender Chefredakteur, sein Cousin Francisco Santos, Redakteur der Zeitung, war Vizepräsident Kolumbiens. Auch Alberto Lleras Camargo und Carlos Lleras Restrepo, zwei andere ehemalige Präsidenten des Landes, waren zuvor Chefredakteure von *El Tiempo*, wenn auch nicht aus der Familie Santos stammend. Bevor der Bankier Luis Carlos Sarmiento im Jahr 2012 Hauptaktionär der Zeitung wurde, war es *Grupo Planeta*, eine spanische Verlagsgruppe.¹⁸⁰ Castro zitiert das Online-Informationsportal votebien.com, laut dem Sarmiento PräsidentschaftskandidatInnen wie Álvaro Uribe in mehreren Wahlkämpfen finanziell unterstützt hat.¹⁸¹

4.4.2.2. *El Espectador*

Die Tageszeitung *El Espectador* (gegründet 1887) ist laut Castro Kolumbiens älteste Zeitung. Auch sie blieb in den ersten 100 Jahren ihres Bestehens im Besitz einer einzigen Familie, und zwar der ihres liberalen Gründers Fidel Cano. Die während der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts ausgeübte starke Kritik am Drogenhandel und an den Kartellen, allen voran am Medellín-Kartell von Pablo Escobar, hatte im Jahr 1986 die Ermordung des damaligen Herausgebers der Zeitung, Guillermo Cano, sowie einen Bombenanschlag auf die Redaktion im Jahr 1989 zur Folge.¹⁸²

Einen weiteren markanten Punkt in der Geschichte der Zeitung stellt die Aufdeckung eines großen Finanzskandals, ebenfalls in den 1980er Jahren, dar, der die Kürzung von Werbegeldern von Sponsoren zur Folge hatte. Als die Zeitung im darauffolgenden Jahrzehnt in einer Wirtschaftskrise steckte, wurde sie von der Familie Cano an

¹⁷⁸ Vgl. Castro 2013.

¹⁷⁹ Vgl. Massmann/ Schneider 2013.

¹⁸⁰ Vgl. ebenda.

¹⁸¹ Vgl. o.V., „Las finanzas, un asunto ‘espinoso’ de las campañas“, in: votebien.com vom 28.05.2010, Online im WWW unter URL: http://www.terra.com.co/elecciones_2010/votebien/html/vbn995-las-finanzas-un-asunto-espinoso-de-las-campanas.htm [10.01.2014].

¹⁸² Vgl. Castro 2013.

die Finanzgruppe von Julio Mario Santo Domingo verkauft. Laut Castro änderte sich seither auch der „Charakter der Information“ der Zeitung.¹⁸³ So soll der damalige neue Chefredakteur Rodrigo Pardo seine Anstellung verloren haben, nachdem er sich der Aufforderung widersetzt hatte, bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 1998 statt wie zuvor vereinbart den liberalen Kandidaten, den konservativen Kandidaten zu unterstützen, nachdem dieser die Wahl gewonnen hatte.¹⁸⁴

Wie auch Castro anführt, zählte Julio Mario Santo Domingo bei seinem Tod 2011 laut *Forbes Magazine* mit Rangliste 108 zu den reichsten Milliardären der Welt.¹⁸⁵ Unter seinem Besitz waren im Laufe seines Geschäftslebens neben einer der wichtigsten Bierbrauereien Lateinamerikas, *Bavaria*, auch die Luftfahrtgesellschaft *Avianca*, *Caracol Radio* und das Mobiltelefonunternehmen *Celumóvil*. Der Zeitung *Semana* entnimmt Castro, dass sich die Familie Santo Domingo seit 2005 vermehrt dem Bereich der Biokraftstoff- und Chemieindustrie widmet, sowie neuen Fernsehsendern auf internationaler Ebene.¹⁸⁶ Außerdem zitiert Castro einen weiteren Artikel aus *Semana*, laut dem auch Santo Domingo verschiedene Wahlkämpfe für mehrere Parteien und nicht nur von Präsidentschaftswahlen gesponsert haben soll.¹⁸⁷ Eine weitere Behauptung, die Castro aus einem Artikel von *Semana* zitiert, ist die eines Ex-Paramilitär-Chefs über die Bierbrauerei *Bavaria*, laut dem die Brauerei, gemeinsam mit anderen Unternehmen, die *Autodefensas Unidas de Colombia*, also die Dachorganisation der paramilitärischen Gruppen Kolumbiens, finanziell unterstützte.¹⁸⁸ Wenn auch keine Informationen bezüglich des Selbstverständnisses der Zeitung gefunden wurden, gibt die Redaktion jedoch vor den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2010 in einem Leitartikel bekannt, keinen der Kandidaten zu unterstützen:

„Varios amigos de esta casa nos han venido insistiendo en las últimas semanas, ante la decisión de algunos colegas de adherir a uno u otro candidato, que hagamos lo propio en estas páginas. Si bien respetamos la decisión de nuestros pares, nos merece mayor respeto el derecho de nuestros lectores a escoger con plena libertad y con base en los determinantes que les interesen al candidato de su preferencia. El Espectador desde hace años tomó la decisión editorial de no

¹⁸³ Castro (2013:147).

¹⁸⁴ Vgl. Restrepo 2001.

¹⁸⁵ Vgl. URL: <http://www.forbes.com/profile/julio-mario-santo-domingo/> [15.01.2014].

¹⁸⁶ Vgl. o.V., „La apuesta de Santo Domingo“, in: *Semana* vom 26.04.2008, Online im WWW unter URL: <http://www.semana.com/portada/articulo/la-apuesta-santo-domingo/92359-3> [28.02.2014].

¹⁸⁷ Vgl. o.V., „No gracias“, in: *Semana* vom 20.12.1993, Online im WWW unter URL: <http://www.semana.com/nacion/articulo/no-gracias/21413-3> [20.02.2014].

¹⁸⁸ Vgl. Crowe, Darcy, „Mancuso dice que directivos de Postobón y Bavaria tenían conocimiento de los pagos de estas empresas a los paramilitares“, in: *Semana* vom 27.05.2007, Online im WWW unter URL: <http://www.semana.com/on-line/articulo/mancuso-dice-directivos-postobon-bavaria-tenian-conocimiento-pagos-estas-empresas-paramilitares/85944-3> [20.02.2014].

tener candidatos en las elecciones, como garantía de imparcialidad y juego limpio para sus lectores y para sus propios periodistas, tanto durante la elección como, en especial, después de la misma. Por lo demás, consideramos de una arrogancia pasada de moda pretender hoy que nuestra elección sea adoptada por lectores sofisticados, pensantes y con pantalones como sabemos que son los que nos prefieren.

A votar entonces por quien más los convenza, porque con los candidatos que tenemos hay una garantía de que estaremos en buenas manos.“¹⁸⁹

5. Analyse

Die gewählten Texte sollen nun nach der in Kapitel 2 erläuterten Vorgehensweise analysiert werden. Zunächst erfolgt anhand der *Konvention über die Rechte des Kindes* der Vereinten Nationen und der politischen Verfassung Kolumbiens aus dem Jahr 1991 eine Darstellung und Untersuchung des gesetzlichen Ideals des Rechts auf Bildung für Kinder in Kolumbien. Dieses wird im Anschluss der in den Online-Portalen der beiden meistgelesenen Tageszeitungen Kolumbiens *El Tiempo* und *El Espectador* dargestellten Wirklichkeit gegenübergestellt.

5.1. Das Recht auf Bildung: Das gesetzlich verankerte Ideal

5.1.1. UN-Konvention über die Rechte des Kindes

5.1.1.1. Machtkontext, Allgemeine Kontextualisierung und Entstehungsumstände

Da sich die Analyse im Rahmen dieser Diplomarbeit auf das Recht auf Bildung von Kindern konzentriert, soll dieser Gesetzestext nun im Hinblick auf die Formulierung dieses Rechts und somit auf darin enthaltene, suggerierte oder kritisierte Machtstrukturen nach der Diskursanalyse von Fellerer/Metzeltin untersucht werden.

Der Machtkontext, in den der gewählte Text eingebunden ist und die Intention der Verfassung der Kinderrechtskonvention sind der international verpflichtende Schutz und die Anerkennung und Sicherung der Rechte von Kindern, um im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte allen Menschen ein besseres, würdevolles Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden zu ermöglichen.

Fellerer/Metzeltin nennen nach der Auswahl von Machtkontext und Text als nächste Analyseschritte die allgemeine Kontextualisierung der Texte und die Klärung ihrer Entstehungsumstände. Dazu gehört laut Autoren auch die Beantwortung der Frage

¹⁸⁹ o.V., „En buenas manos“, in: elespectador.com vom 30.05.2010, Online im WWW unter URL: <http://www.elespectador.com/articulo-205824-buenas-manos> [25.02.2014].

nach Produzent, Kanal und Rezipient des gewählten Untersuchungsgegenstandes.¹⁹⁰

Im Falle der Kinderrechtskonvention kann die UNO als Produzent bezeichnet werden. Zwar meint der Begriff „Produzent“ laut Fellerer/Metzeltin eigentlich den tatsächlichen Verfasser eines Textes, jedoch lässt sich dieser im Falle eines international gültigen Gesetzestextes nur schwer bestimmen, da, wie aus der kurzen Entstehungsgeschichte der Konvention ersichtlich wird, und wie auch schon Fellerer/Metzeltin erwähnen, vor allem bei der Verfassung von Gesetzestexten häufig mehrere Personen über einen längeren Zeitpunkt hinweg beteiligt sind.¹⁹¹

Die UNO beschreibt sich auf ihrer Homepage als internationale Organisation, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahr 1945 von 51 Staaten gegründet wurde, welche sich dazu verpflichteten Frieden und Sicherheit auf internationaler Ebene zu erhalten und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zu pflegen, sowie den sozialen Fortschritt, die Verbesserung der Lebensqualität und den Schutz der Menschenrechte voranzutreiben.¹⁹²

Für die Entstehung der Kinderrechtskonvention war die Arbeit der Britin Eglantyne Jebb, sowie die daraus resultierenden Übereinkommen und die Zusammenarbeit von verschiedenen international tätigen Organisationen notwendig. Letztendlich abgesegnet und zur Unterschrift und Ratifizierung freigegeben wurde die Konvention von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 20. November 1989. Die Generalversammlung gilt als zentrales Organ der UNO und wird als ihr wichtigstes Beratungsorgan bezeichnet, dessen Aufgabenbereich alle internationalen Themen im Rahmen der UN-Charta umfasst. Sie existiert seit dem Jahr 1945 und in ihr sitzen Vertreter aller Mitgliedsstaaten, welche einmal jährlich zur Jahrestagung, oder bei Bedarf auch öfter zusammenfinden.¹⁹³ Bei der Verabschiedung der Konvention im Jahr 1989 zählte die UNO 159 Mitglieder, wobei Kolumbien schon eines der 51 Gründungsmitglieder aus dem Jahr 1945 war.¹⁹⁴

Durch die internationale Zusammenarbeit verschiedener (Nicht-)Regierungsorganisationen lässt sich somit wahrscheinlich eine einseitige Perspektive aus dem Blickwinkel der „mächtigen“ Staaten bei der Verfassung der Kinderrechtskonvention weit-

¹⁹⁰ Vgl. Fellerer/Metzeltin (2008:240).

¹⁹¹ Vgl. Fellerer/Metzeltin (2008:240).

¹⁹² Vgl. URL: <http://www.un.org/es/aboutun/> [10.04.2014].

¹⁹³ Vgl. URL: <http://www.unric.org/de/aufbau-der-uno/81> [20.12.2013].

¹⁹⁴ Vgl. URL: <http://www.unric.org/de/aufbau-der-uno/89> [20.12.2013].

gehend ausschließen.

Bezüglich des Rezipienten des Textes kann im Sinne der Prinzipien von „Gleichheit“ und „Freiheit“ der UNO und der verschiedenen Menschenrechtserklärungen davon ausgegangen werden, dass die Konvention als öffentliches Dokument jedem Menschen zugänglich sein soll, zu dem Zwecke, dass jeder über die Kinderrechte in Kenntnis gesetzt wird und auch zu ihrer Umsetzung und Erfüllung beitragen kann. Während also die gesamte Menschheit als Adressat der Kinderrechtskonvention gilt, lässt sich vermuten, dass eine Analyse der tatsächlichen Rezipienten nur bestimmte soziale Schichten mit einem wahrscheinlich höheren Bildungsniveau als Leser der Konvention und Kenner der Kinderrechte ergeben würde.

5.1.1.2. Wörtliche Erklärung des Textes, Strukturanalyse und Suche nach Textreferenzen

In der Präambel werden die wesentlichen Prinzipien, sowie die vorhergehenden Dokumente, auf denen die Kinderrechtskonvention beruht, vorgestellt:

**„Convención sobre los Derechos del Niño
Adoptada y abierta a la firma y ratificación por la Asamblea General en su resolución 44/25, de 20 de noviembre de 1989
Entrada en vigor: 2 de septiembre de 1990, de conformidad con el artículo 49**

Preámbulo

Los Estados Partes en la presente Convención,

Considerando que, de conformidad con los principios proclamados en la Carta de las Naciones Unidas, la libertad, la justicia y la paz en el mundo se basan en el reconocimiento de la dignidad intrínseca y de los derechos iguales e inalienables de todos los miembros de la familia humana,

Teniendo presente que los pueblos de las Naciones Unidas han reafirmado en la Carta su fe en los derechos fundamentales del hombre y en la dignidad y el valor de la persona humana, y que han decidido promover el progreso social y elevar el nivel de vida dentro de un concepto más amplio de la libertad,

Reconociendo que las Naciones Unidas han proclamado y acordado en la Declaración Universal de Derechos Humanos y en los pactos internacionales de derechos humanos, que toda persona tiene todos los derechos y libertades enunciados en ellos, sin distinción alguna, por motivos de raza, color, sexo, idioma, religión, opinión política o de otra índole, origen nacional o social, posición económica, nacimiento o cualquier otra condición,

Recordando que en la Declaración Universal de Derechos Humanos las Naciones Unidas proclamaron que la infancia tiene derecho a cuidados y asistencia especiales,

Convencidos de que la familia, como grupo fundamental de la sociedad y medio natural para el crecimiento y el bienestar de todos sus miembros, y en particular de los niños, debe recibir la protección y asistencia necesarias para poder asumir plenamente sus responsabilidades dentro de la comunidad,

Reconociendo que el niño, para el pleno y armonioso desarrollo de su personalidad, debe crecer en el seno de la familia, en un ambiente de felicidad, amor y comprensión,

Considerando que el niño debe estar plenamente preparado para una vida independiente en sociedad y ser educado en el espíritu de los ideales proclamados en la Carta de las Naciones Unidas y, en particular, en un espíritu de paz, dignidad, tolerancia, libertad, igualdad y solidaridad,

Teniendo presente que la necesidad de proporcionar al niño una protección especial ha sido enunciada en la Declaración de Ginebra de 1924 sobre los Derechos del Niño y en la Declaración de los Derechos del Niño adoptada por la Asamblea General el 20 de noviembre de 1959, y reconocida en la Declaración Universal de Derechos Humanos, en el Pacto Internacional de Derechos Civiles y Políticos (en particular, en los artículos 23 y 24), en el Pacto Internacional de Derechos Económicos, Sociales y Culturales (en particular, en el artículo 10) y en los estatutos e instrumentos pertinentes de los organismos especializados y de las organizaciones internacionales que se interesan en el bienestar del niño,

Teniendo presente que, como se indica en la Declaración de los Derechos del Niño, "el niño, por su falta de madurez física y mental, necesita protección y cuidado especiales, incluso la debida protección legal, tanto antes como después del nacimiento",

Recordando lo dispuesto en la Declaración sobre los principios sociales y jurídicos relativos a la protección y el bienestar de los niños, con particular referencia a la adopción y la colocación en hogares de guarda, en los planos nacional e internacional; las Reglas mínimas de las Naciones Unidas para la administración de la justicia de menores (Reglas de Beijing); y la Declaración sobre la protección de la mujer y el niño en estados de emergencia o de conflicto armado,

Reconociendo que en todos los países del mundo hay niños que viven en condiciones excepcionalmente difíciles y que esos niños necesitan especial consideración,

Teniendo debidamente en cuenta la importancia de las tradiciones y los valores culturales de cada pueblo para la protección y el desarrollo armonioso del niño,

Reconociendo la importancia de la cooperación internacional para el mejoramiento de las condiciones de vida de los niños en todos los países, en particular en los países en desarrollo,

Han convenido en lo siguiente [...]“ ¹⁹⁵

Bereits im ersten Satz der Präambel wird auf die *Carta de las Naciones Unidas* Bezug genommen und festgehalten, dass die Kinderrechtskonvention ihren Prinzipien konform ist. Die Charta steht für die Ideale von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden auf der Welt, welche auf der dem Menschen innewohnenden Würde und den gleichen und unveräußerlichen Rechten aller Mitglieder der menschlichen Familie

¹⁹⁵ Konvention über die Rechte des Kindes, Präambel.

beruhen („Considerando que, de conformidad con los principios proclamados en la Carta de las Naciones Unidas [...]“). Neben Freiheit („la libertad“), Gerechtigkeit („la justicia“) und Frieden („la paz“) sind weitere, schon in der Präambel deutlich werdende, wesentliche Begriffe der Kinderrechtskonvention unter anderem Liebe („el amor“), Verständnis („la comprensión“) und Glück („la felicidad“). Abstrakte Begriffe mit positiver Konnotation, die viel Freiraum für Interpretationen lassen, dienen zur Formulierung des gesellschaftlichen Idealzustands, in dem jeder Mensch hohe Lebensqualität genießt.

Die Familie wird als „grupo fundamental de la sociedad y medio natural para el crecimiento y el bienestar de todos sus miembros, y en particular de los niños [...]“¹⁹⁶ bezeichnet. Sie ist also die grundlegende Gruppe der Gesellschaft und das natürliche Mittel für das Wachstum und das Wohlbefinden all ihrer Mitglieder, vor allem der Kinder. Sie trägt Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, und um dieser Verantwortung vollständig gerecht zu werden, muss sie geschützt und unterstützt werden. Das Kind muss wiederum, zur vollständigen und harmonischen Entwicklung seiner Persönlichkeit im Schoß der Familie, in einer liebevollen und verständnisvollen Umgebung aufwachsen. Die Metapher „seno de la familia“¹⁹⁷ unterstreicht diese wohlwollende Umgebung. Den besonderen Stellenwert, den die Konvention der Familie und einer liebevollen Umgebung für das Kind zuschreibt hat auch die UNESCO in ihrem bereits zitierten Bericht *The State of the World's Children* aus dem Jahr 2010 festgestellt:

„In its preamble and throughout its articles the Convention underscores the fundamental role of the family in the growth and well-being of children, recognizing the crucial importance of a loving, harmonious and understanding family environment for the full development of children. It obliges States parties to provide the family with all the means necessary to realize its responsibilities.“¹⁹⁸

Nach der Präambel folgen drei weitere Teile der Konvention, wobei die für die Analyse im Rahmen dieser Arbeit wesentlichen Artikel (28 und 29) zum ersten Teil gehören. Sowohl Artikel 28, als auch Artikel 29 widmen sich explizit dem Recht auf Bildung. Sie definieren neben Rechten und Pflichten der wesentlichen Akteure auch Bildungsziele und lauten folgendermaßen:

¹⁹⁶ ebenda.

¹⁹⁷ ebenda.

¹⁹⁸ UNICEF (2009:3).

„Artículo 28

1. Los Estados Partes reconocen el derecho del niño a la educación y, a fin de que se pueda ejercer progresivamente y en condiciones de igualdad de oportunidades ese derecho, deberán en particular:

- a) Implantar la enseñanza primaria obligatoria y gratuita para todos;
- b) Fomentar el desarrollo, en sus distintas formas, de la enseñanza secundaria, incluida la enseñanza general y profesional, hacer que todos los niños dispongan de ella y tengan acceso a ella y adoptar medidas apropiadas tales como la implantación de la enseñanza gratuita y la concesión de asistencia financiera en caso de necesidad;
- c) Hacer la enseñanza superior accesible a todos, sobre la base de la capacidad, por cuantos medios sean apropiados;
- d) Hacer que todos los niños dispongan de información y orientación en cuestiones educacionales y profesionales y tengan acceso a ellas;
- e) Adoptar medidas para fomentar la asistencia regular a las escuelas y reducir las tasas de deserción escolar.

2. Los Estados Partes adoptarán cuantas medidas sean adecuadas para velar por que la disciplina escolar se administre de modo compatible con la dignidad humana del niño y de conformidad con la presente Convención.

3. Los Estados Partes fomentarán y alentarán la cooperación internacional en cuestiones de educación, en particular a fin de contribuir a eliminar la ignorancia y el analfabetismo en todo el mundo y de facilitar el acceso a los conocimientos técnicos y a los métodos modernos de enseñanza. A este respecto, se tendrán especialmente en cuenta las necesidades de los países en desarrollo.

Artículo 29

1. Los Estados Partes convienen en que la educación del niño deberá estar encaminada a:

- a) Desarrollar la personalidad, las aptitudes y la capacidad mental y física del niño hasta el máximo de sus posibilidades;
- b) Inculcar al niño el respeto de los derechos humanos y las libertades fundamentales y de los principios consagrados en la Carta de las Naciones Unidas;
- c) Inculcar al niño el respeto de sus padres, de su propia identidad cultural, de su idioma y sus valores, de los valores nacionales del país en que vive, del país de que sea originario y de las civilizaciones distintas de la suya;
- d) Preparar al niño para asumir una vida responsable en una sociedad libre, con espíritu de comprensión, paz, tolerancia, igualdad de los sexos y amistad entre todos los pueblos, grupos étnicos, nacionales y religiosos y personas de origen indígena;
- e) Inculcar al niño el respeto del medio ambiente natural.

2. Nada de lo dispuesto en el presente artículo o en el artículo 28 se interpretará como una restricción de la libertad de los particulares y de las entidades para establecer y dirigir instituciones de enseñanza, a condición de que se respeten los principios enunciados en el párrafo 1 del presente artículo y de que la edu-

cación impartida en tales instituciones se ajuste a las normas mínimas que prescriba el Estado.“¹⁹⁹

Artikel 28 ist in drei Unterpunkte gegliedert: Der erste Punkt beinhaltet die Pflichten, die die einzelnen Nationen erfüllen müssen, um das Recht auf Bildung zu garantieren.

Die verantwortlichen Akteure innerhalb des Staates müssen kostenlose und obligatorische Primarschulbildung für alle einrichten („Implantar la enseñanza primaria obligatoria y gratuita para todos;“), die Entwicklung und den Ausbau der Sekundarstufe fördern („Fomentar el desarrollo, en sus distintas formas, de la enseñanza secundaria“), dafür sorgen, dass alle Kinder Zugang dazu haben („hacer que todos los niños dispongan de ella y tengan acceso a ella“) und auch hier die kostenlose Schulbildung einführen und, wenn diese benötigt werden, finanzielle Hilfestellungen anbieten („adoptar medidas apropiadas tales como la implantación de la enseñanza gratuita y la concesión de asistencia financiera en caso de necesidad“). Auch Hochschulbildung muss für alle zugänglich gemacht werden, „[...] sobre la base de la capacidad, por cuantos medios sean apropiados“.²⁰⁰ Die Staaten müssen außerdem dafür sorgen, dass allen Kindern Informationen und Orientierung in Bildungsfragen und beruflichen Fragen geboten werden und diese dazu auch Zugang haben („que todos los niños dispongan de información y orientación en cuestiones educacionales y profesionales y tengan acceso a ellas“). Außerdem müssen Maßnahmen entwickelt werden, die den regelmäßigen Schulbesuch fördern („medidas para fomentar la asistencia regular a las escuelas“) und die Zahl der Schulabbrüche verringern („reducir las tasas de deserción escolar“).

Der zweite Absatz des Artikels behandelt das Thema der Disziplin und verpflichtet die Staaten dazu Maßnahmen zu entwickeln, um Disziplin in der Schule im Einklang mit der menschlichen Würde des Kindes und mit dem vorliegenden Dokument zu erreichen („para velar por que la disciplina escolar se administre de modo compatible con la dignidad humana del niño y de conformidad con la presente Convención“).

Im dritten Absatz wird die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung angesprochen, die vor allem dazu dienen soll Unwissenheit oder Bildungslücken („ignorancia“) und Analphabetismus („analfabetismo“) in der ganzen Welt zu beseitigen und den Zugang zu technischen Kenntnissen und modernen Erziehungsmethoden weltweit zu ermöglichen („facilitar el acceso a los conocimientos técnicos y a los

¹⁹⁹ ebenda.

²⁰⁰ ebenda.

métodos modernos de enseñanza“). In diesem Punkt soll vor allem auf die Bedürfnisse von Entwicklungsländern eingegangen werden („se tendrán especialmente en cuenta las necesidades de los países en desarrollo“).

Artikel 29 behandelt im ersten Absatz fünf Ziele der Bildung, auf die sich die Staaten geeinigt haben. Sie soll dahin gelenkt werden, die Persönlichkeit („la personalidad“), Begabungen („las aptitudes“) und mentale und physische Fähigkeiten („la capacidad mental y física“) des Kindes bestmöglich („hasta el máximo de sus posibilidades“) zu entwickeln. Respekt gegenüber den Menschenrechten („el respeto de los derechos humanos“) und grundlegenden Freiheiten („las libertades fundamentales“), den Prinzipien der Menschenrechtscharta der UNO („los principios consagrados en la Carta de las Naciones Unidas“), gegenüber Eltern und der eigenen kulturellen Identität („su propia identidad cultural“), sowie der eigenen Sprache und Werte („su idioma y sus valores“) und der nationalen Werte („los valores nacionales“) des Landes in dem das Kind lebt, gegenüber des Geburtslandes und anderen Kulturen („civilizaciones distintas de la suya“), genauso wie gegenüber der Umwelt („el respeto del medio ambiente natural“) sollen dem Kind vermittelt werden. Das hier verwendete Verb „inculcar“, vom Lateinischen „inculcare“ wird im Online Wörterbuch der Real Academia Española folgendermaßen definiert:

- „1. tr. Apretar con fuerza algo contra otra cosa. U. t. c. prnl.
2. tr. Repetir con empeño muchas veces algo a alguien.
3. tr. Infundir con ahínco en el ánimo de alguien una idea, un concepto, etc.
4. tr. Impr. Juntar demasiado unas letras con otras.
5. prnl. p. us. Afirmarse, obstinarse en lo que se siente o prefiere.“²⁰¹

Mehr als vermittelt oder vorgelebt sollen die oben genannten Werte und Ideale dem Kind somit durch mehrmaliges, beständiges Wiederholen indoktriniert werden.

Das Kind soll außerdem darauf vorbereitet werden ein verantwortungsbewusstes Leben in einer freien Gesellschaft zu führen („una vida responsable en una sociedad libre“), im Sinne von Verständnis („comprensión“), Frieden („paz“), Toleranz („tolerancia“), Gleichheit der Geschlechter („igualdad de los sexos“), Freundschaft zwischen allen Völkern, ethnischen, nationalen und religiösen Gruppen und indigenen Personen („amistad entre todos los pueblos, grupos étnicos, nacionales y religiosos y personas de origen indígena“).

²⁰¹ Real Academia Española, *Diccionario del español actual*, s.v.: „inculcar“, Online im WWW unter URL: <http://lema.rae.es/drae> [20.12.2013].

Im zweiten Absatz von Artikel 29 wird klargestellt, dass nichts von dem in Artikel 28 und 29 Beschlossenen als eine Einschränkung der Freiheit („una restricción de la libertad“) von Einzelnen („los particulares“) und Ämtern/Einrichtungen („las entidades“) interpretiert werden kann, Bildungseinrichtungen zu errichten oder zu leiten („establecer y dirigir instituciones de enseñanza“), solange die in Absatz 1 erwähnten Prinzipien respektiert werden („que se respeten los principios enunciados en el párrafo 1“) und sich der erteilte Unterricht an den vorgeschriebenen Mindestnormen des Staates („las normas mínimas que prescriba el Estado“) orientiert.

5.1.1.3. Diskursanalytische Interpretation

Das Thema, über das im analysierten Artikel Machtverhältnisse angesprochen werden sind die Rechte der Kinder, die von den mächtigen Akteuren innerhalb der Gesellschaft garantiert werden müssen. Das der Kinderrechtskonvention zugrundeliegende Argument ist, dass bereits in vorhergehenden internationalen Abkommen von vielen Mitgliedsstaaten der UNO anerkannt wurde, dass Kinder aufgrund ihrer noch nicht entfalteten physischen und mentalen Reife besonders schutzbedürftig sind („[...] el niño, por su falta de madurez física y mental, necesita protección y cuidado especiales, incluso la debida protección legal [...]“²⁰²). Dennoch werden sie als vollständige Mitglieder der Gesellschaft betrachtet.

Schon in der Präambel der Kinderrechtskonvention lassen sich somit wesentliche von ihr vermittelte Machtverhältnisse erkennen: Das Kind ist, wie soeben erwähnt, das schwache, schutzbedürftige Glied der Gesellschaft, das im Sinne der UN-Menschenrechtscharta erzogen werden muss, um auf ein unabhängiges, selbständiges Leben und ein soziales Zusammenleben in der Gesellschaft vorbereitet zu werden. Die Kinderrechtskonvention dient dazu, den Kindern Macht zu übergeben und sie zu aktiven Trägern von Rechten zu machen. Staat, Gesellschaft, und Familie treten also als mächtige Akteure auf, während Kinder „un-mächtig“ sind. Als übergeordnetes, internationales Organ an der Spitze der Machthierarchie steht die UNO, die zugleich mächtig und „un-mächtig“ ist.

Der im Alltag verantwortliche Akteur für die Erfüllung der Rechte des Kindes ist vor allem die Familie, die dem Kind eine Entwicklung in einer liebevollen Umgebung ermöglichen muss. Sie wird als „grupo fundamental“ innerhalb der Gesellschaft bezeichnet, hat somit auch eine zentrale Machtstellung. Sie wiederum muss aber vom

²⁰² Erklärung der Rechte des Kindes 1959, Präambel.

Staat und von der Gesellschaft geschützt und unterstützt werden, um ihren Verpflichtungen im Hinblick auf die Entwicklung von Kindern nachgehen zu können und somit ihre Macht ausüben zu können.

Den einzelnen Staaten wird eine ganz spezielle Vorrangstellung zugeschrieben. Sie sind die „Mächtigen“, die die Rechte des Kindes anerkennen müssen und die dafür zuständig sind, diese, zumindest in der Theorie, auch zu garantieren. Die Vormachtstellung der Staaten wird in der Präambel der Konvention auch durch eine mehrfach auftretende Initialstellung des Syntagmas „Los Estados Partes“ deutlich. Die Staaten sind die Akteure, die aktiv die Bedingungen dafür schaffen müssen, dass das Recht in zunehmendem Maße und mit gleichen Chancen für alle von anderen Akteuren erfüllt werden kann. Auch Verben wie „reconocen“, „adoptarán“, „fomentarán“ unterstreichen die aktive Rolle der Staaten, sowie die Abhängigkeit anderer Akteure von den staatlich geschaffenen Voraussetzungen.

Obwohl in der Präambel die Familie als wesentliche Basis für die Entwicklung des Kindes genannt wird, wird die Rolle der Eltern bei der Erfüllung des Rechts auf Bildung in Artikel 28 und 29 nicht erwähnt. Laut den beiden Artikeln der Konvention liegt es allein an den Staaten, Bedingungen für den chancengleichen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung zu schaffen. Auch die Rolle der Lehrperson für die Garantie des Rechts auf Bildung wird in der Konvention nicht erwähnt.

5.1.2. Die politische Verfassung Kolumbiens von 1991

5.1.2.1. Machtkontext, Allgemeine Kontextualisierung und Entstehungsumstände

Als wichtigstes Dokument zum Schutz der Menschenrechte auf nationaler Ebene kann Kolumbiens politische Verfassung von 1991 genannt werden, weil sie das wesentliche Dokument zur Bestimmung der Machtverhältnisse im gesellschaftlichen Zusammenleben im Land im Sinne der demokratischen Prinzipien ist. Ihre allgemeine Kontextualisierung und die Entstehungsumstände wurden zum Teil bereits in Kapitel 3 behandelt und sollen an dieser Stelle noch im Hinblick auf Menschen- und Kinderrechte und das Recht auf Bildung ergänzt werden.

Die Konstitution von 1991 ist die erste politische Verfassung Kolumbiens, in der neben allgemeinen Menschenrechten auch Rechte des Kindes durch einen eigenen Artikel (Art. 44) festgelegt werden. Sie erkennt außerdem Bildung als Menschenrecht, aber auch als Pflicht, im Sinne der neunjährigen Schulpflicht an (Art. 67). In

der vorhergehenden Verfassung von 1886 bedeutete Bildung, wie in Artikel 41 derselben ersichtlich, eine Erziehung im Sinne der katholischen Kirche, die noch keinen obligatorischen Charakter hatte. Die kostenlose Primarschulbildung wurde jedoch schon zu dieser Zeit rechtlich verankert und sollte von öffentlichen Geldern finanziert werden:

„La educación pública será organizada y dirigida en concordancia con la Religión Católica. La instrucción primaria costada con fondos públicos, será gratuita y no obligatoria.“²⁰³

Wie auch König anmerkt war laut Artikel 38 derselben Verfassung der Katholizismus als Staatsreligion Kolumbiens verankert²⁰⁴:

„La Religión Católica, Apostólica, Romana, es la de la Nación; los Poderes públicos la protegerán y harán que sea respetada como esencial elemento del orden social.
Se entiende que la Iglesia Católica no es ni será oficial, y conservará su independencia.“²⁰⁵

Laut Artikel 68 der neuen Verfassung von 1991 ist Bildung in öffentlichen Schulen heute von der Religion getrennt und es darf niemand dazu verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erhalten. Eltern haben außerdem das Recht, die Art von Bildung, die ihre Kinder erhalten sollen, auszuwählen:

„[...] Los padres de familia tendrán derecho de escoger el tipo de educación para sus hijos menores. En los establecimientos del Estado ninguna persona podrá ser obligada a recibir educación religiosa. [...]“²⁰⁶

5.1.2.2. Wörtliche Erklärung des Textes, Strukturanalyse und Suche nach Textreferenzen

Im Hinblick auf die Analyse der aktuellen Auffassung des Rechts auf Bildung für kolumbianische Kinder sind zwei bereits erwähnte Artikel der Verfassung von 1991 besonders wichtig: einerseits Artikel 44, der sich den Kinderrechten widmet und andererseits Artikel 67 zum Recht auf Bildung. Diese beiden Artikel werden im Folgenden zitiert und diskursanalytisch kommentiert:

„ARTICULO 44. Son derechos fundamentales de los niños: la vida, la integridad física, la salud y la seguridad social, la alimentación equilibrada, su nombre y nacionalidad, tener una familia y no ser separados de ella, el cuidado y amor, la educación y la cultura, la recreación y la libre expresión de su opinión. Serán protegidos contra toda forma de abandono, violencia física o moral, secuestro, venta, abuso sexual, explotación laboral o económica y trabajos riesgosos.“

²⁰³ Politische Verfassung Kolumbiens 1886, Art. 41.

²⁰⁴ Vgl. König 1997

²⁰⁵ Politische Verfassung Kolumbiens 1886, Art. 38.

²⁰⁶ Politische Verfassung Kolumbiens 1991, Art. 68.

Gozarán también de los demás derechos consagrados en la Constitución, en las leyes y en los tratados internacionales ratificados por Colombia.

La familia, la sociedad y el Estado tienen la obligación de asistir y proteger al niño para garantizar su desarrollo armónico e integral y el ejercicio pleno de sus derechos. Cualquier persona puede exigir de la autoridad competente su cumplimiento y la sanción de los infractores.

Los derechos de los niños prevalecen sobre los derechos de los demás.²⁰⁷

Laut kolumbianischer Verfassung sind Grundrechte der Kinder also das Recht auf Leben („la vida“), körperliche Unversehrtheit („la integridad física“), Gesundheit („la salud“), soziale Sicherheit („la seguridad social“), ausgewogene Ernährung („la alimentación equilibrada“), Name und Nationalität („nombre y nacionalidad“), eine Familie zu haben und nicht von ihr getrennt zu werden („tener una familia y no ser separados de ella“), Fürsorge und Liebe („cuidado y amor“), Bildung und Kultur („la educación y la cultura“), Erholung („la recreación“) und freie Meinungsäußerung („la libre expresión de su opinión“). Sie müssen gegen jede Art von Vernachlässigung („abandono“), physischer oder psychischer Gewalt („violencia física o moral“), Entführung („secuestro“), Verkauf („venta“), sexuellem Missbrauch („abuso sexual“), Ausbeutung im Sinne von Kinderarbeit oder wirtschaftliche Ausbeutung („explotación laboral o económica“) und gefährliche Arbeiten („trabajos riesgosos“) geschützt werden. Zudem genießen Kinder alle anderen Rechte, die in der Verfassung, den nationalen Gesetzen und den internationalen von Kolumbien ratifizierten Abkommen verankert sind.

Die Familie („la familia“), die Gesellschaft („la sociedad“) und der Staat („el Estado“) müssen das Kind unterstützen und es beschützen („asistir y proteger al niño“), um seine harmonische und vollständige Entwicklung („desarrollo armónico e integral“) und die vollständige Ausübung seiner Rechte („ejercicio pleno de sus derechos“) zu garantieren. Jede Person kann von der jeweils zuständigen Behörde („la autoridad competente“) die Erfüllung der Rechte und Sanktionen für Zuwiderhandelnde („su cumplimiento y la sanción de los infractores“) fordern. Der letzte Absatz von Artikel 44 besagt außerdem, dass die Rechte von Kindern über denen der anderen stehen („prevalecen sobre los derechos de los demás“).

Artikel 45 wird an dieser Stelle ebenfalls angeführt, weil er sich der aktiven Mitbestimmung von Jugendlichen im öffentlichen und privaten Leben widmet. Selbst wenn es in der Verfassung keine exakte Definition oder Abgrenzung zwischen Kindern und Jugendlichen gibt, kann dieser Artikel für die vorliegende Analyse noch von Bedeu-

²⁰⁷ ebenda, Art. 44.

tung sein, da, wie bereits festgestellt, der Begriff „Kind“ in der Kinderrechtskonvention für alle Individuen zwischen 0 und 18 Jahren verwendet wird.

„El adolescente tiene derecho a la protección y a la formación integral. El Estado y la sociedad garantizan la participación activa de los jóvenes en los organismos públicos y privados que tengan a cargo la protección, educación y progreso de la juventud.“²⁰⁸

Laut diesem Artikel hat ein Jugendlicher („el adolescente“) das Recht auf Schutz („la protección“) und auf eine vollständige (Aus-)bildung („la formación integral“). Staat und Gesellschaft müssen außerdem die aktive Beteiligung („participación“) von Jugendlichen in öffentlichen und privaten Organen garantieren, welche für den Schutz, die Bildung oder Erziehung und den Fortschritt von Jugendlichen verantwortlich sind („que tengan a cargo la protección, educación y progreso de la juventud“).

Das Recht auf Bildung wird nun konkret in Artikel 67 der Verfassung thematisiert:

„La educación es un derecho de la persona y un servicio público que tiene una función social; con ella se busca el acceso al conocimiento, a la ciencia, a la técnica, y a los demás bienes y valores de la cultura.

La educación formará al colombiano en el respeto a los derechos humanos, a la paz y a la democracia; y en la práctica del trabajo y la recreación, para el mejoramiento cultural, científico, tecnológico y para la protección del ambiente.

El Estado, la sociedad y la familia son responsables de la educación, que será obligatoria entre los cinco y los quince años de edad y que comprenderá como mínimo, un año de preescolar y nueve de educación básica.

La educación será gratuita en las instituciones del Estado, sin perjuicio del cobro de derechos académicos a quienes puedan sufragarlos.

Corresponde al Estado regular y ejercer la suprema inspección y vigilancia de la educación con el fin de velar por su calidad, por el cumplimiento de sus fines y por la mejor formación moral, intelectual y física de los educandos; garantizar el adecuado cubrimiento del servicio y asegurar a los menores las condiciones necesarias para su acceso y permanencia en el sistema educativo.

La Nación y las entidades territoriales participarán en la dirección, financiación y administración de los servicios educativos estatales, en los términos que señalen la Constitución y la ley.“²⁰⁹

Bildung wird in Kolumbien somit als Recht („un derecho de la persona“) und öffentliche Dienstleistung mit einer sozialen Funktion („un servicio público que tiene una función social“) definiert, die den Zugang zu Wissen („conocimiento“), Wissenschaft („ciencia“), Technik („técnica“) und anderen kulturellen Gütern und Werten („los demás bienes y valores de la cultura“) ermöglichen soll. Bildung soll den

²⁰⁸ ebenda, Art. 45.

²⁰⁹ ebenda.

kolumbianischen Staatsbürger im Hinblick auf Respekt gegenüber Menschenrechten („formará al colombiano en el respeto a los derechos humanos“), Frieden („la paz“) und Demokratie („la democracia“) formen, sowie in der Ausübung von Arbeit und Vergnügen, für Verbesserungen im Bereich von Kultur, Wissenschaft und Technik und für den Umweltschutz.

Schulpflicht herrscht von fünf bis fünfzehn Jahren („obligatoria entre los cinco y los quince años de edad“) und beinhaltet zumindest ein Jahr Vorschulbildung und neun Jahre „educación básica“. In den staatlichen Bildungsinstitutionen ist der Unterricht kostenlos, jedoch mit der Einschränkung: „[...] sin perjuicio del cobro de derechos académicos a quienes puedan sufragarlos“²¹⁰. Es besteht also die Möglichkeit, unter gewissen Umständen für gewisse Zwecke von Familien, die es sich leisten können, Gelder zu beziehen.²¹¹

Verantwortlich für die Bildung sind Staat, Gesellschaft und Familie („El Estado, la sociedad y la familia son responsables de la educación [...]"). Dem Staat kommt hier jedoch eine Sonderstellung zu, da er für die Aufsicht und Überwachung der Bildung verantwortlich ist („regular y ejercer la suprema inspección y vigilancia de la educación“), um für ihre Qualität und die Einhaltung der Bildungsziele zu sorgen, sowie für die bestmögliche moralische, intellektuelle und physische (Aus-)bildung der Schüler („la mejor formación moral, intelectual y física de los educandos“). Es obliegt außerdem der Obhut des Staates, ein flächendeckendes Bildungsangebot („el adecuado cubrimiento del servicio“) zur Verfügung zu stellen und den Minderjährigen die notwendigen Bedingungen für Zugang und Verbleib im Bildungssystem zu schaffen („las condiciones necesarias para su acceso y permanencia en el sistema educativo“). Für Leitung („la dirección“), Finanzierung („la financiación“) und Administration („la administración“) der staatlichen Bildungsleistungen sind die Nation und territoriale Körperschaften („la Nación y las entidades territoriales“) zuständig, nach den Regeln, die von der Verfassung und der Gesetzgebung aufgestellt sind.

Der darauf folgende Artikel, Artikel 68, widmet sich der Gründung und Leitung von Bildungsinstitutionen, sowie dem Lehrpersonal:

„Los particulares podrán fundar establecimientos educativos. La ley establecerá las condiciones para su creación y gestión.“

²¹⁰ ebenda.

²¹¹ Diese Einschränkung seit dem Jahr 2012 aufgehoben und die Schulbildung ist somit per Gesetz im ganzen Land von der ersten bis zur elften Schulstufe kostenlos.

La comunidad educativa participará en la dirección de las instituciones de educación.

La enseñanza estará a cargo de personas de reconocida idoneidad ética y pedagógica. La Ley garantiza la profesionalización y dignificación de la actividad docente.

Los padres de familia tendrán derecho de escoger el tipo de educación para sus hijos menores. En los establecimientos del Estado ninguna persona podrá ser obligada a recibir educación religiosa.

Las (sic) integrantes de los grupos étnicos tendrán derecho a una formación que respete y desarrolle su identidad cultural.

La erradicación del analfabetismo y la educación de personas con limitaciones físicas o mentales, o con capacidades excepcionales, son obligaciones especiales del Estado.²¹²

Wie aus obiger Textpassage sichtbar wird, ist in diesem Artikel festgelegt, dass es Privatpersonen offen steht, im Rahmen der gesetzlichen Gegebenheiten Bildungsinstitutionen zu gründen („Los particulares podrán fundar establecimientos educativos.“) Außerdem wird der „comunidad educativa“, die jedoch nicht näher definiert wird, ein Recht auf Mitbestimmung in der Leitung von Bildungsinstitutionen zugesprochen („participará en la dirección de las instituciones de educación“). Betreffend das Lehrpersonal wird eine anerkannte ethische und pädagogische Eignung („idoneidad ética y pedagógica“) verlangt. Die Professionalisierung („profesionalización“) und „dignificación“, d.h. die würdevolle Erfüllung der pädagogischen Tätigkeit, soll durch das Gesetz gesichert werden.

Ein weiterer Akteur, der in diesem Artikel auftritt sind die Eltern, deren Recht es ist, den Schultyp für ihre minderjährigen Kinder auszusuchen („tendrán derecho de escoger el tipo de educación para sus hijos menores“). Hier gibt es jedoch den Zusatz, dass in staatlichen Schulen („en los establecimientos del Estado“) niemand gezwungen werden kann, Religionsunterricht zu erhalten („ninguna persona podrá ser obligada a recibir educación religiosa“). Dies ist eine wesentliche Veränderung im Vergleich zur Verfassung von 1886, in der „Bildung“ generell Bildung nach den Prinzipien der katholischen Kirche bedeutete (siehe Kap. 5.1.2.1.).

Mitglieder ethnischer Gruppen haben laut der aktuellen Verfassung das Recht auf eine (Aus-)bildung, die ihre kulturelle Identität nicht nur respektiert, sondern auch zu ihrer Entwicklung beiträgt („que respete y desarrolle su identidad cultural“). Im letzten Absatz von Artikel 68 werden noch spezielle Verpflichtungen des Staates angeführt. Diese sind einerseits die Bekämpfung des Analphabetismus („la erradicación del

²¹² ebenda.

analfabetismo“), andererseits die Gewährleistung von Bildung für Personen mit körperlichen oder mentalen Einschränkungen („la educación de personas con limitaciones físicas o mentales“) oder mit außergewöhnlichen Fähigkeiten („capacidades excepcionales“).

5.1.2.3. Diskursanalytische Interpretation

Bezüglich eines möglichen Themas, worüber in der politischen Verfassung Kolumbiens Machtverhältnisse angesprochen werden ist festzuhalten, dass schon die Textsorte, also die Tatsache, dass es sich um eine politische Verfassung eines Staates handelt, auf suggerierte oder festgeschriebene Machtverhältnisse hinweist. In einer Verfassung werden die wesentlichen Grundzüge der Regierungsform eines Staates festgelegt (siehe Kap. 4.1.3.), was die Entwicklung von Machthierarchien impliziert. Selbst wenn es sich um eine demokratische Staatsform handelt müssen Regeln existieren, welche ein friedliches gesellschaftliches Zusammenleben ermöglichen. Diese Regeln müssen geschaffen, umgesetzt, respektiert und womöglich auch überwacht werden und somit bedarf es einer Rollenzuweisung für die einzelne Akteure innerhalb einer Gesellschaft.

Die von der Verfassung Kolumbiens suggerierten Machtverhältnisse sollen den demokratischen Prinzipien entsprechen. Durch die verankerten Kinderrechte und das Recht auf Bildung sollen allen Kindern die gleichen Chancen auf eine qualitativ wertvolle (Aus-)bildung geboten werden, die wiederum Voraussetzung für die Erfüllung anderer Rechte und für die demokratische Mitbestimmung der Kinder ist.

Die mächtigen Akteure, die laut Verfassung für die Erfüllung der Kinderrechte zuständig sind, sind, wie bereits festgestellt wurde, Familie, Gesellschaft und Staat. Kinder hingegen sind die Un-Mächtigen, die auf den Schutz anderer angewiesen sind. Durch die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung wird den Minderjährigen jedoch eine gewisse Macht zugesichert, genau so wie durch den in der Verfassung verankerten Zusatz über die Vorrangstellung der Kinderrechte.

Der Staat muss einerseits die wesentlichen Voraussetzungen schaffen, um das notwendige Bildungsangebot und den Zugang zu Bildung zu sichern, andererseits ist er auch für die Überwachung der Bildung zuständig. Diese Überwachung wird durch die dadurch garantierte Qualität und die Versicherung der Erfüllung der Bildungsziele gerechtfertigt.

Eltern sind der zweite wesentliche Akteur in der Garantie des Rechts auf Bildung für ihre Kinder. Sie sind dazu verpflichtet für den obligatorischen regelmäßigen Schulbe-

such ihrer Kinder zu sorgen. Eltern sowie Kinder unterliegen hier also dem Staat. Die Wahl des Schultyps steht ihnen jedoch offen, wobei hier wiederum nur aus dem Angebot gewählt werden kann, das seitens des Staates angeboten wird.

Ein weiterer wichtiger Akteur für die mögliche Erfüllung des Rechts auf Bildung sind Lehrer. Diese müssen eine spezielle Eignung für ihre Tätigkeit vorweisen.

5.1.3. Vergleich

Der Vergleich der Kinderrechtskonvention der UNO und der aktuellen politischen Verfassung Kolumbiens lässt keine sehr großen Unterschiede in der Formulierung oder Vermittlung von Machtstrukturen und Hierarchien erkennen. In beiden Gesetzestexten bilden Kinder den schutzbedürftigen Teil der Gesellschaft, dessen Position durch die Formulierung der Kinderrechte geschützt und gestärkt werden soll. Die Erfüllung des Rechts auf Bildung soll dazu beitragen, die Minderjährigen zu einem selbständigen, verantwortungsbewussten Zusammenleben in der Gesellschaft zu befähigen, das auf demokratischen Prinzipien wie Frieden und Toleranz beruht. Hierbei sind wesentliche Akteure Staat, Gesellschaft, Familie und Lehrer, wobei die Rolle der Lehrer für die Erfüllung des Rechts auf Bildung in der Kinderrechtskonvention nicht erwähnt wird. Der Fokus liegt hier vielmehr auf der Rolle der Familie als Grundbaustein der Gesellschaft und Voraussetzung für die vollständige Entwicklung der Kinder.

Bezüglich der Formulierung der Bildungsziele lässt sich ein weiterer, wenn auch nicht grundlegender Unterschied zwischen der Konvention über die Rechte des Kindes und der politischen Verfassung Kolumbiens feststellen. In der Kinderrechtskonvention liegen die wesentlichen Ziele von Bildung vor allem im Bereich der intellektuellen und moralischen Entwicklung von Kindern im Sinne des Respekts der Menschenrechte, nationaler und kultureller Werte, eines verantwortlichen Lebens und Respekts gegenüber der Natur. Auch in der Verfassung werden diese Bildungsziele erwähnt, jedoch soll Bildung vor allem auch dazu dienen Kindern Zugang zu Wissen, Wissenschaft, Technik und anderen kulturellen Gütern zu ermöglichen. Bildung ist laut Verfassung eine staatliche Dienstleistung mit sozialem Nutzen.

5.2. Das Recht auf Bildung: Die „Wirklichkeit“ in der Berichterstattung von „El Tiempo“ und „El Espectador“

Um eine mögliche Diskrepanz zwischen formuliertem Ideal und dargestellter Wirklichkeit in der Erfüllung des Rechts auf Bildung festzustellen, sollen nun, in Anlehnung an die Diskursanalyse von Fellerer/Metzeltin und nach der beschriebenen

Vorgehensweise (s.Kap.3), Zeitungsartikel aus den Online-Portalen der kolumbianischen Tageszeitungen *El Tiempo* und *El Espectador* aus dem Jahr 2012 untersucht werden.

Für die Analyse wurden relevante Artikel berücksichtigt, die sich mit dem Thema der öffentlichen Pflichtschulbildung in Kolumbien beschäftigen. Der Fokus der Untersuchung lag darauf, die Artikel nach den wesentlichen inhaltlichen Schlüsselbegriffen der gesetzlichen Ideale zu durchsuchen und festzustellen, ob und auf welche Art diese darin behandelt werden und - im Sinne der Diskursanalyse - welche Machtstrukturen darin erkennbar werden. Diese wesentlichen inhaltlichen Kategorien der Gesetzestexte können folgendermaßen zusammengefasst werden:

- Zugang zu Bildung (Chancengleichheit, Analphabetismus, regelmäßiger Schulbesuch, Verringerung der Zahl der Schulabbrüche, kostenlose Schulbildung),
- Lernsituation und -umgebung (Unterrichtsmethoden, Einsatz moderner Technologien, Schulklima, Disziplin etc.),
- Qualität des Unterrichts,
- Integration von schwächeren oder schutzbedürftigen Gesellschaftsgruppen,
- Menschenrechtsbildung und Umweltschutz, sowie
- die Rolle der Akteure Familie, Staat und Lehrer.

Die Suche nach den Artikeln erfolgte in der Rubrik *educación* im jeweiligen Online-Portal. Zur Ermöglichung einer präziseren Suche wurden Schlüsselbegriffe aus den bereits analysierten gesetzlichen Idealen und aus einer ersten Auswahl an Zeitungsartikeln herausgefiltert. Diese Schlüssel- und Suchbegriffe waren: *educación, sistema educativo, gratuidad educativa, calidad de la educación, calidad educativa, acceso a la educación, deserción escolar, reclutamiento forzado, desplazamiento forzado, trabajo infantil, acoso escolar, bullying, matoneo, escolares fantasmas, docentes, profesores, educación en derechos humanos*.

Die Artikel wurden also nach dem Kriterium ausgewählt, einerseits einen möglichst umfassenden Überblick über die im aktuellen Bildungsdiskurs Kolumbiens behandelten relevanten Themen zu geben und andererseits die Zeitungsartikel auf die in den gesetzlichen Idealen formulierten wesentlichen Inhalte des Rechts auf Bildung zu untersuchen.

In diesem Sinne sollen nun je ein Artikel aus jeder der beiden Zeitungen für eine genauere Analyse ausgewählt und eingebettet in seinen Kontext betrachtet werden,

um die Berichterstattung der beiden Tageszeitungen miteinander zu vergleichen und sie schließlich auch dem gesetzlichen Ideal gegenüberzustellen.

5.2.1. *El Tiempo*

5.2.1.1. Machtkontext, Allgemeine Kontextualisierung und Entstehungsumstände

El Tiempo ist, wie bereits erwähnt, Kolumbiens meistgelesene Tageszeitung und der Mediendiskurs des Landes im Bereich der Printmedien wird daher wesentlich von ihr geprägt. Der ausgewählte Artikel mit dem Titel „A respetar la educación gratuita“ ist am 25.1.2012 als Leitartikel in der Online-Ausgabe der Zeitung erschienen und behandelt das Thema der kostenlosen Schulbildung an öffentlichen Schulen von der ersten bis zur elften Schulstufe. Dieses Thema war für die kolumbianische Bildungspolitik im Jahr 2012 zentral, da die kostenlose Schulbildung im selben Jahr per Gesetz eingeführt wurde (15.01.,21.01.). Die kostenlose Schulbildung ist jedoch in der Praxis noch nicht überall Realität und *El Tiempo* berichtet von Schulen, die aus verschiedenen Gründen nach wie vor unberechtigt Geld von Familien verlangen. Dies führe zu Beschwerden von Eltern, die jedoch in manchen Fällen unbearbeitet blieben. Die Bildungsministerin forderte die jeweiligen Schulleiter dazu auf, das Geld den betroffenen Eltern zurückzuerstatten, da diese Zahlungen illegal wären und zudem nicht notwendig, da zuvor noch nie eine so große Summe für das Bildungssystem aufgewendet worden wäre wie im Jahr 2012 (23.01.,01.03.).

Bezüglich der Chancenungleichheit im Zugang zu Bildung berichtet *El Tiempo* davon, dass sie laut UNESCO weiterhin bestehen bleibt (16.10.) und Kolumbien auf Platz drei der Länder mit der größten Chancenungleichheit für Kinder stehe (16.10.,01.11.). In einem Leitartikel (31.07.) wird die Meinung vertreten, dass diese Beseitigung der Ungleichheit und der sozialen Ungerechtigkeit in Kolumbien und somit die Entstehung einer „echten“ Demokratie neben der Stärkung der Mittelschicht vor allem auch durch Bildung erreicht werden kann.

Laut *El Tiempo* kann man in Kolumbien von der Ausbildung einer „Bildungsmafia“ sprechen (22.02.b,03.03.). Es gibt Probleme mit sogenannten „escolares fantasmas“, also nicht existierenden Schülern, für die trotzdem Geld vom Staat bezogen wird (20.02.). Diese Problematik der fälschlicherweise bezogenen Gelder führt natürlich in weiterer Folge dazu, dass zum Teil zu wenig Plätze für wirklich existierende Schüler zu Verfügung stehen. Andererseits berichtet *El Tiempo* auch von Plätzen in Klassenzimmern, die aus verschiedenen Gründen - vom Versäumnis der Eltern, ihre Kinder

rechtzeitig einzuschreiben, bis hin zu administrativen und organisatorischen Problemen (03.10.), oder den sogenannten „fronteras invisibles“- leer bleiben, obwohl der Bedarf an Unterricht bestehen würde (19.01.,31.01a.,14.02.). In einem Artikel wird auch von einer Maßnahme berichtet, mit der man gegen dieses Problem der fehlenden Plätze in Schulen ankämpfen will. Es handelt sich hierbei um Verträge zwischen staatlichen und privaten Schulen, durch die sich Privatschulen verpflichten, Schüler aus staatlichen Schulen aufzunehmen, wenn diese dort keinen Platz bekommen (07.02.). Auch das Thema der Ganztagschule wird von *El Tiempo* aufgegriffen und als Chance gesehen, um die qualitativen Unterschiede zwischen privater und öffentlicher Bildung zu verringern, indem die Zeit, die Kinder täglich in der Schule verbringen erhöht würde. Kinder würden durch die geringere Zeit, die sie auf der Straße verbrachten weniger gefährdet sein, in kriminelle Tätigkeiten verwickelt zu werden. Für den Ausbau der Ganztagschule müssten jedoch drei Voraussetzungen geschaffen werden: es müssten mehr Räumlichkeiten und Lehrpersonal zur Verfügung stehen und die Versorgung mit Schulnahrung müsste garantiert werden. Langfristig gesehen würden Schüler so nicht nur eine bessere Bildung erhalten, sondern hätten auch bessere Verdienstchancen in der Arbeitswelt (05.03.). Eine weitere kurze Meldung berichtet von einem Pilotprojekt an 23 Schulen in Bogotá, im Rahmen dessen die Ganztagschule bereits getestet wurde (27.01.).

Während trotz bestehender Ungleichheiten vor allem beim Zugang zu Bildung in den letzten Jahren viele Verbesserungen erreicht wurden, gibt es bezüglich anderer Themen jedoch nach wie vor Defizite, mit denen das Land zu kämpfen hat: *El Tiempo* spricht von einer Krise des Lehrberufs (26.04.a,b) und berichtet vom geringen Lohn der Lehrer (21.6.), von schlechter Qualität der Lehre und der Notwendigkeit von „profesores de calidad“ (17.12.b). Ein Artikel vom 14.3. berichtet von fehlendem Lehrpersonal im Unterricht aufgrund von Bedrohungen oder Erpressungen durch Guerrillagruppen und davon, dass Schüler im Grenzgebiet zu Ecuador deshalb in das Nachbarland ausweichen mussten, um Unterricht zu erhalten. Zum Teil ist der Lehrermangel aber auch auf administrative Probleme zurückzuführen (19.4.).

Bezüglich der Situation in der Schule berichtet die Zeitung von Projekten zur Förderung eines positiven Lernklimas, zum konfliktfreien Zusammenleben (22.09.), vom Modelfach „ciudadanía“, in dem man sich Themen wie der Konfliktlösung, der Vorsorge von Zwangsrekrutierungen, dem Erkennen und Ausweichen von Antipersonenminen, der Sexualerziehung, den Prinzipien der Demokratie etc. widmet (25.3.), und von Investitionen in die Menschenrechtsbildung (18.01., 22.02.a, 24.03.,29.11.).

Jedoch ist der „acoso escolar“, also Mobbing ein weit verbreitetes Phänomen in kolumbianischen Schulen und laut einem Artikel vom 15.03. war bereits einer von fünf Schülern in Kolumbien davon betroffen. Zu diesem Thema wird als positives Beispiel auch von einer Schule berichtet, die versucht Mobbing durch den Einsatz von Schülern als Mediatoren entgegenzuwirken (29.03.a). Außerdem würden Schulen, die Fälle von Mobbing oder Bullying nicht melden Sanktionen drohen (15.12.).

Betreffend der Ausstattung der Schulen berichtet die Zeitung von mangelhafter technologischer Ausstattung von Schulen in ganz Lateinamerika (18.08.), wobei kolumbianische Projekte, wie *One laptop per child* vorgestellt werden, die dazu beitragen sollen, dieses Defizit aufzuholen (08.02.c, 15.02., 18.03.). Auch einige noch viel grundlegendere Probleme, wie unfertige Schulgebäude oder fehlende Einrichtung (29.2., 1.4.) werden behandelt, genau so wie das Problem der mangelnden Ernährung vieler Schulkinder, gegen das mit Ernährungsprogrammen in den Schulen angekämpft wird (05.05.). Auch werden Schulen in gewissen Regionen von Bandenkämpfen („pandillas“) beherrscht, welche aus dem privaten Umfeld der Schüler mit in die Schule getragen werden (12.04.). Zwei positivere Themen, zu denen jeweils ein Artikel gefunden wurde, sind der zukünftige Ausbau des Wirtschafts- und Finanzunterrichts (08.02.) und die Anerkennung der Bedeutung des Sportunterrichts (26.07.).

Auch bezüglich der generell geringen Qualität der Bildung berichtet die Zeitung mehrmals vom Projekt *Todos a aprender* des Bildungsministeriums, das neben dem Zugang zu Bildung für alle auch die Anhebung der Qualität des Unterrichts zum Ziel hat und zu diesem Zweck unter anderem kostenlose Schulbücher verteilt (29.3.b,c, 10.4.).

Zwei weitere große Themenblöcke, die im Bildungsdiskurs des Jahres 2012 in der Zeitung *El Tiempo* vorherrschend waren, sind zum einen das Problem der steigenden Anzahl von Schulabbrüchen und zum anderen die schwierige Situation von Bildung in vom bewaffneten Konflikt betroffenen Gebieten. Diese beiden Themen stehen miteinander insofern in Zusammenhang, als Schulabbruch vor allem in Konfliktgebieten ein Problem darstellt. In einem Artikel vom 04.05., in dem ein Bericht der *Defensoría del Pueblo* zitiert wird, wird von einer steigenden Anzahl von Schulabbrüchen in öffentlichen Schulen berichtet. Laut einem anderen Artikel vom 28.22. konnte jedoch, nach Aussagen der Ministerin, zwischen 2009 und 2011 verhindert werden, dass 50.000 Schüler vorzeitig die Schule verlassen. Die häufigsten Gründe

für Schulabbrüche sind laut diesem Artikel die Distanz zur Bildungseinrichtung („la distancia de los establecimientos educativos“), wirtschaftliche Probleme („problemas económicos“), Lernschwierigkeiten („dificultades académicas“), Wohnortwechsel („los cambios de residencia“) und die Unwilligkeit von Kindern zu lernen („el hecho de que a los niños no les gusta el estudio“). Von Kinderarbeit (11.06.), kriminellen Banden, die versuchen Kinder von der Schule zu locken und sie in ihre Geschäfte zu verwickeln (06.10.), Kinderhandel, bei dem Kinder unter anderem mit Aussicht auf gute Bildungschancen gelockt werden (17.12.a) etc. wird außerdem berichtet. Insgesamt würden 15 Millionen Kolumbianer keine abgeschlossene Schulausbildung vorweisen können („sin bachillerato completo“; 30.10.).

In Bezug auf den bewaffneten internen Konflikt spricht *El Tiempo* von den negativen Auswirkungen, die Gewalt und damit einhergehende Zwangsvertreibungen auf die Bildung haben (31.05.), schreibt über Zwangsrekrutierungen von Kindern (30.03., 25.04., 13.08.) und von der, der UNESCO zufolge, notwendigen Normalisierung der Bildungssituation in Konfliktgebieten (27.11.).

Zum Thema Integration wird in einem Artikel von einem kleinen Jungen berichtet, dem aufgrund seiner Rückstände in seiner Entwicklung anfangs ein Schulplatz verwehrt wurde (12.01.). Ein darauf folgender Artikel berichtet jedoch vom positiven Ausgang seiner Geschichte (13.01.). Eine weitere sehr kurze Meldung informiert über Gelder, die vom Bildungsministerium für Regionen mit einer großen Zahl an Schülern mit Behinderungen zur Verfügung gestellt wurden, um den Schulbesuch und die notwendige Betreuung dieser Kinder zu garantieren (11.03.).

Wie sich schon anhand dieser groben Einteilung erkennen lässt, ist es kaum möglich die herausgefilterten großen Themengebiete streng voneinander zu trennen, da viele Problematiken miteinander verstrickt sind und ein komplexes Gefüge bilden.

5.2.1.2. Wörtliche Erklärung des Textes, Strukturanalyse und Suche nach Textreferenzen

Der Artikel „A respetar la educación gratuita“ ist, wie bereits festgestellt, am 25.01.2012 als „editorial“, also als Leitartikel erschienen (siehe Anhang). Das DRAE definiert den Begriff „editorial“ als „artículo de fondo no firmado“²¹³. Unter dem Eintrag „artículo de fondo“ wiederum findet man folgende Definition: „El que en los periódicos políticos se inserta en lugar preferente, por lo común sin firma, y trata temas

²¹³ Real Academia Española, *Diccionario de la lengua española*, s.v.: „editorial“, Online im WWW unter URL: <http://lema.rae.es/drae/?val=democracia> [27.02.2014].

de actualidad con arreglo al criterio de la redacción.“²¹⁴ Auch in der Onlineversion des Duden wird der Begriff „Leitartikel“ ähnlich definiert: „kommentierender Artikel an bevorzugter Stelle einer Zeitung oder Zeitschrift zu wichtigen aktuellen Themen“²¹⁵. Der Leitartikel nimmt also eine Sonderstellung innerhalb einer Ausgabe einer Zeitung ein und spiegelt im Wesentlichen die Ansichten der Redaktion wider. Im vorliegenden untersuchten Artikel werden diese Ansichten bereits im Titel sehr deutlich, nämlich in der an die jeweiligen Schulleiter gerichtete Aufforderung, die kostenlose Schulbildung zu respektieren.

Im Vorspann des Berichtes werden die Fakten zur neuen Regelung kurz zusammengefasst. Das Schuljahr 2012 würde das erste sein, in dem Bildung in allen Schulstufen der öffentlichen Schulen völlig kostenlos erteilt wird („[...] la educación impartida por colegios públicos se ofrecerá de manera completamente gratuita en todos sus niveles“). Dies hätte die nationale Regierung im Jahr davor in Übereinstimmung mit Urteilen des Verfassungsgerichtshofes beschlossen. Einschreibgebühren, Stipendien, Schulmaterialien und -bücher würden in Zukunft für 8,5 Millionen Kinder, die in den öffentlichen Schulen eingeschrieben sind, völlig kostenlos sein („Matrículas, pensiones, útiles y textos no tendrán ningún costo para unos 8,5 millones de niños y jóvenes inscritos en los planteles oficiales“).

Der Bericht selbst wird mit dem Ausdruck „De hecho“ eingeleitet. Das zuvor kurz Zusammengefasste seien also nicht nur Versprechungen, sondern die Bildungsministerin würde in der Tat mehr als eine halbe Milliarde Pesos zur Verfügung zu stellen, um dieses Mandat im ganzen Land umzusetzen. Nach einer Sitzung mit den regionalen Bildungssekretären habe die Ministerin („la ministra María Fernando Campo“) jedoch verurteilt, dass manche Direktoren und Institutionen in 12 „entidades territoriales“ nichtsdestotrotz noch immer Gelder beziehen würden. Hierbei handle es sich um „bonos, pagos deportivos e inscripciones“, mit denen diese öffentlichen Funktionäre Familien betrügen würden („[...]están estafando a las familias.“). Die Städte und Regionen mit den meisten Beschwerden und Klagen aufgrund illegaler Geldforderungen seien: Barranquilla, Ibagué, Tunja, Cali, Santa Marta, Villavicencio, Soacha, Atlántico, Bolívar, Tolima und Nariño.

Laut dem Verfasser des Artikels sei es eine zentrale Aufgabe des Ministeramtes diese Anklagen zu identifizieren, ihnen Aufmerksamkeit zu schenken und sie in

²¹⁴ Real Academia Española, *Diccionario de la lengua española*, s.v.: „artículo de fondo“, Online im WWW unter URL: <http://lema.rae.es/drae/?val=democracia> [27.02.2014].

²¹⁵ DUDEN, s.v.: „Leitartikel“, Online im WWW unter URL: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Leitartikel> [30.01.2014].

notwendigem Maße zu verfolgen. Außerdem läge es gleichzeitig in der Verantwortung der Bildungsverantwortlichen der genannten Städte und Bezirke, die kostenlose Schulbildung durch ihre jeweiligen Rechtsprechungen zu garantieren. Der darauf folgende Satz enthält die Kernaussage dieses Artikels: “Que los estudiantes, desde transición hasta último grado, reciban una educación sin costos amarrados no es un regalo del Estado sino el ejercicio de un derecho por mucho tiempo postergado.” Die kostenlose Schulbildung von der ersten bis zur elften Schulstufe sei also kein großzügiges Geschenk des Staates, sondern die schon längst überfällige Erfüllung eines Rechts.

Indem man die letzten finanziellen Hürden zum Zugang zur Bildung aus dem Weg räume, würde man die Familienoberhäupter ohne jegliche Ausrede dastehen lassen („[...] deja sin excusas a los jefes de hogar“), ihre „Kleinen“ nicht in die Schule zu schicken („no enviar a los pequeños a la escuela“). Es würde von einer strengen Anwendung des Gesetzes heute abhängig sein, dass das Land bald beginne soziale und wirtschaftliche Vorteile aus dem gesicherten Mindestmaß an Grundschulbildung von Millionen von Kindern und Jugendlichen zu ziehen („De una aplicación estricta de la norma hoy depende que el país empiece pronto a recoger los beneficios sociales y económicos de millones de niños y adolescentes con una mínima formación básica.“). Aus diesem Grund dürften sich die nationale Regierung und die Gebietskörperschaften („administraciones territoriales“) nicht scheuen („no debe temblarles la mano“), Direktoren und Schulen zu sanktionieren, die den Preis für den Eintritt ins Klassenzimmer und den Genuss eines Rechts, das ab diesem Jahr per Gesetz zu hundert Prozent gratis ist („[...] el disfrute de un derecho que, a partir de este año, es ciento por ciento gratuito.“), auf unerlaubte Weise erhöhen.

5.2.1.3. Diskursanalytische Interpretation

Im analysierten Artikel werden die Machtverhältnisse über das Thema der kostenlosen Schulbildung angesprochen. Das wesentliche dem Artikel zugrundeliegende Argument ist, dass die Umsetzung der kostenlosen Pflichtschulbildung der Erfüllung eines Rechts entspricht und jenen, die dieses Recht nach wie vor ignorieren, indem sie auf irgendeine Art und Weise Geld von Familien verlangen würden, daher mit Sanktionen zu begegnen ist. Durch die Erfüllung dieses Rechts würde in Zukunft die gesamte Gesellschaft Vorteile ziehen.

Vor allem ein Akteur tritt im Artikel als „mächtig“ hervor, nämlich der Staat mit seinen jeweiligen Funktionären. Die Regierung hat die neue Regelung beschlossen und

sorgt nun auch für ihre Umsetzung - gegebenenfalls auch mit Sanktionen für die diejenigen, die sich nicht daran halten. Dem Staat unterliegen die jeweiligen Leiter der Bildungsinstitutionen, welche in der Machthierarchie wiederum über den Eltern und ihren Kindern stehen. Regierung, beziehungsweise Staat und Eltern haben gemeinsam, dass sie den Minderjährigen den Schulbesuch ermöglichen müssen. Durch die kostenlose Schulbildung würde den Eltern auch jegliches Argument gegen einen Schulbesuch der Kinder entzogen werden und sie könnten sich diesem durch nichts mehr verweigern. Dieser Machtentzug der Eltern wird mit keinem Wort kritisiert, ihre Rolle scheint verglichen mit der des Staates zu vernachlässigen zu sein. Zwar wird im Artikel festgehalten, dass es sich bei der neuen Regelung um eine Maßnahme handle, die schon längst umgesetzt hätte werden müssen und es auch keine Wohltat des Staates sei, jedoch wird die Regierung dennoch ganz klar als positiver Akteur portraitiert, der für „Recht und Ordnung“ in der Gesellschaft sorgt.

Es handelt sich hierbei jedoch um eine möglicherweise etwas einseitige Perspektive, da in der Argumentation für die kostenlose Schulbildung das Problem der Finanzierung dieser neuen Regelung nicht angesprochen wird. Ob und wieviel Budget der Staat für die Gewährleistung dieses Rechts zur Verfügung stellt wird nämlich nicht erwähnt und die Verantwortung wird auf Schulleiter und regionale Ämter geschoben. Probleme, die sich durch ein möglicherweise zu gering berechnetes Budget ergeben könnten werden somit ignoriert und Schulleitern, die nach wie vor finanzielle Unterstützung von Eltern verlangen schlicht eine illegitime Handlung vorgeworfen, ohne nach möglichen Gründen dafür zu suchen. Die Macht oder Verantwortung, welche dem Staat in Bezug auf Sanktionen anderer zugeschrieben wird, wird auf andere Akteure abgeschoben, wenn es um die Lösung von Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung geht.

Im Artikel wird auf expliziter Ebene die Erfüllung des Rechts auf kostenlose Schulbildung und die Stärkung der elterlichen Position gefordert, implizit werden bestehende Machtverhältnisse innerhalb des Staates jedoch nicht kritisiert. Die mächtige Position der Regierung wird sogar noch gestärkt, während auch die Machtlosigkeit von Eltern unterstrichen wird.

5.2.2. *El Espectador*

5.2.2.1. Machtkontext, Allgemeine Kontextualisierung und Entstehungsumstände

Als Beispiel der Berichterstattung von Kolumbiens ältester Tageszeitung *El Espectador* wurde ein Artikel vom 14.02.2012 mit dem Titel „Repensar la gratuidad educativa“ von Daniel Mera Villamizar ausgewählt. Dieser wurde, nach der gleichen Vorgehensweise wie bei der Analyse von *El Tiempo*, in den allgemeinen Bildungsdiskurs der Zeitung aus dem Jahr 2012 eingeordnet.

In einem Artikel vom 30.01. berichtet *El Espectador* von den bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten im Land, die zur Folge haben, dass man Kolumbien noch immer nicht als vollständigen Rechtsstaat bezeichnen kann. Nach wie vor käme es zu Verletzungen der Prinzipien und Werte eines tatsächlichen Rechtsstaates. Weiterhin steht das Interesse einzelner Personen oft über den Interessen der Gesellschaft. Wenn auch in diesem Artikel das Recht auf Bildung nicht direkt angesprochen wird, ist er ein guter Ausgangspunkt für die Behandlung des Themas der Chancengleichheit im Bildungssektor. So widmet sich ein weiterer Artikel unter anderem der Frage nach gesellschaftlichen Pflichten für Bürger in einer Demokratie (21.03.). Der Autor dieses Artikels ist der Meinung, dass soziale Gerechtigkeit davon abhängt, ob sich alle an das Gesetz halten und alle zum Funktionieren des Staates beitragen. Diese beiden Punkte nennt er grundlegende Pflichten des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft („deberes básicos“). Er fügt jedoch noch drei weitere Pflichten hinzu, die der Einzelne gegenüber der Gesellschaft hat: die Leistung des Militärdienstes, das Zahlen von Steuern und sich zu bilden. („Además de estos deberes básicos, la reciprocidad ética exige el cumplimiento de otros tres deberes por parte de los miembros de la comunidad: prestar servicio militar (o civil en tiempos de paz), pagar impuestos y educarse.“). Weiter fügt er hinzu, dass Menschen, die diese Pflichten nicht erfüllen, den Aufbau einer gerechteren Gesellschaft, in der jeder all seine Potenziale entfalten kann, verhindern. Bildung wird in diesem Fall also zum ersten Mal nicht nur als Recht eines jeden Menschen angesehen, sondern auch als Pflicht jedes Einzelnen.

Die geforderte Chancengleichheit im Bildungssystem beinhaltet unter anderem den Zugang zu Bildung für Alle. Zu diesem Thema fanden sich in *El Espectador* verschiedene Artikel. Einer davon (25.07.) behandelt das Thema des Schultransportes, das in Kolumbien immer wieder eine Hürde im Schulalltag darstellt. Im Vergleich zu vielen der anderen untersuchten Artikel ist dieser relativ kurz und es handelt sich um keinen argumentativen, sondern um einen rein informativen Artikel. Es wird von einer

Ausschreibung der Bildungssekretärin im Raum Bogotá berichtet, im Rahmen derer 12 Transportunternehmen mit dem Transport von insgesamt 35.000 Schülern beauftragt wurden. Dieser Transport sollte anhand von 1.151 Bussen erfolgen, die gewisse Sicherheitsstandards erfüllen müssen. Neben den logistischen Schwierigkeiten wird auch von bürokratischen Hürden berichtet, die den Schulbesuch erschweren (31.7.12a). Ein weiterer Artikel (19.07.a) berichtet vom sozialen Einsatz der Sängerin Shakira für die Ärmsten der Gesellschaft, für den sie vom amerikanischen Fernsehsender VH1 für den *Do Something* - Preis nominiert wurde. Mit ihrer Organisation *Pies Descalzos* setzt sich die Sängerin aus Barranquilla für das kolumbianische Bildungssystem ein und ist auch offizielle Botschafterin von UNICEF.

Außerdem wird von dem speziellen Fall des Colegio Mayor de San Bartolomé in Bogotá berichtet, einer jesuitischen Privatschule, die als älteste Schule Kolumbiens gilt (13.07.). Die Schule finanzierte sich bisher durch Ordensgelder, sowie durch Beiträge der Eltern und mithilfe von staatlicher Unterstützung. Durch die neu eingeführte kostenlose Pflichtschulbildung, die jeglicher öffentlichen schulischen Einrichtung, sowie Privatschulen, die Schüler aufnehmen, welche staatliche Unterstützung bekommen verbietet Geld zu verlangen, sah sich die Finanzierung der Schule gefährdet. Das Bildungsministerium wollte jedoch auch im Fall dieser traditionsreichen Schule keine Ausnahme vom Gesetz machen. Aus diesem Grund wirft der (unbekannte) Verfasser des Artikels (elespectador.com) in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob finanzielle Unterstützung von Seiten der Familien nicht eventuell genehmigt werden sollte, wenn dies der Qualität der Bildung zugute käme. Der Fall des Colegio Mayor de San Bartolomé wäre ein ganz spezieller, da sich die Institution bisher immer durch eine besonders hohe Qualität der Bildung in den *Pruebas Saber*, also staatlichen Prüfungen zur Evaluation der Bildungsqualität, ausgezeichnet hätte. („Este caso abre un debate muy interesante para el país: ¿permitir o no los aportes de las familias en la educación pública a cambio de lograr una mayor calidad? El caso del colegio San Bartolomé es especialmente sensible porque esta institución de carácter privado, recibe recursos públicos, y ha demostrado la calidad de la educación que imparte a través de los buenos resultados de sus estudiantes en las Pruebas de Estado Saber.“).

Der zweite Punkt, der im gesetzlichen Ideal des Rechtes auf Bildung in Kolumbien gefordert wird, ist die Einführung beziehungsweise der Ausbau der kostenlosen Pflichtschulbildung. Diese Forderung steht in engem Zusammenhang mit dem Zugang zu Bildung, da vor allem finanzielle Schwierigkeiten ein Problem darstellen

können, das Kindern den Schulbesuch verwehrt. Ein sehr aussagekräftiger Artikel zu diesem Thema ist der von Daniel Mara Villamizar vom 14.02.2012, der aufgrund seiner eindeutigen und, im Vergleich zur Berichterstattung in *El Tiempo*, sehr konträren Position auch für eine Feinanalyse ausgewählt wurde. Der zweite Artikel, der sich dem Thema der kostenlosen Schulbildung widmet (23.07.), gibt einen Bericht des Präsidenten Juan Manuel Santos wieder, in dem er Auskunft gibt über die Erfolge, die er seit seinem Amtsantritt am 7. August 2010 im Bildungsbereich erzielt hat. Obwohl der Bericht nicht nur das Thema der kostenlosen Schulbildung behandelt, ist die Schlagzeile des Artikels: „Gobierno dice que 8,6 millones de estudiantes tienen educación gratuita“. Auffällig ist hier der Zusatz „Gobierno dice“, der die Aussage der Regierung relativiert und nicht als eine objektive Gegebenheit darstellt. Die vom Präsidenten präsentierten Zahlen und Fakten werden in diesem Artikel nicht von der Redaktion kommentiert.

Bezüglich der angestrebten Verringerung der Zahl von Schulabbrüchen schreibt *El Espectador* über ein vom Bürgermeister Bogotás geplantes Projekt zum Ausbau der Ganztagschule, die dem internationalen Trend folgt und als Vorbild für den gesamten Staat dienen sollte, um die Zahl der vorzeitigen Schulabbrüche zu verringern (16.01.). Es bestehe laut Autor des Artikels ein Zusammenhang zwischen der Dauer der Schultage und delinquenten Handlungen oder Schwangerschaften im Kindes- und Jugendalter. In dem Artikel wird außerdem eine finanzielle Förderung des Bildungsbereiches gefordert, da man für den geplanten Ausbau eine große Anzahl an neuen Schulgebäuden brauche, um allen Schülern einen Platz gewähren zu können. Laut Artikel stehe Bildung in der Liste der Staatsausgaben an letzter Stelle. Hier müsse eine bessere Verteilung der Ressourcen stattfinden.

In einem weiteren Artikel zum Thema der Ganztagschule (12.07.) schreibt *El Espectador* von der Kritik eines Mitglieds des *Partido Verde* am Bildungssekretär von Bogotá, da dieser der Bevölkerung bezüglich der Ganztagschule und der geplanten 40-Stunden Woche für Schüler etwas vormache. Der längere Schultag sei nur eine Ausdehnung des alten Systems, jedoch ohne wichtige Erneuerungen im Bereich Unterricht oder Schulgebäude oder zusätzlichem Lehrpersonal. Damit würde er die Ziele des *Plan Nacional de Desarrollo* nicht erfüllen.²¹⁶

Der Artikel „Pelo prestado, plástico y deserción“ (24.10.) berichtet von einer alarmierend hohen Zahl von Schulabbrüchen in verschiedenen Gemeinden Boyacás. Als Hauptgrund dafür wird vom Verfasser des Artikels die vor kurzem eingeführte

²¹⁶ Vgl. bzgl. *Plan Nacional de Desarrollo* URL: <https://www.dnp.gov.co/PND.aspx> [08.03.2014].

kostenlose Schulbildung an öffentlichen Schulen genannt, die zu einer fehlenden Beteiligung der Eltern am Bildungsprozess ihrer Kinder geführt hätte. Der Autor nennt auch mögliche alternative Erklärungen für die große Zahl an Schulabbrüchen. Am Ende des Artikels übt er Kritik an der Medienberichterstattung, die den einzigen Grund für die Schulabbrüche in der kostenlosen Schulbildung sähe und die Bewohner der Stadt als träge abstemple. Sie würden Schulbildung nicht mehr zu schätzen wissen, weil sie nun kostenlos sei. Der Autor fordert dazu auf, diese Entwicklungen in ihrem Gesamtkontext zu sehen und nicht einseitig davon zu berichten (24.10.)

Im Zusammenhang mit der schlechten Qualität des kolumbianischen Bildungssystems und mit Schulabbrüchen berichtet *El Espectador* auch vom Thema Kinderarbeit. Ein Artikel gibt die Ergebnisse einer Studie des nationalen Statistikamtes DANE wieder, laut dem die Zahlen zur Kinderarbeit im Vergleich von 2009 auf 2011 gestiegen sind und sich zum Beispiel in Cartagena um das Achtfache vermehrt haben. 55% der arbeitenden Kinder würden laut dieser Studie nicht einmal Geld für ihre Tätigkeiten bekommen (23.08.). Der zweite Artikel zu dem Thema sieht in der schlechten Qualität des kolumbianischen Bildungssystems einen Hauptgrund für die steigende Zahl von arbeitenden Kindern. Laut der Verfasserin des Artikels sähen viele Schüler keinen Grund dafür die Schule abzuschließen, da sie dadurch keine besseren Zukunftsperspektiven hätten. Bildung würde nur dann ein wichtiger Faktor für einen sozialen Wandel sein, wenn sie auch von guter Qualität wäre. Ein Problem, das die Situation zusätzlich erschwert sei die große Anzahl von Schwangerschaften unter jungen Mädchen. Viele werdende Väter sähen sich so gezwungen die Schule abubrechen, um für den Lebensunterhalt der Familie sorgen zu können (12.06.).

Zum Thema „Qualität der Bildung“ finden sich in *El Espectador* auch noch andere Artikel. Am 12.02.2012 stellt ein Journalist in seinem Artikel fest, dass im kolumbianischen Bildungsbereich zwei verschiedene Realitäten bestehen und nennt dafür zwei Beispiele. Einerseits erwähnt er das *Gimnasio Moderno*, eine traditionsreiche Schule in Bogotá, deren Direktor entlassen wurde, weil es die Schule nicht unter die 200 besten Plätze in den staatlichen ICFES-Prüfungen²¹⁷ geschafft hat und sich der Direktor gegen zweisprachigen Unterricht entschieden hat. Auf der anderen Seite nennt er ein Ergebnis aus dem PISA-Test, laut dem zirka die Hälfte aller 15-Jährigen in Kolumbien trotz Schulbesuch funktionale Analphabeten sind. Laut Verfasser des Artikels sei es in Kolumbien aus mehreren Gründen prioritär, das Angebot qualitativ hochwertiger Bildung für Alle auszubauen. Der erste Grund sei, dass die Mitglieder

²¹⁷ Vgl. hierzu: <http://www.icfes.gov.co/quienes-somos-y-sala-de-prensa> [03.03.2014].

der Eliten ihre Kinder traditionellerweise in private und religiöse Schulen geschickt hätten und somit keinen Anreiz hatten Bildungsangebot und -qualität auszubauen. Zweitens hätten sich lokale Ämter aufgrund der fehlenden steuerlichen und administrativen Entwicklung nie ausreichend für den Ausbau der Bildung einsetzen können. Ein weiterer Grund sei eine unterschiedliche Entwicklung der fortschrittlichen Städte und der zurückgebliebenen Provinzen. Schließlich sei das Desinteresse von Politik und Wirtschaft der Grund für die Politisierung der Lehrer, die dazu geführt hätte, dass sie sich nicht für Projekte einsetzen konnten, die zur Erhöhung der Qualität der Bildung beitragen hätten können. Um die Qualität dauerhaft zu erhöhen, müsse somit bei der Lehrerausbildung begonnen werden.

In einem weiteren Artikel von demselben Autor wird erneut betont, dass, wenn auch das flächendeckende Angebot im Bildungsbereich deutlich verbessert wurde, das eigentliche Problem die Qualität der Bildung wäre und diese nur erhöht werden könne, wenn die Ausbildung von Lehrern verbessert würde. Diese sollte laut Autor eine der Prioritäten des Bildungsministeriums sein (01.09.).

Die nächste Kategorie, nach der die Berichterstattung in *El Espectador* untersucht wurde, war die Situation in den Schulen, beziehungsweise die Lernumgebung der Schüler. Wie auch in der Berichterstattung von *El Tiempo*, waren die Probleme von Gewalt und Mobbing in der Schule (30.04., 07.11., 28.11.) ein wichtiger Aspekt im Bildungsdiskurs von *El Espectador* im Jahr 2012, genau so wie die „escolares fantasma“ (19.07.b), wobei in diesem Fall auch von einer neuen Möglichkeit berichtet wird, die dabei helfen soll dieses Phänomen zu bekämpfen. Es handelt sich um die biometrische Identifikation aller Kinder zwischen sieben und vierzehn Jahren anhand von Personalausweisen, die den Kindern kostenlos ausgestellt werden (27.07.). Bezüglich der Situation der Schulen berichtet *El Espectador* auch von von Schulen, die aufgrund eines Erdbebens geschlossen werden müssen (30.07.b), genau so wie vom technologischen Rückschritt, dem sich Kolumbiens Schulen entgegenstellen müssen (28.5.12). Ein weiteres, bereits bekanntes, Problem ist häufig die Mangelernährung von Schülern, wobei *El Espectador* zu diesem Thema von einzelnen Initiativen zur Verbesserung der Situation berichtet. Zum Einen schreibt ein Journalist vom angekündigten Bau von 75 neuen Mensen im Raum Bogotá (16.07.). Außerdem wird von der Versorgung mit 500.019 täglichen Imbissen für die Dauer von vier Monaten für Schulen im Raum Bogotá berichtet, die von der zuständigen Bildungssekretärin im Rahmen des nationalen Ernährungsprogramms für Schulen ausgehandelt wurde (08.08., 10.08.). Ein Artikel widmet sich auch dem Thema des Schulalltages in Kon-

fliktgebieten (22.07.) und ein anderer kritisiert die scheinbar relativ häufig stattfindenden Schönheitswettbewerbe unter Schulkindern (10.08.).

Zwar liegt die kolumbianische Hochschulbildung nicht im Fokus dieser Arbeit, jedoch ist ein Artikel aus *El Espectador* vom 09.05. erwähnenswert, in dem der Autor über eine Reform der Hochschulbildung schreibt. Der Journalist ist der Meinung, dass eine derartige Reform notwendig wäre, jedoch bedürfe es davor noch einer qualitativen Verbesserung der Grundschulbildung. Er kritisiert die kolumbianische Bildungsministerin laut der das größte Problem an Kolumbiens Schulen Mobbing wäre. Der Meinung des Autors zufolge stelle dies im kolumbianischen Schulsystem jedoch nur die Spitze des Eisberges dar, da es weitaus dramatischer sei, dass viele Jugendliche nach abgeschlossener Schullaufbahn noch immer größte Schwierigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen hätten. Die Inhalte der Vorbereitungskurse an der Universität würden immer mehr eine Art Verlängerung der Schulbildung sein. Den angehenden Studenten müsse unter anderem beigebracht werden, wie man richtig kommuniziere. Der Journalist bezeichnet die Ministerin in dem Artikel als „siempre tan bien intencionada y tan heroicamente ajena a la realidad“ (09.05.).

In einer Jahresbalance vom 22.12. kommt Armando Montenegro, der Journalist der schon über die fehlende Qualität der kolumbianischen Bildung geschrieben hat, zu dem Schluss, dass Bildung für die kolumbianische Regierung kein Thema von äußerster Wichtigkeit darstellt und sich dies ändern müsse.

Auch Lehrer spielen bezüglich der Qualität der Bildung eine wesentliche Rolle. Laut *El Espectador* stellt neben der qualitativ mangelhaften Ausbildung von Lehrern auch die Tatsache ein Problem dar, dass es zu wenig räumliche Kapazitäten im Vergleich zu einer zu großen Anzahl an Lehrern gäbe (25.07.b). Gleichzeitig wäre die Zahl an bereits verstorbenen Lehrern, deren Familienangehörige jedoch noch immer deren Lohn beziehen, relativ groß (04.07., 30.07.). Zusätzlich würden Lehrer auch immer wieder Opfer von Bedrohungen von verschiedenen Akteuren des bewaffneten Konflikts werden (12.12.).

Die Familie als Akteur im Bildungssystem wird, wie bereits erwähnt, als un-mächtiger Akteur dargestellt, dem immer mehr Macht entrissen wurde durch die Einführung der gänzlich kostenlosen Schulbildung. In *El Espectador* wird noch ein weiterer Aspekt angesprochen, nämlich der der Zwangsrekrutierung und der sexuellen Gewalt, die Kinder oft nicht nur in den bewaffneten Gruppen erleben, sondern auch im Elternhaus, und die sie dazu bringen würde sich, um zu flüchten, bewaffneten illegalen Gruppen anzuschließen (01.08., 25.07., 29.08.).

5.2.2.2. Wörtliche Erklärung des Textes, Strukturanalyse und Suche nach Textreferenzen

In dem Artikel „Repensar la gratuidad educativa“ (14.02.) fordert der Journalist Daniel Mera Villamizar dazu auf, die kostenlose Pflichtschulbildung noch einmal zu überdenken und nennt diesbezüglich vier negative Aspekte. Der gelegentliche Kolumnist von *El Espectador* ist Mitglied der *Fundación Color de Colombia*, die sich selbst als private, unabhängige Organisation ohne Gewinnstreben, basierend auf der verfassungsmäßigen Anerkennung der ethnischen und kulturellen Vielfalt der kolumbianischen Nation bezeichnet.²¹⁸ Ziel dieser Organisation ist es laut eigener Aussage, die Integration der farbigen oder afrikanischen Bevölkerung Kolumbiens zu fördern und die kulturellen ethnischen Unterschiede zu schützen.

Bereits im Titel des Artikels äußert der Autor seine Absicht, nämlich dazu aufzufordern, die neu eingeführte Maßnahme der kostenlosen Schulbildung von der ersten bis zur elften Schulstufe noch einmal zu überdenken. An wen diese Aufforderung gerichtet ist wird erst im Laufe des Artikels klar. Zwar versucht der Journalist mithilfe seiner Argumente auch den Leser von seiner Meinung zu überzeugen, jedoch betont er am Ende, dass es die Regierung ist, die noch einmal über ihren Beschluss nachdenken sollte.

Im Untertitel stellt Villamizar den Zusammenhang der kostenlosen Schulbildung und einer notwendigen Reform des Bildungssystems in Frage und nennt hiermit den Grund für seine Zweifel an der Sinnhaftigkeit der eingeführten kostenlosen Schulbildung. („¿Cómo se relaciona la reciente gratuidad educativa total con los cambios que necesita el sistema de educación?“).

Der eigentliche Artikel beginnt schließlich mit einer kurzen Einleitung und der Aufzählung vier negativer Effekte der neuen Regelung („Cuatro efectos negativos de la medida: separa aún más socialmente la educación pública de la privada, desfinancia la educación pública, desestimula la corresponsabilidad de los padres de familia y lesiona la autonomía escolar con una centralización presupuestal.“). Durch die Reform würde also die Kluft zwischen öffentlicher und privater Schulbildung verschärft werden, das öffentliche Schulsystem würde finanziell nicht ausreichend versorgt werden, die Verantwortung der Eltern für die Bildung ihrer Kinder würde verringert werden und die Schulautonomie durch eine budgetäre Zentralisierung geschwächt werden. In den folgenden Absätzen werden diese vier Kritikpunkte näher ausgeführt und be-

²¹⁸ URL: <http://colordecolombia.org/quienes-somos/> [24.01.2014].

gründet. Eingeleitet wird ein neuer Absatz jeweils durch die Ordinalzahlen „Erstens“ bis „Viertens“ („Primero“, „Segundo“, „Tercero“, „Cuarto“). Diese Aufzählung dient einerseits der Gliederung des Textes, andererseits wird die Wirkung der Argumente des Autors dadurch verstärkt.

Zum ersten Kritikpunkt, der Kluft zwischen öffentlichem und privatem Schulsystem, schreibt der Journalist, dass eine völlig kostenlose öffentliche Schulbildung sich nur an die ärmsten Schichten der Bevölkerung richten würde. Dadurch würde man aber auf das Ideal des kostenlosen und qualitativ hochwertigen, gemeinsamen Unterrichts für alle Kinder verschiedener Bevölkerungsschichten verzichten („Se está renunciando al ideal de una educación pública de calidad a donde asistan niños de distintas condiciones socioeconómicas“). Ohne eine finanzielle Unterstützung durch die Familien wäre es unmöglich für einen flächendeckenden Ausbau von qualitativ hochwertiger Bildung, Ganztagschulen (und einer 12. Schulstufe) zu sorgen. Doch genau diese Unterstützung sei nun vom Bildungsministerium verboten worden („fue ‚prohibido‘ por el Ministerio de Educación“) und somit würde die soziale Zersplitterung („fragmentación social“) der Bildung verstärkt werden. Der Autor spricht in seinem Artikel, wie auch weiter unten erneut ersichtlich wird, vom Bildungsministerium als Institution („el Ministerio de Educación“) und nicht von der Bildungsministerin, die in *El Tiempo* häufig auch namentlich erwähnt wurde.

Der zweite Kritikpunkt des Autors ist, dass vom Bildungsministerium zur Kompensation der fehlenden Schulgelder eine bestimmte Summe an zusätzlichen Geldern zur Verfügung gestellt würde, ohne zu wissen auf wie viel sich die finanzielle Unterstützung durch die Familien tatsächlich belief („Sin saber a cuánto asciende el aporte de dinero de las familias, el Ministerio lo está sustituyendo por \$288.000 millones adicionales este año.“). Die Summe würde nicht den tatsächlich benötigten Ressourcen entsprechen und somit zur Konsequenz haben, dass dem Bildungssektor noch weniger Geld zur Verfügung stehe. Durch diesen finanziellen Engpass seien auch die vielen Fälle zu erklären, in denen Schulen nach wie vor ohne Berechtigung Geld von Eltern beziehen würden („Una desfinanciación que explica las numerosas denuncias de ‚trampas‘ a la gratuidad total.“). Als Basis für seine Argumentation dienen dem Journalisten in diesem Fall Gespräche mit Schuldirektoren, die bestätigen würden, dass den Schulen durch die neue Regelung weniger Geld zur Verfügung stehe. Das Ministerium sei jedoch der Meinung, dass durch eine zusätzliche Summe von \$32.000 pro Schüler und pro Jahr auf jegliche Unterstützung der Eltern verzichtet werden könne („El ministerio cree que con \$32.000 más por alumno al año

puede tachar todo aporte (hasta ‚en especie‘) de los padres.“). Der Journalist fügt hier in Klammer die Anmerkung „hasta ‚en especie““ hinzu. Unter diesem Eintrag findet sich im DRAE die Definition „En frutos o géneros y no en dinero.“²¹⁹, was im Deutschen dem Ausdruck einer „Bezahlung in Naturalien“ entsprechen würde. Durch die zusätzlich zur Verfügung gestellte Summe könne somit laut Ministerium auf jegliche Art der Unterstützung seitens der Eltern verzichtet werden. Um diesen Irrglauben zu beseitigen, fordert der Verfasser des Artikels die Vertreter des Ministeriums dazu auf, direkt Betroffene zu befragen, wie zum Beispiel den Bildungssekretär von Pereira („Que le pregunten al secretario de Educación de Pereira, por ejemplo.“). Als drittes Argument gegen die neue Regelung nennt der Autor, dass die Eltern von schulpflichtigen Kindern durch diese zu gänzlich passiven Empfängern von Leistungen („beneficiarios“) würden, anstatt in ihrer Position gestärkt zu werden und mehr Macht zu bekommen, um Bildungseinrichtungen zu unterstützen. Im Zusammenhang mit dem Substantiv „beneficiario“ führt der Autor in Klammer die Verben „exijan“ und „denuncien“ an. Die Eltern könnten diese Leistungen somit zwar verlangen („exijan“) und hätten auch das Recht Anzeige zu erstatten („denuncien“), sollten sie nicht in den Genuss dieser kommen, jedoch könnten sie aktiv nichts zu einer Besserung der Situation beitragen. Mit etwas mehr Einfallsreichtum („imaginación“), so Villamizar, hätte man zumindest die Elternvereine („juntas de padres de familia“) über die Verwendung der \$288.000 Millionen entscheiden lassen und auch Begünstigungen für mittellose Familien miteinbeziehen können. Dadurch hätte auch der Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren, also Eltern, Direktoren und Lehrer, gefördert werden können, um herauszufinden, was es genau ist, das die jeweilige Schule benötige. („El efecto sería una conversación intensa e interesada de la comunidad de padres de familia con las directivas y profesores sobre lo que conviene al colegio y a los hijos, justo lo que hace falta.“). Die aktuelle Regelung würde die kostenlose Schulbildung gegenüber der Mitverantwortung der Eltern bevorzugen, selbst wenn eine stärkere Einbeziehung der Eltern zu einer leichteren Umsetzung der kostenlosen Schulbildung führen könnte („[...] privilegia la gratuidad del derecho (así sea deficientemente provisto) sobre la corresponsabilidad (que puede mejorar su realización).“). Zum Glück wäre jedoch eine Elternbewegung zu beobachten, die sich freiwillig dazu bereit erkläre die Schulen ihrer Kinder zu unterstützen.

Das abschließende Argument des Verfassers gegen die eingeführte kostenlose

²¹⁹ Real Academia Española, *Diccionario del español actual*, s.v.: „en especie“, Online im WWW unter URL: <http://lema.rae.es/drae/?val=en+especie> [30.01.2014].

Schulbildung ist, dass durch die neue Regelung der Autonomie von Bildungseinrichtungen durch eine finanzielle Zentralisierung geschadet wird. Das *PEI (Proyecto Educativo Institucional)* könne nun nicht mehr durch eigene finanzielle Ressourcen der jeweiligen Institution unterstützt werden und sei somit von den Geldern des Staates abhängig. Das *Proyecto Educativo Institucional (PEI)* kann als eine Art schulspezifischer Lehrplan verstanden werden, den jede Bildungsinstitution ausarbeiten muss und der unter anderem die Definition von Bildungsprinzipien und -zielen beinhaltet und auf spezielle lokale und soziale Bedürfnisse der jeweiligen Institution abgestimmt werden muss.²²⁰

Da das vom Ministerium zur Verfügung gestellte Budget jedoch nicht reicht, sei auch das Ende von Innovationen im Bildungsbereich vorherbestimmt („Adiós a las innovaciones.“). Für den Autor ist klar, dass man für die Verbesserung des Zugangs zur Bildung und zur Verringerung der Zahl von Schulabbrüchen unter den ärmsten Bevölkerungsschichten die kostenlose Schulbildung nicht hätte einführen dürfen („Para aumentar el acceso y evitar la deserción de los más pobres, no había que decretar la gratuidad total“). Hinter der Maßnahme steckt für ihn Populismus, den die Regierung hinter der offiziellen Verfassungsauslegung versteckt. Um Trägheit („pereza“) oder gar den Untergang („derrota“) des kolumbianischen Bildungssystems zu vermeiden, wäre eine Diskussion notwendig („Si el Gobierno escuda este populismo en los intérpretes oficiales de la Constitución, pues hay que discutir con ellos, a menos que tengamos pereza o derrota.“).

5.2.2.3. Diskursanalytische Interpretation

Auch im Artikel „Repensar la gratuidad educativa“ werden die Machtverhältnisse über das Thema der kostenlosen Schulbildung angesprochen.

Bezüglich der Erfüllung des Rechts auf Bildung für alle Kinder wird in diesem Artikel deutlich, dass dieses in Kolumbien (noch) nicht erfüllt ist und nach wie vor keine Chancengleichheit im Bildungssektor herrscht. Daniel Mera Villamizar sieht diese durch die auf nationaler Ebene eingeführte kostenlose Pflichtschulbildung zusätzlich gefährdet, beziehungsweise geschwächt, da Privatschulen weiterhin bestehen und die soziale Trennung nicht aufgehoben werden könnte und Kindern aus ärmeren Bevölkerungsschichten zwar eventuell ein leichter Zugang zu Bildung ermöglicht würde, dies jedoch keinerlei Verbesserungen bezüglich der Qualität der Bildung mit

²²⁰ Vgl. URL: <http://www.mineducacion.gov.co/1621/article-79361.html> [24.01.2014].

sich bringe. Außerdem würde den einzelnen Bildungsinstitutionen durch die fehlenden Schulgelder von Familien eine gewisse Autonomie genommen und sie wären verstärkt vom Staat abhängig. Auch das Problem der steigenden Anzahl von Schulabbrüchen würde durch die kostenlose Pflichtschulbildung nicht gelöst.

Als wesentliche Akteure im Bildungskontext treten in dem untersuchten Artikel Eltern und Staat auf. Lehrer und Kinder werden nicht erwähnt, dafür wird den beiden anderen Akteuren zum Teil umso mehr Macht zugesprochen. Vor allem die zentrale Stellung des Staates und seiner Vertreter fällt besonders auf. Es ist das Bildungsministerium, das die Entscheidungen trifft, auch wenn diese nicht unbedingt kritiklos hingenommen werden. Die Bildungsministerin wird im Artikel als realitätsfern dargestellt, da sie den Schulen scheinbar ohne notwendige Berechnungen zu machen oder mit schulinternen Vertretern über ihre Erfahrungen gesprochen zu haben, ein zusätzliches, nicht ausreichendes Budget zur Verfügung stellt. Die Machtposition der Eltern hingegen wird laut Verfasser des Artikels durch die neue Regelung geschwächt, obwohl das Gegenteil notwendig wäre. Die Regierung würde die Unterstützung der Eltern jedoch scheinbar als nicht notwendig erachten. Kinder, beziehungsweise minderjährige Schüler sind, genau wie in den gesetzlichen Idealen, die „un-mächtigen“, schutzbedürftigen Akteure, für deren Rechte sich Erwachsene, also „die Mächtigen“ einsetzen müssen.

Bildung wird als Recht für Alle anerkannt, und das erstrebenswerte Ideal wird eindeutig definiert: es müsse ein öffentliches Bildungssystem für alle Kinder aus den verschiedenen Bevölkerungsschichten geben, durch welches kostenlose und qualitativ hochwertige Bildung für alle garantiert werden kann. Die kostenlose Schulbildung wird somit nicht per se kritisiert oder abgelehnt, vielmehr müsse das gesamte Bildungssystem reformiert werden, um allen die gleichen Chancen zu bieten. Die bloße Einführung der kostenlosen Schulbildung ohne die notwendige Systemreform wäre nicht mehr als ein populistischer Versuch der Regierung, die Gunst der Bevölkerung zu gewinnen.

5.2.3. Vergleich der Berichterstattung

Die Berichterstattung von *El Espectador* unterscheidet sich in einigen Aspekten von der in *El Tiempo*. Schon allein die Bandbreite an Informationen zur kolumbianischen Bildungssituation ist im Bildungsdiskurs von *El Tiempo* aus dem Jahr 2012 größer. Während die Zeitung jedoch in einem Großteil seiner Berichte Fakten wiedergibt, ohne diese in einen Kontext zu bringen oder zu hinterfragen, oder kommentarlos

Aussagen von Autoritäten oder Experten zitiert und sich meist auf eine rein informative Berichterstattung beschränkt, beinhaltet die Textauswahl aus *El Espectador* vermehrt argumentative Artikel, in denen sich die jeweiligen Journalisten auch nicht scheuen, direkt Kritik an der Regierung oder anderen Autoritäten zu üben.

Die beiden analysierten Artikel der Tageszeitungen sind hierfür ein gutes Beispiel. Während *El Tiempo* lediglich die Aussage der Ministerin wiedergibt, eine bisher noch nie da gewesene Summe für den Bildungsbereich aufzubringen, wird diese Tatsache vom Journalisten von *El Espectador* nicht erwähnt. Das Lob an die Ministerin wird auch mit dem Argument relativiert, dass die Summe nicht exakt berechnet worden wäre und nicht für eine vollständige Gewährleistung der kostenlosen Pflichtschulbildung im ganzen Land reichen würde. Auch im bereits erwähnten Titel „Gobierno dice que 8,6 millones de estudiantes tienen educación gratuita“ eines Artikels aus *El Espectador* vom 23.07. wird die Information durch die Verwendung der indirekten Rede relativiert. Dass 8,6 Millionen Schüler kostenlosen Unterricht erhalten sei eine Aussage der Regierung und keine unanzweifelbare Wahrheit.

Zwar sind die grundlegenden Ansichten der beiden Zeitungen zu gewissen Themen wie der nicht vorhandenen Chancengleichheit im kolumbianischen Bildungssystem oder der Notwendigkeit des Ausbaus der Ganztagschule ähnlich, jedoch nehmen sie bezüglich der kostenlosen Schulbildung sehr konträre Positionen ein. Im untersuchten Leitartikel von *El Tiempo* wird die neu eingeführte Regelung ohne Einschränkungen unterstützt und es werden Sanktionen für Schulen beziehungsweise Schulleiter oder andere Autoritäten gefordert, die sich nicht daran halten. Zwar wird angemerkt, dass diese Erfüllung des Rechts auf Bildung kein Geschenk des Staates, sondern eine längst überfällige Maßnahme sei, jedoch werden Regierung und Bildungsministerium auf eine sehr positive Weise dargestellt, während keinerlei Verständnis aufgebracht wird für Eltern, die ihren Kindern den Schulbesuch nicht ermöglichen (können) oder Schulleitern, die nach wie vor Schulgelder verlangen. Auch mögliche Gründe für das Verhalten von manchen Familien oder Direktoren werden nicht hinterfragt. Der Verfasser des Artikels in *El Espectador* hingegen übt Kritik an der neuen Maßnahme. Zwar sei die kostenlose Schulbildung per se nicht schlecht, jedoch bedürfe es viel weitreichenderer Änderungen und Reformen im gesamten Bildungssystem. Die aktuelle Lösung würde die soziale Ungleichheit, anstatt sie zu verringern, noch weiter vergrößern und außerdem die Machtposition der Eltern schwächen.

Zusätzlich unterstrichen wird die positive Darstellung der Regierung im analysierten

Artikel von *El Tiempo*, und auch in anderen Artikeln, durch die namentliche Erwähnung der kolumbianischen Bildungsministerin, was eine Identifizierung von Seiten der Leser begünstigt. In *El Espectador* wird hingegen hauptsächlich vom Bildungsministerium als Institution gesprochen. Die Ministerin wird zudem - indirekt, als auch direkt - als realitätsfern bezeichnet. Auf indirekte Weise wird dieses Bild von Villamizar gezeichnet, wenn er kritisiert, dass die Berechnung des Bildungsbudgets ohne Absprache mit direkt Betroffenen stattgefunden hätte. In einem bereits erwähnten Artikel vom 09.05. wird die Ministerin mit einem ironischen Unterton sogar wörtlich als realitätsfern bezeichnet („siempre tan bien intencionada y tan heroicamente ajena a la realidad“).

Wie bereits aus der Geschichte von *El Espectador* ersichtlich wird, ist diese kritische Haltung ein wesentliches Charakteristikum der Zeitung, welche aufgrund dessen auch schon Rückschläge erleiden musste. Trotz allem darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Medienlandschaft Kolumbiens sehr stark von der Macht Einzelner, Wohlhabender dominiert wird und auch *El Espectador* Teil einer großen Unternehmensgruppe eines mächtigen Mannes ist, dessen Einfluss auf die Nachrichten zwar nicht exakt bekannt ist, jedoch auch sicher nicht außer Acht gelassen werden darf.

5.3. Interpretation der Ergebnisse

Mithilfe der diskursanalytischen Untersuchung der gewählten Texte konnte ein Überblick über die formulierten Ideal- und Ist-Zustände im kolumbianischen Bildungsdiskurs gegeben werden. Diese sollen nun zusammengefasst und einander gegenübergestellt werden.

Betrachtet man die kolumbianische Verfassung von 1991 und die Kinderrechtskonvention der UNO als gemeinsames gesetzliches Ideal, so können darin als wichtigste Akteure für die Erfüllung des Rechts auf Bildung von Kindern in Kolumbien Staat, Gesellschaft, Eltern und Lehrer genannt werden.

Der Staat, der Akteur an der Spitze der Machthierarchie, muss einerseits die wesentlichen Voraussetzungen schaffen, um das notwendige Bildungsangebot und den Zugang zu Bildung zu sichern, andererseits ist er auch für die Überwachung der Bildung, d.h. für deren Qualität und die Erfüllung der Bildungsziele verantwortlich.

Eltern sind laut gesetzlichem Ideal der zweite wesentliche Akteur in der Garantie des Rechts auf Bildung für ihre Kinder. Sie sind dazu verpflichtet, für den regelmäßigen Schulbesuch ihrer Kinder zu sorgen, da dieser, zumindest im Alter zwischen fünf und

fünfzehn Jahren, laut Artikel 67 der Verfassung obligatorisch ist. Die Wahl des Schultyps steht ihnen jedoch offen. Eltern, oder Familien im Allgemeinen, bilden außerdem das Kernstück der Gesellschaft und dienen den Kindern als liebevolle geschützte Umgebung, in der eine vollständige Entwicklung auf allen Ebenen möglich ist. Kinder sind eindeutig der „un-mächtige“ Bestandteil der Gesellschaft, der im Laufe seiner Entwicklung und Schulbildung erst in die Unabhängigkeit geführt werden und auf ein selbstbestimmtes Leben in dieser Gesellschaft vorbereitet werden muss.

Ein weiterer wichtiger Akteur im Bildungskontext sind Lehrer. Laut Artikel 68 der Verfassung muss das Lehrpersonal ethisch und pädagogisch für die Ausübung seiner Tätigkeit geeignet sein und per Gesetz wird das professionalisierte Handeln der Lehrer garantiert.

Das Ideal wäre nun, es Kindern zu ermöglichen in einer liebevollen, sicheren Umgebung im Kreise ihrer Familie aufzuwachsen und von dieser Halt zu bekommen. Alle Eltern würden ihren Kindern den Schulbesuch ermöglichen, was aufgrund der kostenlosen und für alle auf gleiche Weise zugänglichen Bildung keinerlei Schwierigkeiten bereiten würde. Durch ausreichend finanzielle Unterstützung von Seiten des Staates könnten dennoch auftretende finanzielle Engpässe der Familien gelöst werden. Kinder würden von hoch qualifiziertem und professionalisiertem Lehrpersonal mit ausgezeichneter ethischer und pädagogischer Eignung in bestens ausgestatteten Schulgebäuden, nach modernen Erziehungsmethoden und unter Einbeziehung der Kenntnisse neuer Technologien bei der Erreichung der Bildungsziele unterstützt werden. Durch den stufenweisen Ausbau der kostenlosen Sekundarschulbildung und der Ermöglichung des Hochschulzugangs für alle, sowie der Förderung des regelmäßigen Schulbesuchs und der Verringerung der Anzahl der Schulabbrüche käme es zu einer vollständigen Chancengleichheit im Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung, die auch großen Wert auf, an der Würde des Menschen orientierte, Disziplin im Klassenzimmer und die Integration der Mitglieder verschiedener ethnischer Gruppen oder von Kindern mit Behinderungen oder besonderen Begabungen legen würde.

Bei der Analyse der einzelnen Zeitungsartikel konnte festgestellt werden, dass das soeben beschriebene gesetzliche Ideal nicht unbedingt der (dargestellten) Realität Kolumbiens entspricht und auch innerhalb der Medienberichterstattung verschiedene Perspektiven erkennbar werden. Die Darstellung des scheinbar mächtigsten Akteurs, der Regierung und der staatlichen Funktionäre, wie zum Beispiel der Bildungsministerin, ist in *El Tiempo* eine sehr positive, während in *El Espectador* auch direkte Kritik

an ihr geübt wird. Dennoch wird in beiden Zeitungen ein Zustand beschrieben, der, wie anhand von Berichten über die Zahl der Schulabbrüche etc. weit vom gesetzlichen Ideal entfernt ist. Der kostenlose Schulbesuch ist zwar seit dem Jahr 2012 gesetzlich geregelt, jedoch bedeutet dies noch keineswegs die tatsächliche, flächendeckende Umsetzung dieser neuen Regelung in der Praxis. Es herrscht weiterhin große Chancenungleichheit im Zugang zu Bildung, die Anzahl von Schulabbrüchen steigt, es gibt zu wenig Plätze in Schulen, hinzu kommen organisatorische oder bürokratische Hürden oder Veruntreuung von Geldern, fehlende Infrastruktur oder Verpflegung für die Schüler.

Während Familien laut gesetzlichem Ideal ihren Kindern eine sichere und liebevolle Umgebung bieten sollten, wird in den Tageszeitungen von Zwangsvertreibungen, Kindern, die aufgrund der finanziellen Sorgen der Familie arbeiten müssen, und der Rekrutierung von Minderjährigen durch bewaffnete Gruppen berichtet. *El Espectador* kritisiert außerdem eine Schwächung des Einflusses der Eltern auf Bildungsangelegenheiten ihrer Kinder durch die Einführung der kostenlosen Pflichtschulbildung. Diesbezüglich ist die Sichtweise von *El Tiempo* hingegen, dass Eltern durch die neue Regelung endlich auch das letzte Argument, das gegen einen Schulbesuch ihrer Kinder gesprochen hätte entrissen wurde.

Auch im Hinblick auf das Lehrpersonal wird eher von Missständen, wie einem schlechten Ansehen des Lehrberufs, der Bedrohung von Lehrern, Lehrermangel und schlechter Qualität der Lehre berichtet als von gut ausgebildetem, professionellen und geeignetem Personal. Bezüglich der Qualität der Lehre sollten eigentlich auch die Verwendung neuer, moderner Technologien garantiert werden und Schulgebäude und Klassenzimmer ausreichend ausgestattet sein, es sollte ein gutes Lernklima herrschen und alle verschiedenen sozialen Gruppen integriert werden. Die Zeitungen berichten jedoch von unfertigen Gebäuden, fehlenden neuen Technologien, die Projekte wie *One laptop per child* notwendig machen. Große Probleme in den Klassenzimmern stellen auch Mobbing oder Bullying und die Benachteiligung bestimmter sozialer Gruppen, wie vor allem der indigenen Bevölkerung dar.

6. Schlussfolgerungen und Ausblick

Das Ziel der vorliegenden Arbeit war die Beantwortung der Frage, inwiefern eine Diskrepanz besteht zwischen dem gesetzlichen Ideal des Rechts auf Bildung für alle Kinder in Kolumbien, wie es in der politischen Verfassung des Landes oder in der Kinderrechtskonvention formuliert ist, und der Erfüllung dieses Rechts in der von kolumbianischen Printmedien präsentierten „Wirklichkeit“.

Für die Beantwortung dieser Fragestellung wurden die Konvention über die Rechte des Kindes und die politische Verfassung Kolumbiens im Hinblick auf das darin formulierte Recht auf Bildung für Kinder anhand der Methode der Diskursanalyse nach Fellerer/Metzeltin untersucht. Diesen gesetzlichen Idealen wurden Zeitungsartikeln aus dem Jahr 2012 zum Thema Bildung aus den Online-Portalen der beiden wichtigsten Tageszeitungen Kolumbiens gegenübergestellt. Die von Fellerer/Metzeltin vorgeschlagene Art der Diskursanalyse wurde als Untersuchungsmethode gewählt, weil sie sich vor allem auf das Aufzeigen möglicher kritisierte oder suggerierter Machstrukturen innerhalb eines Textes konzentriert. Beiden untersuchten Textsorten - Gesetzestexten, sowie Zeitungsartikeln - sind solche Arten von Machthierarchien inhärent. Der Vergleich des gesetzlichen Ideals mit der Berichterstattung der führenden Tageszeitungen Kolumbiens bot deshalb einen interessanten Untersuchungsansatz, weil er es ermöglichen sollte, gewisse Perspektiven in der Berichterstattung herauszufiltern. Vor allem im Kontext der Medienlandschaft Lateinamerikas und Kolumbiens schien dies wahrscheinlich, da sich dort schon immer ein starker Zusammenhang zwischen Medien und Politik feststellen ließ und die Mediensysteme in der Regel im Besitz von wenigen, mächtigen Geschäftsmännern sind. In diesem Bereich wäre zum Beispiel die Untersuchung der tatsächlichen Beeinflussung der Berichterstattung durch die Besitzer der einzelnen Medien ein interessanter Anknüpfungspunkt für weitere Forschung.

Um die Einbettung der Untersuchung in einen wissenschaftlichen Diskurs zu gewährleisten, erfolgte im zweiten Kapitel der vorliegenden Arbeit zunächst eine theoretische Annäherung an den Machtbegriff nach Metzeltin/Thir.

Das dritte Kapitel diente der Einbettung der Fragestellung in den sozialen und politischen Kontext Kolumbiens, welche anhand je einer kurzen Abhandlung über die der Analyse zugrundeliegenden Schlüsselbegriffe „Demokratie“, „Bildung“ und „Medien“ erfolgte. Zunächst wurde der Versuch unternommen, diese Begriffe allgemein zu definieren und anschließend auch in einen lateinamerikanischen und kolumbianis-

chen Kontext zu setzen. Vor allem die Erkenntnisse der Literatur darüber, dass die Demokratie in Kolumbien bisher eher als „defekte“ Demokratie bezeichnet werden muss war für die folgende Analyse wesentlich, genauso wie das Wissen über die enorme Beeinflussung der Medien durch die Politik. Zudem lieferte die Tatsache, dass das Recht auf Bildung für Kinder in Kolumbien zwar gesetzlich gewährleistet ist, in der Realität jedoch noch mit vielen Hürden in der Umsetzung zu kämpfen hat, wichtige Hintergrundinformationen für die Beantwortung der Forschungsfrage.

In zahlreichen Veröffentlichungen zum Thema „(Recht auf) Bildung in Kolumbien“ kommt man zu dem Schluss, dass Lateinamerika in den vergangenen Jahren Fortschritte im Bildungsbereich gemacht hat und auch die staatlichen Ausgaben für den Bildungssektor erhöht wurden. Jedoch sei die Gewichtung der Bildungsausgaben innerhalb der jeweiligen staatlichen Budgets nach wie vor gering. Vor allem im Bereich der Qualität der Bildung und bezüglich der Chancengleichheit für alle Kinder gibt es noch wesentliche Kritikpunkte an den einzelnen Bildungssystemen Lateinamerikas. Die Verbesserungen sind außerdem nicht in allen Ländern erkennbar und die Unterschiede innerhalb des Kontinents sind groß.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die Ungleichheiten innerhalb der Länder sehr groß sind und diese vor allem von der sozialen Klasse und dem Wohnort abhängig sind. Es werden zwar Verbesserungen für die am meisten Benachteiligten der Region festgestellt, jedoch kann noch keineswegs von einer sozialen Gleichstellung die Rede sein. Die neuen Kriterien mit denen der Fortschritt im Bildungssektor gemessen werden muss, würden sich zudem immer mehr auf die Qualität der Bildung beziehen, nicht mehr nur auf das flächendeckende Angebot. Gerade in diesem Punkt würde die Region jedoch nach wie vor große Defizite aufweisen. Die Kritik, die an der Bildungssituation Lateinamerikas geübt wird kann auch für Kolumbien übernommen werden. Auch dort sind die Bildungsausgaben gestiegen, jedoch nach wie vor unzureichend und es besteht ein starkes Gefälle zwischen Zentrum und Peripherie. Außerdem prägen eine große Anzahl von Schulabbrüchen, eine schlechte Qualität der Bildung, ein geringes Ansehen, schlechter Lohn und schlechte Arbeitsbedingungen von Lehrern, ein teilweise sehr schlechtes Schulklima, fehlender Einsatz moderner Technologien, schlechte Infrastruktur und Ausstattung in den Schulen etc. die kolumbianische Bildungslandschaft.

Die Berichterstattung in den beiden nationalen Medien Kolumbiens entspricht somit in Bezug auf die behandelten Themen den offiziellen Berichten verschiedener internationaler Organisationen und auch den Erkenntnissen der Wissenschaft. Überall

wird deutlich, dass das Recht auf Bildung für alle Kinder in Kolumbien nicht vollständig erfüllt ist, jedoch werden auch Unterschiede in der Darstellung der aktuellen Situation erkennbar. Zwar ist man sich weitgehend einig über die hierarchischen Strukturen innerhalb der Gesellschaft - sowohl im gesetzlichen Ideal, als auch in der nationalen Berichterstattung - jedoch wird zum Beispiel in *El Tiempo* keine Kritik an der Regierung oder am Bildungsministerium geübt. Wenn jemand daran Schuld ist, dass das Recht auf kostenlose Schulbildung noch nicht erfüllt ist, dann sind es allein die Schulleiter, die zum Teil nach wie vor Geld von Familien verlangen würden. Dieses Verhalten wird von der Zeitung nicht hinterfragt und es werden keine möglichen Gründe dafür gesucht. Im Gegenteil wird betont, dass die Bildungsausgaben in Kolumbien noch nie so hoch waren. In der Tageszeitung *El Espectador* hingegen werden nicht nur unreflektierte Fakten wiedergegeben und es wird sehr wohl Kritik an der Regierungsmaßnahme geübt. Diese wird als nach wie vor unzureichend bewertet und als bloßer Versuch von Regierungsseite, die Massen zu befriedigen.

Ein Problem der relativ einseitigen Berichterstattung in Kolumbien liegt darin, dass die Pressefreiheit in Kolumbien noch nicht zur Gänze gewährleistet ist und, dass nach wie vor gefährliche Arbeitsbedingungen für Journalisten herrschen und es zu Bedrohungen und mitunter auch Morden kommt. Zwar lässt sich vermuten, dass sich Journalisten, die über Bildungsthemen berichten nicht in so große Gefahr begeben, wie beispielsweise durch Berichte über den bewaffneten Konflikt, allerdings kann dennoch in Frage gestellt werden, ob objektiver, ausgewogener und kritischer Journalismus in diesem Kontext der Gewalt möglich ist. Ein weiteres Problem liegt in der fehlenden pluralistischen Medienlandschaft Lateinamerikas und auch Kolumbiens. Printmedien, oder generell kolumbianische Massenmedien zeichnen sich durch ihre oligopolistische Struktur aus und befinden sich zum Großteil in der Hand weniger, einflussreicher Geschäftsmänner.

Selbst wenn nun das Recht auf Bildung in Kolumbien und Kinderrechte im Allgemeinen gesetzlich festgeschrieben sind und es eine klare Formulierung in Bezug auf verantwortliche und mächtige Akteure gibt, bedeutet dies noch keine Garantie für deren Umsetzung in der Praxis, wie aus der Analyse deutlich wird. In diesem Fall wäre ein interessanter Ansatzpunkt für weitere Forschung eine Rezipientenanalyse der Kinderrechtskonvention, um feststellen zu können, in welchen Gesellschaftsschichten überhaupt Kenntnisse über die Rechte von Kindern bestehen. Vor allem Massenmedien können in der Verbreitung von Informationen in diesem Bereich eine

wesentliche Rolle spielen und Kinderrechte oder das Recht auf Bildung als solche anerkennen und auch einfordern. In Lateinamerika, und im speziellen Fall in Kolumbien, trifft man allerdings auf das Problem der fehlenden Reichweite der Printmedien. Die bestehende kleine Leserschaft stammt hingegen wahrscheinlich ohnehin aus relativ bildungsnahen Schichten und verfügt noch eher über Kenntnisse im Bereich der Menschenrechte.

Die verstärkte Fokussierung auf die Notwendigkeit von qualitativ hochwertiger Bildung für Alle und die explizite Anerkennung von Bildung als Recht auch von Seiten der Massenmedien, scheint dennoch für die zukünftige Sicherung von Demokratie, Entwicklung und Frieden unbedingt notwendig.

Literaturverzeichnis

Primärquellen

- Erklärung der Rechte des Kindes (spanisch), 1959, Online im WWW unter URL: <http://www.juridicas.unam.mx/publica/librev/rev/derhum/cont/4/pr/pr20.pdf> [28.02.2014].
- Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (spanisch), 1976, Online im WWW unter URL: <http://www2.ohchr.org/spanish/law/cescr.htm> [28.02.2014].
- Konvention über die Rechte des Kindes - KRK (spanisch), 1989, Online im WWW unter URL: <http://www2.ohchr.org/spanish/law/crc.htm> [28.02.2014].
- Politische Verfassung Kolumbiens, 1886, Online im WWW unter URL: <http://www.alcaldiabogota.gov.co/sisjur/normas/Norma1.jsp?i=7153#0> [18.01.2014].
- Politische Verfassung Kolumbiens, 1991, Online im WWW unter URL: <http://wsp.presidencia.gov.co/Normativa/Documents/Constitucion-Politica-Colombia.pdf> [02.03.2014].

Sekundärquellen

Nachschlagewerke

- DUDEN Online, Online im WWW unter URL: www.duden.de.
- Real Academia Española, Diccionario de la lengua española (DRAE), Online im WWW unter URL: <http://rae.es/recursos/diccionarios/drae>.
- Real Academia Española, Diccionario de Autoridades, Bd. 1, Madrid, 1979.
- Real Academia Española, Diccionario de Autoridades, Bd. 2, Madrid, 1979.
- Seco, Manuel/Andrés, Olimpia/Ramos, Gabino: Diccionario del español actual, Bd.1, Madrid, 1999.

Selbstständige Publikationen

- Adick, Christel (Hrsg.): Historisch-vergleichende Sozialisations- und Bildungsforschung. Bildungsentwicklungen und Schulsysteme in Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik, Bd. 11, Münster/New York/München/Berlin, 2013.
- Graaff, David (Hrsg.): Kolumbien: Vom Failing State zum Rising Star? Ein Land zwischen Wirtschaftswunder und humanitärer Krise, Berlin, 2013.
- Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse: eine Einführung, Münster, 2012⁶.
- Lugo-Ocando, Jairo (Hrsg.): The media in Latin America, Maidenhead/New York, 2008.
- Skidmore, Thomas E./ Smith, Peter H.: Modern Latin America, New York/Oxford, 2005.
- Thomaß, Barbara (Hrsg.), Mediensysteme im internationalen Vergleich, Konstanz/ München, 2013.
- Tobler, Hans-Werner u.a. (Hrsg.): Lateinamerika. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Wien, 2004.
- Zimmermann, Klaus u.a. (Hrsg.): Kolumbien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur, Frankfurt am Main, 1997.

Nicht selbstständige Publikationen

- Bonilla, Jorge Iván/ Narváez Montoya, V. und Ancízar: The media in Colombia: beyond violence and a market-driven economy, in: Lugo-Ocando, Jairo (Hrsg.): The media in Latin America, Maidenhead/New York, 2008, S.78-99.
- Castro, Nelly: Die Medien in Kolumbien, in: Graaff David u.a. (Hrsg.): Kolumbien: Vom Failing State zum Rising Star?, Berlin, 2013, S. 141-166.
- Fellerer, Jan/ Metzeltin, Michael: Diskursanalyse, in: Metzeltin, Michael (Hrsg.): Diskurs. Text. Sprache. Eine methodenorientierte Einführung in die Sprachwissenschaft für Romanistinnen und Romanisten, Wien, 2008, S. 227-272.
- König, Hans-Joachim: Staat und staatliche Entwicklung in Kolumbien, in: Zimmermann, Klaus (Hrsg.): Kolumbien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur, Frankfurt am Main, 1997, S. 111-136.
- Massmann, Annette/ Schneider, Laura, Lateinamerika, in: Thomaß, Barbara (Hrsg.): Mediensysteme im internationalen Vergleich, Konstanz/München, 2013, S.271-293.
- Metzeltin, Michael/ Thir, Margit: Der Mensch als soziales Wesen, in: Metzeltin, Michael (Hrsg.): Diskurs. Text. Sprache. eine methodenorientierte Einführung in die Sprachwissenschaft für Romanistinnen und Romanisten, Wien, 2008, S. 69-98.
- Puhle, Hans-Jürgen: Zwischen Diktatur und Demokratie. Stufen der politischen Entwicklung in Lateinamerika im 20.Jahrhundert, in: Tobler, Hans-Werner u.a. (Hrsg.): Lateinamerika. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Wien, 2004, S. 27-44.
- Richter, Claudia: Bildung in Lateinamerika, in: Adick, Christel (Hrsg.): Historisch-vergleichende Sozialisations- und Bildungsforschung. Bildungsentwicklungen und Schulsysteme in Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik, Bd. 11, Münster/New York/München/Berlin, 2013, S. 65-83.

Publikationen aus dem Internet

- Bertelsmann Stiftung, Transformation Index 2010. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, 2010, Online im WWW unter URL: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/bst/BTI_2010_Broschuere_D_web.pdf [28.3.2014].
- Boris, Dieter: Aspekte neuer Medienpolitik in Lateinamerika. Die Mitte-Links-Regierungen im Kampf um Hegemonie, in: Bruchmann, Hanno (Hrsg.): Medien und Demokratie in Lateinamerika, Berlin, 2012, S. 27-44, Online im WWW unter URL: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_95.pdf, [07.03.2014].
- Bruchmann, Hanno (Hrsg.): Medien und Demokratie in Lateinamerika, Berlin, 2012, Online im WWW unter URL: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_95.pdf [07.03.2014].
- Comisión Internacional sobre la educación para el siglo XXI, La educación encierra un tesoro, 1996, Online im WWW unter URL: <http://inabima.gob.do/descargas/bibliotecaFAIL/Pedagogia/Delors,%20Jacques%20-%20La%20educacion%20encierra%20un%20tesoro.pdf> [05.02.2014].
- Defensoría del Pueblo, Segundo Informe del Derecho Humano a la Educación, Bogota, 2011, Online im WWW unter URL: http://www.defensoria.org.co/red/anexos/publicaciones/segundo_inf_der_edu.pdf [08.03.2014].

- Galvis Armando, Luis/ Bonilla Mejía, Leonardo: Desigualdades regionales en el nivel educativo de los profesores en Colombia, in: Revista de Economía Institucional, 26, 14/2012, S.223- 240, Online im WWW unter URL: <http://www.economiainstitucional.com/pdf/No26/lgalvis.pdf>
- Hetzer, Andreas, Das Verhältnis von Medien, Politik und Ökonomie in Lateinamerika vor dem Hintergrund aktueller Medienreformen, in: Bruchmann, Hanno et al. (Hrsg.): Medien und Demokratie in Lateinamerika. Berlin, 2012, S. 45-62, Online im WWW unter URL: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_95.pdf, [07.03.2014].
- Lerma Carreño, Carlos Alberto, El Derecho a la Educación en Colombia, Buenos Aires, 2007, online im WWW unter URL: http://www.redacademica.edu.co/archivos/redacademica/proyectos/ddhh/autoformacion_ddhh/unidad11/anexo_11-3_el_derecho_a_la_educacion_en_colombia.pdf [08.03.2014].
- OREALC/ UNESCO, Hacia una educación para todos 2015. Situación Educativa de América Latina y el Caribe, Santiago de Chile 2012, Online im WWW unter URL: http://www.orealc.cl/educacionpost2015/wp-content/blogs.dir/19/files_mf/efainformefinaldef57.pdf [07.03.2014].
- Plataforma Colombiana de Derechos Humanos, Democracia y Desarrollo, Informe sobre el disfrute del derecho a la educación en Colombia, Colombia, 2003, Online im WWW unter URL: http://www.coljuristas.org/documentos/libros_e_informes/el_disfrute_del_derecho_a_la_educacion.pdf [08.03.2014].
- PNUD/OEA, Nuestra Democracia, 2010, Online im WWW unter URL: http://www.undp.org/content/dam/peru/docs/Gobernabilidad%20democr%C3%A1tica/PNUD-OEA_Nuestra_democracia.pdf [10.02.2014].
- Procuraduría General de la Nación, El derecho a la educación: la educación en la perspectiva de los derechos humanos, Bogotá, 2006, Online im WWW unter URL: http://www.procuraduria.gov.co/imgs/eventos/05052006_libroeducacion.pdf [08.03.2014].
- Restrepo, Javier D.: El Espectador de Colombia: Agonía de un periódico, in: Revista Latinoamericana de Comunicación CHASQUI, Quito, 76, 2011, Online im WWW unter URL: <http://www.redalyc.org/pdf/160/16007604.pdf> [30.3.2014].
- Schilling-Vacaflor, Almut/Barrera, Anna: Lateinamerikas neue Verfassungen: Triebfedern für direkte Demokratie und soziale Rechte?, in: GIGA Focus, 2/2011, S. 1-7, Online im WWW unter URL: http://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_lateinamerika_1102.pdf [05.03.2014].
- Seitz, Klaus, Der schiefe Turm von PISA - nur die Spitze eines Eisbergs? Der PISA-Schock und der weltweite Umbau der Bildungssysteme, in: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 26, 1/2003, S. 2-8, Online im WWW unter URL: http://www.pedocs.de/volltexte/2013/6154/pdf/ZEP_1_2003_Seitz_Der_schiefe_Turm.pdf [25.03.2014].
- UNICEF, Completar la escuela. Un derecho para crecer, un deber para compartir, 2010, Online im WWW unter URL: http://www.unicef.org/lac/Datos_Claves_Completar_la_Escuela.pdf [09.03.2014].
- UNICEF, The State of the World's Children, Celebrating 20 years of the Convention on the Rights of the Child, Special Edition, 2009, Online im WWW unter URL: http://www.unicef.org/sowc2013/files/SOWC_Spec_Ed_CRC_Main_Report_EN_090409.pdf [29.03.2014].
- UNO/Comité de los Derechos del Niño, Examen de los informes presentados por los Estados partes con arreglo al artículo 44 de la Convención. Informes periódicos cuarto y quinto

que los Estados partes debían presentar en 2011, Colombia, Online im WWW unter URL: http://tbinternet.ohchr.org/_layouts/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=CRC%2fC%2fCOL%2f4-5&Lang=en [08.03.2014].

Zeitungsartikel

- Alzate, José Miguel, „EL TIEMPO: cien años de periodismo“, in: eltiempo.com vom 01.02.2011, Online im WWW unter URL: http://www.eltiempo.com/opinion/columnistas/otroscolumnistas/ARTICULO-WEB-NEW_NOTA_INTERIOR-8812720.html [08.01.2014].
- Crowe, Darcy, „Mancuso dice que directivos de Postobón y Bavaria tenían conocimiento de los pagos de estas empresas a los paramilitares“, in: *Semana* vom 27.05.2007, Online im WWW unter URL: <http://www.semana.com/on-line/articulo/mancuso-dice-directivos-postobon-bavaria-tenian-conocimiento-pagos-estas-empresas-paramilitares/85944-3> [20.02.2014].
- o.V., „En buenas manos“, in: elespectador.com vom 30.05.2010, Online im WWW unter URL: <http://www.elespectador.com/articulo-205824-buenas-manos> [25.02.2014].
- o.V., „La apuesta de Santo Domingo“, in: *Semana* vom 26.04.2008, Online im WWW unter URL: <http://www.semana.com/portada/articulo/la-apuesta-santo-domingo/92359-3> [28.02.2014].
- o.V., „Las finanzas, un asunto ‘espinoso’ de las campañas“, in: votebien.com vom 28.05.2010, Online im WWW unter URL: http://www.terra.com.co/elecciones_2010/votebien/html/vbn995-las-finanzas-un-asunto-espinoso-de-las-campanas.htm [10.01.2014].
- o.V.: „Los niños podrán denunciar a la ONU las violaciones de sus derechos“, in: *El Espectador* vom 14.01.2014, Online im WWW unter URL: <http://www.elespectador.com/noticias/elmundo/los-ninos-podran-denunciar-onu-violaciones-de-sus-derec-articulo-468433> [16.01.2014].
- o.V., „No gracias“, in: *Semana* vom 20.12.1993, Online im WWW unter URL: <http://www.semana.com/nacion/articulo/no-gracias/21413-3> [20.02.2014].

Internetseiten

- Bertelsmann-Stiftung, Transformationsindex, URL: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/307.htm> [16.02.2014].
- Casa Editorial El Tiempo, URL: http://www.elempleo.com/sitios-empresariales/colombia/ceet/htm/conocenos_clh.asp [08.01.2014].
- Color de Colombia, URL: <http://www.colordecolombia.org/quienes-somos/> [24.01.2014].
- El Tiempo, Casa Editorial, URL: <http://www.eltiempo.com/noticias/el-tiempo-casa-editorial> [08.01.2014].
- Forbes Magazine, Julio Mario Santo Domingo, URL: <http://www.forbes.com/profile/julio-mario-santo-domingo/> [15.01.2014].
- Forbes Magazine, Luis Carlos Sarmiento, URL: <http://www.forbes.com/profile/luis-carlos-sarmiento/> [08.01.2014].

- ICFES, URL: <http://www.icfes.gov.co/quienes-somos-y-sala-de-prensa> [03.03.2014].
- Informationszentrum der Vereinten Nationen Bonn,
URL: <https://www.unric.org/html/german/menschenrechte/pressemappe/verwirkl.htm> [20.12.2013].
- Kinderrechtskonvention als Mindest-Schutzstandard,
URL: <http://www.kinderrechtskonvention.info/die-un-kinderrechtskonvention-als-mindest-schutzstandard-3820/> [20.12.2013].
- Ministerio de Educación Nacional, PEI,
URL: <http://www.mineducacion.gov.co/1621/article-79361.html> [24.01.2014].
- UNESCO, Bildung, URL: <http://www.unesco.at/bildung/> [14.02.1014].
- UNICEF Österreich, Kinderrechte,
URL: <http://www.unicef.at/kinderrechte/die-un-kinderrechtskonvention/> [10.04.2014].
- UNICEF Deutschland, UNICEF und die Kinderrechte, URL: <http://www.kinderrechtskonvention.info/die-un-kinderrechtskonvention-als-mindest-schutzstandard-3820/> [18.02.2014].
- United Nations Information Service Vienna,
URL: http://www.unis.unvienna.org/unis/de/topics/human_rights.html [18.02.2014].
- UN-Millenniumkampagne,
URL: <http://www.un-kampagne.de/index.php?id=90> [14.02.2014].
- UNO, „La democracia y los derechos humanos“,
URL: http://www.un.org/es/globalissues/democracy/human_rights.shtml [11.02.2014].
- UNO, URL: <http://www.un.org/es/aboutun/> [10.04.2014].
- UNO, Committee on the rights of the child,
URL: <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/CRC/Pages/CRCIntro.aspx>, [18.02.2014].
- UNRIC, Aufbau der UNO, Generalversammlung,
URL: <http://www.unric.org/de/aufbau-der-uno/81> [20.12.1013].
- UNRIC, UNO-Mitgliedschaft, URL: <http://www.unric.org/de/aufbau-der-uno/89> [20.12.2013].

Anhang

Anhang 1: Zeitungsartikel

I: Materialkorpus

El Tiempo 2012

- 12.01.12 „Un cupo. el drama de un niño en Bosa“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5080014>
- 13.01.12 „Integración garantizará cupo de niño en Bosa“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5084547>
- 15.01.12 „No se puede cobrar matrícula, advirtió la ministra de Educación“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-10946259>
- 18.01.12 „Invertirán 12 millones de dólares para educación en Derechos Humanos“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-10960601>
- 19.01.12 „Hay 80.000 cupos en los colegios“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5106867>
- 21.01.12 „Desde este año, la educación es gratis en todos los colegios oficiales“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-10977292>
- 23.01.12 „Colegios le hacen trampa a la educación gratuita, denuncia Gobierno“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-10988686>
- 24.01.12 „Colegios le hacen trampa a gratuidad“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5127168>
- 25.01.12 „A respetar la educación gratuita“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5133730>
- 27.01.12 „En 23 colegios se hará piloto de jornada única“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5145238>
- 31.01.12a „Quedan 60 mil cupos en Cartagena“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5155674>
- 31.01.12b „Combos impiden que estudiantes lleguen a clases“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5155625>
- 07.02.12 „Empezaron clases en colegios por cobertura“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5175236>
- 08.02.12a „Revolución educativa con tecnología sigue en alza“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5179774>
- 08.02.12b „Colegios enseñarán economía y finanzas“ <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5179774>
- 08.02.12c „La revolución tecnológica sigue siendo primordial en la educación“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-11089081>
- 14.02.12 „Más de 15 mil estudiantes no llegan a clases en Medellín“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-11132342> 14.2.12
- 15.02.12 „Llegarán computadores a niños de Itagüí“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5198604>
- 20.02.12 „Van más de 130 mil escolares fantasma en matrícula educativa de 2011“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-11174283>

- 22.02.12a „Por una educación más humana“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-11195641>
- 22.02.12b „El gran asalto a la educación“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5216845>
- 29.02.12 „Estrenaron colegio, pero reciben clases en el suelo“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5240926>
- 01.03.12 „Colegios cobran hasta doble matrícula en Socapa“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5245721>
- 03.03.12 „Millonario desangre en educación cordobesa“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5281069>
- 11.03.12 „Financian educación para discapacitados“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5269916>
- 13.03.12a „Maestros bajo fuego“,
http://www.eltiempo.com/opinion/editoriales/ARTICULO-WEB-NEW_NOTA_INTERIOR-11342663.html
- 13.03.12b „Lanzan plan para beneficiar 2 millones de alumnos de escuelas pobres“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-11341762>
- 15.03.12 „Uno de cada cinco alumnos ha sido víctima de acoso escolar en el país“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-11358601>
- 18.03.12 „Un proyecto que cambia vidas“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5291070>
- 24.03.12 „Valores para vivir en sociedad y tomar decisiones se aprenden en aulas“,
http://www.eltiempo.com/vida-de-hoy/educacion/ARTICULO-WEB-NEW_NOTA_INTERIOR-11423502.html
- 25.03.12 „Ciudadanía, la clase de moda en el colegio“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5307761>
- 29.03.12a „El colegio de Cali que se le enfrentó al matoneo“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5318830>
- 29.03.12b „Tuchín: la realidad sacada del sombrero“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5318621>
- 29.03.12c „Ministerio de Educación lanzó programa „Todos a aprender“ en Córdoba“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-11454501>
- 30.03.12 „Estudiantes son acosados por los guerrilleros que intentan reclutarlos“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-11460963>
- 01.04.12 „La tranquila espera de 1.067 estudiantes“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5325135>
- 10.04.12 „Con libros para los estudiantes mejorarán la calidad de la educación“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5345719>
- 12.04.12 „Colegio cercados por la guerra de pandillas“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5345719>
- 18.04.12 „Con pactos mejoran calidad en colegios“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5359201>
- 19.04.12 „En Antioquia falta aclarar situación de 750 docentes“,
<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5362638>

- 25.04.12 „ONU denuncia que reclutamiento de niños va en aumento en Colombia“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-11647404>
- 26.04.12a „Ser maestro oficial, una profesión que está en crisis“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-11656721>
- 26.04.12 „Se necesitan estímulos para que sea más atractivo ser profesor“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-11656722>,
- 01.05.12 „Manaure, cobijado por Todos a aprender“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5388436>
- 04.05.12 „Crece deserción escolar en colegios oficiales: Defensoría del pueblo“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-11713632>
- 05.05.12 „Restaurantes de Bello iniciarán la próxima semana“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5399555>
- 26.05.12 „Colegios abandonados, la otra deuda con la educación“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-11089081>
- 31.05.12 „La violencia y el desplazamiento en Colombia afectan la educación“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-11915146>
- 11.06.12 „Más de un millón de niños son explotados en el país“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-11935087>
- 21.06.12 „Colombia, un país que paga bajos sueldos a sus profesores“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-11961769>
- 26.07.12 „El ejercicio físico, la clave para una formación integral“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12065916>
- 31.07.12 „Educación gratuita y ampliación de la clase media“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12083341>
- 13.08.12 „Promenores de una guerra contra los niños“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12120907>
- 18.08.12 „Así es la brecha tecnológica en la educación de América Latina“ <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12139821>
- 22.09.12 „El conflicto se desactiva desde las aulas de clase“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12244907>
- 27.09.12 „Se podrán retener notas cuando se compruebe cultura de no pago“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12258003>
- 03.10.12 „Investigan irregularidades con cupos escolares en Bosa“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12278666>
- 06.10.12 „Ellas quieren robarle los niños a la deserción“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12285697>
- 16.10.12 „Desigualdad en acceso a la escuela golpea a Colombia“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12307244>
- 30.10.12 „Más de 15 millones de colombianos, sin bachillerato completo“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12345957>
- 01.11.12 „Colombia es el tercer país más desigual para los niños“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12349268>
- 27.11.12 „Colombia tiene que normalizar educación en zonas de conflicto“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12402823>

- 28.11.12 „Se evitó deserción de 50 mil estudiantes en tres años“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12405891>
- 29.11.12 „A formar mejores seres humanos“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12408168>
- 15.12.12 „Colegios que no reporten casos de acoso escolar serán sancionados“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12452306>
- 17.12.12a „Trata de niños va en aumento en Colombia, ONU“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12458583>
- 17.12.12b „Colombia necesita tener profesores de calidad, experto“, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12456651>

El Espectador 2012

- 16.01.12 „El futuro de la educación en Bogotá“, <http://www.elespectador.com/opinion/editorial/el-futuro-de-educacion-bogota-articulo-321332>
- 30.01.12 „Derechos y pobreza“, <http://www.elespectador.com/opinion/derechos-y-pobreza-columna-323906>
- 12.02.12 „Dos historias“, <http://www.elespectador.com/opinion/dos-historias-columna-326040>
- 14.02.12 „Repensar la gratuidad educativa“, <http://www.elespectador.com/opinion/repensar-gratuidad-educativa-columna-326633>
- 19.02.12 „¿Derechos para todos?“, <http://www.elespectador.com/opinion/derechos-todos-columna-327568>
- Leserbrief: 14.03.12 „Violencia escolar“, <http://www.elespectador.com/opinion/violencia-escolar-columna-332460>
- 21.03.12 „Los deberes no son costosos“, <http://www.elespectador.com/opinion/los-deberes-no-son-costos-columna-333696>
- 09.05.12 „La reforma en los tiempos del ruido“, <http://www.elespectador.com/opinion/reforma-los-tiempos-del-ruido-columna-345087>
- 28.05.12 „La brecha digital“, <http://www.elespectador.com/opinion/brecha-digital-columna-348898>
- 12.06.12 „Trabajo infantil“, <http://www.elespectador.com/opinion/trabajo-infantil-columna-352575>
- 04.07.12 „Profesores difuntos estarían „cobrando“ sus sueldos en Cali“, <http://www.elespectador.com/noticias/nacional/profesores-difuntos-estarian-cobrando-sus-sueldos-cali-articulo-357085>
- 12.07.12 „Fuerte crítica al secretario de Educación por jornada única en colegios públicos“, <http://www.elespectador.com/noticias/bogota/fuerte-critica-al-secretario-de-educacion-jornada-unica-articulo-359234>
- 13.07.12 „Ministerio de Educación no cede en caso San Bartolomé“, <http://www.elespectador.com/noticias/bogota/ministerio-de-educacion-no-cede-caso-san-bartolome-articulo-359695>
- 16.07.12 „Distrito anuncia construcción de 75 comedores escolares“, <http://www.elespectador.com/noticias/bogota/distrito-anuncia-construccion-de-75-comedores-escolares-articulo-360172>

- 19.07.12a „Shakira, nuevamente reconocida por su labor filantrópica“, <http://www.elespectador.com/entretenimiento/arteygente/gente/shakira-nuevamente-reconocida-su-labor-filantrópica-articulo-361270>
- 19.07.12b „Exalcaldesa de Turbo inhabilitada por 12 años por caso de los „escolares fantasmas“, <http://www.elespectador.com/noticias/judicial/exalcaldesa-de-turbo-inhabilitada-12-anos-caso-de-los-e-articulo-361307>
- 22.07.12 „En medio de las balas“, <http://www.elespectador.com/noticias/nacional/medio-de-balas-articulo-361891>
- 23.07.12 „Gobierno dice que 8.6 millones de estudiantes tienen educación gratuita“, <http://www.elespectador.com/noticias/educacion/gobierno-dice-86-millones-de-estudiantes-tienen-educaci-articulo-362075>
- 25.07.12a „Secretaría de Educación adjudicó licitación de transporte por \$21 mil millones“, <http://www.elespectador.com/noticias/bogota/secretaria-de-educacion-adjudico-licitacion-de-transpor-articulo-362570>
- 25.07.12b „Advierten baja inversión para capacitar docentes de colegios distritales“, <http://www.elespectador.com/noticias/bogota/advierten-baja-inversion-capacitar-docentes-de-colegios-articulo-362594>
- 27.07.12 „Tatequieto a niños fantasma del sistema educativo“, <http://www.elespectador.com/noticias/politica/tatequieto-ninos-fantasma-del-sistema-educativo-articulo-363179>
- 30.07.12a „Profesores muertos siguen cobrando sueldos en Córdoba“, <http://www.elespectador.com/noticias/nacional/profesores-muertos-siguen-cobrando-sueldos-cordoba-articulo-363781>
- 30.07.12b „Colegios cerrados por derrumbe“, <http://www.elespectador.com/noticias/bogota/colegios-cerrados-derrumbe-articulo-363937>
- 31.07.12 „Una gran lección de mala educación“, <http://www.elespectador.com/opinion/una-gran-leccion-de-mala-educacion-columna-364177>
- 01.08.12 „1,2 millones de colombianos salieron de la pobreza desde 2010: Minhacienda“, <http://www.elespectador.com/noticias/economia/12-millones-de-colombianos-salieron-de-pobreza-2010-min-articulo-364506>
- 08.08.12 „Secretaría de Educación adelanta negociación de refrigerios escolares“, <http://www.elespectador.com/noticias/bogota/secretaria-de-educacion-adelanta-negociacion-de-refrige-articulo-365948>
- 10.08.12 „Distrito adquirió refrigerios escolares por \$51 mil millones para cuatro meses“, <http://www.elespectador.com/noticias/bogota/distrito-adquirio-refrigerios-escolares-51-mil-millones-articulo-366484>
- 10.08.12 „La escuela no es para desfilas“, <http://www.elespectador.com/noticias/actualidad/vivir/escuela-no-desfilar-sergio-fajardo-articulo-366662>
- 23.08.12 „En Bogotá, once de cada cien menores trabajan“, <http://www.elespectador.com/noticias/actualidad/vivir/bogota-once-de-cada-cien-menores-trabajan-articulo-369768>
- 01.09.12 „Avances en la calidad de la educación“, <http://www.elespectador.com/opinion/avances-calidad-de-educacion-columna-371756>
- 24.10.12 „Pelo prestado, plástico y deserción“, <http://www.elespectador.com/opinion/pelo-prestado-plastico-y-desercion-columna-383136>
- 07.11.12 „¿Cómo identificar el matoneo?“, <http://www.elespectador.com/opinion/identificar-el-matoneo-columna-385797>

- 28.11.12 „¿Dónde empieza el matoneo?“,
<http://www.elspectador.com/opinion/donde-empieza-el-matoneo-columna-389578>
- 12.12.12 „El tiempo perdido“,
<http://www.elspectador.com/opinion/el-tiempo-perdido-columna-392134>
- 22.12.12 „Sin educación“,
<http://www.elspectador.com/opinion/sin-educacion-columna-393826>

A respetar la educación gratuita

El año escolar 2012 será el primero en que la educación impartida por colegios públicos se ofrecerá de manera completamente gratuita en todos sus niveles. Así lo determinó el Gobierno Nacional el año pasado, en concordancia con fallos de la Corte Constitucional. Matrículas, pensiones, útiles y textos no tendrán ningún costo para unos 8,5 millones de niños y jóvenes inscritos en los planteles oficiales.

De hecho, el Ministerio de Educación anunció la destinación de más de medio billón de pesos para que se haga realidad dicho mandato en toda la geografía nacional. Sin embargo, la ministra María Fernanda Campo, reunida en estos días con los secretarios regionales del sector, denunció que en 12 entidades territoriales algunos rectores e instituciones siguen cobrando. Bonos, pagos deportivos e inscripciones son algunas de las trampas con las que aquellos funcionarios públicos están estafando a las familias. Las ciudades de Barranquilla, Ibagué, Tunja, Yopal, Cali, Santa Marta, Villavicencio y Soacha, así como los departamentos de Atlántico, Bolívar, Tolima y Nariño encabezan el listado de quejas sobre peticiones ilegales de dinero a los padres. Es tarea prioritaria de esta cartera identificar las denuncias, prestarles atención y hacerles el debido seguimiento.

Las autoridades educativas de las localidades mencionadas tienen asimismo la responsabilidad conjunta de garantizar la gratuidad en sus respectivas jurisdicciones. Que los estudiantes, desde transición hasta último grado, reciban una educación sin costos amarrados no es un regalo del Estado sino el ejercicio de un derecho por mucho tiempo postergado.

Levantar las últimas barreras financieras al acceso educativo deja sin excusas a los jefes de hogar para no enviar a los pequeños a la escuela. De una aplicación estricta de la norma hoy depende que el país empiece pronto a recoger los beneficios sociales y económicos de millones de niños y adolescentes con una mínima formación básica. Por tal razón, al Gobierno Nacional y a las administraciones territoriales no debe temblarles la mano para sancionar a los rectores y centros docentes que encarezcan ilegalmente la entrada a las aulas y el disfrute de un derecho que, a partir de este año, es ciento por ciento gratuito.

Repensar la gratuidad educativa

¿Cómo se relaciona la reciente gratuidad educativa total con los cambios que necesita el sistema de educación?

Cuatro efectos negativos de la medida: separa aún más socialmente la educación pública de la privada, desfinancia la educación pública, desestimula la corresponsabilidad de los padres de familia y lesiona la autonomía escolar con una centralización presupuestal.

Primero. Si la educación pública es totalmente gratuita se dirigirá a los pobres, pues al extenderse a las clases medias y altas habría gasto regresivo. Se está renunciando al ideal de una educación pública de calidad a donde asistan niños de distintas condiciones socioeconómicas. No es posible generalizar los colegios públicos de buena calidad, con jornada única (y grado 12), sin el concurso financiero de las familias, que fue “prohibido” por el Ministerio de Educación. Así, se está profundizando la fragmentación social de la educación.

Segundo. Sin saber a cuánto asciende el aporte de dinero de las familias, el Ministerio lo está sustituyendo por \$288.000 millones adicionales este año. Hablando con rectores de varias regiones, la diferencia puede estimarse —bajito— en \$500.000 millones. Una desfinanciación que explica las numerosas denuncias de “trampas” a la gratuidad total. El ministerio cree que con \$32.000 más por alumno al año puede tachar todo aporte (hasta “en especie”) de los padres. Que le pregunten al secretario de Educación de Pereira, por ejemplo. Contrario a lo que se necesita, la medida debilita financieramente a las instituciones educativas.

Tercero. En vez de empoderar a los padres (y madres) en el mejoramiento de la institución educativa, los vuelve simples beneficiarios (“exijan, denuncien”). Un poco más de imaginación habría puesto a las juntas de padres de familia a decidir sobre los \$288.000 millones, incluyendo avances en gratuidad para las familias sin recursos. El efecto sería una conversación intensa e interesada de la comunidad de padres de familia con las directivas y profesores sobre lo que conviene al colegio y a los hijos, justo lo que hace falta. No esa cultura que privilegia la gratuidad del derecho (así sea deficientemente provisto) sobre la corresponsabilidad (que puede mejorar su realización). Por fortuna, se observa un movimiento de padres de familia dispuestos a aportar voluntariamente a sus colegios.

Cuarto. El Proyecto Educativo Institucional, PEI, ya no podrá contar con recursos propios (salvo los muy modestos de la cafetería y la fotocopidora). Para muchos gastos, las instituciones quedan supeditadas a los giros de la nación y, si acaso, a algunos aportes de las entidades territoriales. Para el resto, no saben qué hacer. Un verdadero problema. Como los recursos impuestos desde el ministerio no alcanzarán, la autonomía del PEI ya no será lo que se necesita. Adiós a las innovaciones. Para aumentar el acceso y evitar la deserción de los más pobres, no había que decretar la gratuidad total. Si el Gobierno escuda este populismo en los intérpretes oficiales de la Constitución, pues hay que discutir con ellos, a menos que tengamos pereza o derrota.

Anhang 2: Resumen en español

La presente tesis trata del derecho a la educación de niños colombianos y de su representación en ideales legales y en dos periódicos importantes del país. El tema de los derechos humanos es especialmente interesante en el contexto colombiano, porque todavía hay muchos casos en los que estos derechos fundamentales son violados, aunque Colombia los ha reconocido con la ratificación de varios tratados internacionales y los ha también consagrado en su Constitución Política del año 1991. Un caso especial dentro del tema de los derechos humanos son los derechos de los niños, los cuales por mucho tiempo no fueron protegidos lo suficiente por la ley. Con la elaboración de la *Convención sobre los derechos del niño* y la ratificación de esta por parte de todos los países del mundo excepto Somalia y los Estados Unidos, también los derechos de los niños ganaron importancia nacional e internacional. Sin embargo, la protección legal de estos derechos y de los principios democráticos no significan al mismo tiempo su realización en la vida cotidiana del país. Aunque Colombia, por su Constitución Política, es una democracia, esto no implica que en la práctica existan todos los derechos que una democracia debería garantizar. Esto también ocurre con los derechos de los niños, los cuales en muchos casos no son respetados, aunque se encuentren garantizados en la Constitución del país.

Uno de dichos derechos al que todos los niños optan y al que todos deberían tener acceso es la educación. A parte de la Constitución Política del país, el derecho a la educación está retenido en varios tratados internacionales de derechos humanos, como la ya mencionada *Convención Internacional sobre los derechos del niño*. Por lo visto, en teoría todos los niños colombianos deberían tener acceso a una educación de calidad. No obstante, teniendo en cuenta los resultados académicos sobre la garantía de dicho derecho y sobre la situación educativa en Colombia, resulta obvio que una educación de buena calidad no es la realidad para muchos colombianos. A pesar de que el país, en el contexto latinoamericano no destaca como ejemplo absolutamente negativo, y que el compromiso por parte del Gobierno colombiano en el ámbito de la educación ha aumentado en los últimos años, los diversos reportes y estudios muestran obstáculos que Colombia todavía tiene que afrontar.

En cuanto a la creación de conciencia para ciertos problemas de la sociedad, los medios de comunicación tienen un rol importante. Es decir, si ellos reconocen la importancia de los derechos humanos o de los niños y, en especial el derecho a la educación como tal, y critican su incumplimiento a través de una información equilibra-

da y contextualizada, y afrontando la temática desde varios puntos de vista, se podría aguzar esta conciencia también en esferas sociales más amplias. Sin embargo, la información facilitada por parte de los medios colombianos, y en general latinoamericanos, suele ser caracterizada entre otras cosas por su fuerte conexión a ciertas tendencias políticas, o por su estructura oligopólica, con pocos empresarios ricos e influyentes estando a la cabeza. Existe entonces una discrepancia entre el ideal legal del derecho a la educación en Colombia y su realización en la vida real y su representación en los medios de comunicación. Estos déficits apenas descritos, y la discrepancia entre ideal y realidad son el punto de partida del presente trabajo. El objetivo es, por un lado, analizar cómo el ideal legal está formulado y cuál sería el estado deseado en el cual se deberían encontrar los niños colombianos. Por otro lado, se busca investigar como los periódicos más importantes del país, *El Tiempo* y *El Espectador*, presentan la realidad educativa.

La pregunta de investigación concreta a la cual se busca dar una respuesta en esta tesis es: ¿Hasta qué punto existe una discrepancia entre el ideal legal del derecho a la educación para niños colombianos, tal como está formulado en la Constitución Política del país y en la *Convención sobre los derechos del niño* de la ONU, y su realización en la realidad, presentada por las ediciones online de los dos periódicos más importantes de Colombia?

En cuanto a la estructura del trabajo, después de la introducción en el primer capítulo, siguen una aproximación teórica al concepto „poder“ en el capítulo 2 y la descripción metódica del trabajo en el capítulo 3. El cuarto capítulo sirve como marco contextual de la tesis, en la cual se da una vista general sobre las circunstancias políticas y sociales en las cuales se encuentran Colombia, y Latinoamérica en general. Para esto, se parte de tres conceptos teóricos o palabras claves que construyen el marco teórico: la democracia, los derechos humanos y la educación. Las informaciones contextuales sirven para entender la razón por la cual la concesión legal de los derechos humanos y de los derechos de los niños es un paso importante para la democratización de un país, pero por qué su realización en la práctica muchas veces tiene que enfrentar obstáculos enormes, sobre todo en el contexto colombiano. El capítulo cinco constituye la parte empírica del trabajo. Se divide en el análisis de los textos elegidos sobre el ideal legal, es decir los artículos correspondientes de la Constitución Política del país y de la *Convención sobre los derechos del niño*, y en el análisis de la realidad presentada por dos artículos de las ediciones online de los periódicos *El Tiempo* y *El Espectador*. Al fin del quinto capítulo se hace una com-

paración entre ideal y realidad, en la cual se intenta distinguir puntos en común y diferencias en la representación de los diversos actores dentro del discurso educativo. El capítulo seis contiene la respuesta a la pregunta de investigación, así como conclusiones generales sobre el trabajo y posibles puntos de partida para investigaciones secundarias.

El método mediante el cual se busca dar una respuesta a la pregunta de investigación es el análisis del discurso según Fellerer/Metzeltin.²²¹ En su método, los autores dirigen el foco al análisis de posibles contextos de poder dentro de un texto. Según Metzeltin/Thir, cada sociedad humana está basada en estructuras jerárquicas, las cuales son imprescindibles para el funcionamiento de la sociedad y la convivencia de sus miembros. Estas estructuras del poder surgen de ciertas reglas y deberes o obligaciones que los individuos deben respetar para vivir en el grupo, y, por lo general, se expresan a través de ciertos ritos o a través de la lengua (v.Cap.2). La temática del poder parece especialmente interesante en los objetos de investigación elegidos, dado que se trata por un lado de instrumentos legales, los cuales siempre contienen estructuras del poder, y por el otro lado, de artículos de prensa, los cuales, según la orientación del periódico también pueden sugerir o criticar ciertas jerarquías sociales dentro de una sociedad. Según los autores, cada tipo de texto puede servir para aclarar ciertas preguntas sociales. Se distancian de una tradición del análisis del discurso que toma en consideración como objetos de investigación solamente textos “relevantes” para el entendimiento de una sociedad. Es decir, para ellos, cada texto redactado sobre un cierto tema puede fungir como objeto de análisis. Sin embargo, los textos que según Fellerer/Metzeltin son los más relevantes para un análisis, son los que, tal como ya se ha mencionado anteriormente, de una manera transmiten estructuras de poder o construcciones de identidad. Sobre todo los medios de masas, como periódicos, películas o transmisiones de radio son especialmente aptos para el cambio, el establecimiento o el soporte de ciertas relaciones del poder.

Para los autores, la función principal de la lengua es la construcción de una realidad (semiótica) y la redacción de textos puede siempre ser vista como intento de ejercer una cierta forma de poder. Subrayan que para la identificación y el entendimiento del poder es necesario preguntar qué tipo de realidad viene redactada por quien, de qué manera, por qué y para quien. Se trata de reconocer, como destinatario de un texto,

²²¹ V. Fellerer, Jan/ Metzeltin, Michael: Diskursanalyse, en: Metzeltin, Michael (ed.): Diskurs. Text. Sprache. Eine methodenorientierte Einführung in die Sprachwissenschaft für Romanistinnen und Romanisten, Wien, 2008, p. 227-272.

qué forma de poder viene propuesta y buscada a ejercer sobre uno mismo. Las estructuras de poder dentro de un texto vienen guardadas o cambiadas, sobre todo constituyendo y tematizando formas de comportamiento valoradas de manera positiva o negativa. En este sentido, desde este punto de vista, “discurso” significa la declaración por parte de dirigentes o de sus oponentes sobre temas mediante los cuales se hacen visibles relaciones de poder con el fin de conservar o cambiarlas. Para Fellerer/Metzeltin, las descritas estructuras de poder surgen de las reglas que existen para la convivencia dentro de un grupo o una sociedad. Las jerarquías inherentes a los textos implican la existencia de miembros más - aquellos que establecen las reglas - y menos poderosos - aquellos que cumplen las reglas - de una sociedad. Es importante añadir que según los autores, las estructuras de poder pueden tener una forma compleja, es decir que un actor al mismo tiempo puede ser poderoso (“mächtig”) y no poderoso (“un-mächtig”). El ejercicio del poder normalmente, y bajo condiciones sociales estables, se efectúa de manera indirecta mediante la sugestión de ciertas formas de comportamiento a través de textos u otros productos semióticos, así que el individuo no poderoso las toma como las propias. Para los autores, un elemento esencial en el contexto del poder, independiente de todas las formas posibles de expresarlo, son los actores (“Aktanten”), es decir los portadores de la acción. Ellos, al mismo tiempo sirven como personajes de identificación para los receptores del texto y como ejemplo para el comportamiento deseado por parte de los poderosos y no poderosos.²²²

En el presente análisis, se sigue fundamentalmente el modo de procedimiento propuesto por Fellerer/Metzeltin y se intenta responder a la mayoría de las preguntas planteadas por los autores mismos. Sin embargo, hay que tener en cuenta que cada texto es único y que por esta razón no sería necesariamente útil poner cada pregunta exactamente de la misma manera en todos los casos.

Como puede observarse, el tercer capítulo de la tesis sirve como vista general sobre el contexto socio-político de Colombia y Latinoamérica en lo pertinente al interés de comprensión, partiendo de la definición de los conceptos de la democracia, los derechos humanos y la educación según los diccionarios de la *Real Academia Española* y de Seco/Andrés/Ramos.

En cuanto a la democracia, las diferentes definiciones convienen en la posición importante que tiene el pueblo en el régimen del estado. De acuerdo con Seco/Andrés/Ramos, otro elemento fundamental de una democracia son las elecciones libres (v.-

²²² V. Fellerer/Metzeltin 2008.

Cap.4). Ellos definen el adjetivo “democrático” entre otros como “Propio del pueblo en general y no solo de las clases privilegiadas. [...]”²²³. Otro ideal de la democracia es, entonces la igualdad de oportunidades para todos, sin ningún privilegio para ciertas clases sociales. También la ONU reconoce los recién mencionados elementos como fundamentales de una democracia y nombra otros elementos más concretos, como el respeto de los derechos humanos y de las libertades básicas, la libertad de expresión y opinión, medios de comunicación libres, independientes y pluralistas etc.²²⁴ Para la ONU, la democracia representa uno de los principios y valores básicos de las Naciones Unidas y significa el intento de asegurar una vida digna para todos los hombres. Promueven la democracia como conjunto de valores y principios a seguir, para promocionar la participación, la igualdad, la seguridad y el desarrollo humano.²²⁵

Colombia muchas veces es llamada la democracia más duradera de América Latina, porque desde el año 1886 sólo ha recibido una nueva constitución y, a pesar del régimen militar, debajo Gustavo Rojas Pinilla entre 1953 y 1957, nunca tuvo que soportar regímenes autoritarios.²²⁶ Sin embargo, la historia de Colombia está caracterizada por un largo conflicto interno y por periodos de extrema violencia, y autores como Puhle y Richter designan el país como “democracia defecta”, la cual existe formalmente, pero que todavía muestra defectos, como por ejemplo restricciones en la libertad política.²²⁷ También el informe *Nuestra Democracia* del año 2010, del PNUD y de la *Secretaría General de la Organización de los Estados Americanos* parte de una definición de democracia que, aparte de la realización de elecciones, tiene como meta el aumento del poder y de los derechos del pueblo. Según este informe hay tres grandes obstáculos que las democracias latinoamericanas tienen que superar: hay que establecer nuevos instrumentos para la participación cívica, hay que fortalecer la división de poderes y su control, y hay que modernizar la organización del estado para fortalecer su poder.²²⁸

Posteriormente en la tesis, se da una definición sobre qué es la Constitución Política de un país (v. Cap. 4). La actual Constitución Política de Colombia cuenta como la

²²³ Seco, Manuel/Andrés, Olimpia/Ramos, Gabino, *Diccionario del español actual*, s.v.: „democracia“.

²²⁴ V. URL: http://www.un.org/es/globalissues/democracy/human_rights.shtml [11.02.2014].

²²⁵ V. URL: http://www.un.org/es/globalissues/democracy/democracy_and_un.shtml [11.02.2014].

²²⁶ V. König 1997.

²²⁷ Puhle (2004:40); Richter (2013:71).

²²⁸ V. URL: http://www.undp.org/content/dam/peru/docs/Gobernabilidad%20democrática/PNUD-OEA_Nuestra_democracia.pdf [16.02.2014].

más moderna y avanzada del país por varias razones, como por ejemplo por la posibilidad que tenía el pueblo de participar en su elaboración²²⁹ o la incorporación de los derechos humanos en el documento.²³⁰

Después de haber aclarado el contexto político de Colombia, se habla sobre el segundo punto de partida teórico del trabajo, el cual es la historia de los derechos de los niños y del desarrollo de la *Convención sobre los derechos del niño*. Antes de comentar el desarrollo de estos derechos, se da otra vez una definición del concepto “derecho humano”, que se puede resumir como derechos que corresponden a cada persona por el sólo hecho de ser humanos y que son necesarios para el pleno desarrollo de la personalidad humana (V.Cap.4.).

La *Convención sobre los derechos del niño* que entró en vigor en el año 1990 es considerada el documento más importante para la protección de los derechos de los niños a nivel internacional.²³¹ Se basa en la *Carta Internacional de los Derechos Humanos*. En contraposición a sus predecesores es un instrumento legal de derecho internacional vinculante que obliga a los estados que lo firmaron a proteger y cumplir todos los derechos. Según la UNICEF, la Convención es el primer documento en el que niños no son vistos como actores solamente pasivos, sino también como actores sociales y propietarios activos de derechos.²³² El informe *The State of the World's Children* de la UNICEF del año 2010 reporta varios sucesos que la Convención ha llevado consigo desde su elaboración. Varios países, entre ellos también Colombia, integraron los derechos de los niños en su Constitución Política. Esto es un paso importante que, sin embargo todavía no garantiza la realización de estos derechos y principios en la práctica.²³³

El tercer punto teórico de la presente tesis es la aproximación al concepto de la educación. A parte de buscar una posible definición del concepto, se intenta dar una visión general sobre la situación educativa de Colombia en el contexto latinoamericano y sobre el grado de realización del derecho a la educación en la práctica. En resumen, se puede decir que según los diccionarios consultados, “educación ” es el acto de transmitir ciertos contenidos a otros, muchas veces niños o adolescentes, para contribuir a su desarrollo intelectual y moral. Además la educación sirve a

²²⁹ V. Lerma Carreño 2007.

²³⁰ V. Sánchez Torres 1995, (citado de: Heinz 1997).

²³¹ URL: <http://www.unicef.at/kinderrechte/die-un-kinderrechtskonvention/> [20.12.2013].

²³² V. URL: <http://www.unicef.de/ueber-uns/unicef-und-kinderrechte> [18.02.2014].

²³³ V. UNICEF 2009.

aprender e interiorizar las reglas de comportamiento de una sociedad para facilitar la convivencia social (V.Cap.4). A parte de la pura transmisión de saber, la UNESCO subraya el aspecto de la autodeterminación de los individuos, de la reflexión crítica y de la participación activa en la vida pública. Aspectos importantes de la educación son el desarrollo y la instalación y salvaguardia de democracia y paz.²³⁴

Respecto a la situación educativa de América Latina, y en especial de Colombia, se nota la división del sector educativo en un sector público y un sector privado, pero el interés del presente trabajo se concentra en el sector público. En los últimos años los países de la región hicieron progresos importantes en el ámbito de la educación y los gastos públicos dedicados a la educación fueron aumentados, aunque todavía representan una parte pequeña del gasto total. La calidad de la educación, de la igualdad de oportunidades para todos los niños, la diferencia entre las clases sociales y las tensiones ciudad - campo, todavía son aspectos problemáticos dentro de la política educativa latinoamericana. Estos problemas que se representan en muchos países de Latinoamérica existen también en Colombia. Una alta tasa de deserción escolar, poco sueldo y reputación para los docentes, malas condiciones de trabajo, una brecha tecnológica y la falta de material didáctico así como una infraestructura insuficiente, son algunos de los obstáculos que se cruzan en el camino de los niños y niñas.²³⁵ Existen varias publicaciones sobre el grado de cumplimiento del derecho a la educación en Colombia, uno de estas fue publicada por la Defensoría del Pueblo en el año 2011. El informe llega a la conclusión de que, entre otros, todavía faltan instituciones y programas educativos en un número suficiente y con la infraestructura necesaria, así como una educación de buena calidad para todos para garantizar plenamente el derecho a la educación para todos los niños colombianos.²³⁶

Los tres puntos de partida teóricos mencionados sirven como marco teórico para permitir hacerse una idea general sobre la situación social y política actual de Colombia en cuanto a la democracia, la implementación de los derechos humanos y la educación. Puesto que para responder a la pregunta de investigación se compara el ideal legislativo a la realidad colombiana presentada por dos periódicos, parece también importante la descripción de la estructura sobre la que están basados los medios de comunicación latinoamericanos, y en especial los colombianos. Para

²³⁴ URL: <http://www.unesco.at/bildung/> [14.02.2014].

²³⁵ V. OREALC/UNESCO 2010.

²³⁶ V. ibídem.

esto, sirven una visión general sobre los medios de comunicación en la región y, como segundo paso, una presentación más profunda de cada uno de los dos periódicos elegidos, *El Tiempo* y *El Espectador*.

La libertad de expresión y opinión en América Latina hoy en día está protegida por las diferentes constituciones políticas de los países. Sin embargo, como ya visto en el caso del derecho a la educación, la implementación de una libertad o un derecho en el marco legal de un país no significa su realización en la realidad.²³⁷ El panorama mediático latinoamericano muchas veces está marcado por la violencia contra los periodistas, el control político, la falta de libertad de información, medidas pasivas de la censura y la supresión etc.²³⁸ Otra característica de los medios de comunicación en América Latina es su estructura oligopólica. Se trata de poderosas empresas internacionales y multimediales que a menudo se extienden sobre varios sectores mediáticos. Muchas veces están en manos de pocos hombres ricos y poderosos, los cuales trabajan en varios sectores de la economía.²³⁹

En cuanto al alcance de los varios medios en América Latina, la prensa juega un rol inferior comparada a la televisión o la radio. La situación económica difícil en la cual se encuentra gran parte de la población y un nivel de educación bajo son razones posibles para este fenómeno.²⁴⁰ Sin embargo, la prensa es un medio de importancia para los dirigentes políticos y económicos y es considerado como medio de información para las clases sociales más altas, bien educadas.²⁴¹ La prensa se difunde sobre todo en centros urbanos, pero en general se trata de prensa sensacionalista y de la representación de ciertas tendencias políticas.²⁴² También en América Latina los nuevos medios y tecnologías ganaron importancia durante los últimos años, aunque el número de usuarios de la telefonía móvil y del internet todavía no puede ser comparado a números europeos o norteamericanos.²⁴³ Actualmente, los periódicos nacionales colombianos de mayor importancia son *El Tiempo* y *El Espectador*. *El Tiempo* es el periódico de mayor alcance a nivel nacional. Es parte de la *Casa Editorial El Tiempo* la cual tiene una posición bastante monopolística en el panorama mediático colombiano. La plataforma online del periódico, *eltiempo.com* es consider-

²³⁷ V. Massmann/Schneider 2013; Schilling - Vacaflor/ Barrera 2011.

²³⁸ Massmann/Schneider (2013:275).

²³⁹ V. Boris 2012; Hetzer 2012; Massmann/Schneider 2013.

²⁴⁰ V. Hetzer 2010; Massman/Schneider 2013.

²⁴¹ Massmann/Schneider (2013:278).

²⁴² V. Hetzer 2010; Massmann/Schneider 2013.

²⁴³ V. Massmann/Schneider 2013.

ada el portal de web más visitado del país.²⁴⁴ El periódico, en un artículo del año 2011 sobre su centenario se declaró como políticamente independiente y comprometido a una lucha para la democracia del país.²⁴⁵ Gran parte de la *Casa Editorial El Tiempo* está en mano de Luis Carlos Sarmiento Angulo, que es considerado el hombre más rico de Colombia y controla también gran parte de la banca colombiana²⁴⁶. Castro y otros autores muestran que todos los medios importantes de Colombia están en mano privada de familias o empresas. Además constatan que se puede observar una influencia intencionada por parte de los propietarios.²⁴⁷

A parte de *El Tiempo*, que por mucho tiempo fue controlada por la familia del actual presidente Santos, también *El Espectador* estuvo en poder de una única familia durante los primeros cien años de su existencia.²⁴⁸ Después de una crisis financiera, el periódico actualmente está en poder del grupo financiero de Julio Mario Santo Domingo.²⁴⁹ También Santo Domingo contó como uno de los hombres más ricos de Colombia y del mundo. Tuvo, entre otros la compañía aérea *Avianca*, la fábrica de cerveza *Bavaria*, *Caracol Radio* y la empresa de telefonía móvil *Celumóvil*.²⁵⁰

Para el análisis concreto se eligieron dos artículos del portal online de ambos periódicos del año 2012: “Repensar la gratuidad educativa” de *El Espectador*²⁵¹ y “A respetar la educación gratuita” de *El Tiempo*²⁵². Ambos artículos tratan del tema de la educación pública gratuita desde el grado cero hasta el grado once, que fue establecida en dicho año. Este tema fue elegido porque, por un lado es un elemento principal en el derecho a la educación exigido del ideal legal. Por el otro lado, el tema de la educación gratuita es un tema que puede ser marcado por ciertas nociones ideológicas y, por esta razón, podría permitir deducciones a ciertas opiniones o actitudes de los medios analizados.

En general, la información en los medios colombianos analizados corresponde a los

²⁴⁴ V. URL: <http://www.eltiempo.com/noticias/el-tiempo-casa-editorial> [08.01.2014].

²⁴⁵ URL: http://www.eltiempo.com/opinion/columnistas/otroscolumnistas/ARTICULO-WEB-NEW_NOTA_INTERIOR-8812720.html [08.01.2014].

²⁴⁶ URL: http://www.eltiempo.com/politica/ARTICULO-WEB-NEW_NOTA_INTERIOR-11610965.html; URL: <http://www.forbes.com/profile/luis-carlos-sarmiento/> [8.1.2014].

²⁴⁷ V. Castro 2013.

²⁴⁸ ibídem.

²⁴⁹ Castro (2013:147).

²⁵⁰ V. „La apuesta de Santo Domingo“, en: *Semana* del 26 de abril 2008, Online en el WWW bajo la URL: <http://www.semana.com/portada/articulo/la-apuesta-santo-domingo/92359-3> [28.02.2014].

²⁵¹ V. URL: <http://www.elespectador.com/opinion/repensar-gratuidad-educativa-columna-326633> [12.02.2014].

²⁵² V. URL: <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-5133730> [12.02.2014].

conocimientos de los diversos informes, estudios académicos y de organizaciones internacionales en cuanto al estado del cumplimiento del derecho a la educación para los niños colombianos. Pero se nota también una diferencia en la representación de la situación. Los actores poderosos, tanto en la prensa nacional como también en el ideal legal son el estado, la sociedad y la familia, mientras que los niños forman la parte débil de la sociedad que necesita protección. Mientras que la posición de *El Tiempo* es absolutamente a favor de la educación gratuita, en el artículo de *El Espectador*, el periodista critica la nueva medida y la llama un acto populista para calmar las masas. En realidad se necesitaría una reforma total del sistema. En *El Tiempo* no hay crítica contra la decisión del Ministerio de Educación y para el autor los únicos culpables que impiden la realización de la educación gratuita para todos son los directores de los institutos educativos que, en parte, todavía piden dinero de los padres por ciertas razones, sin preguntar por posibles causas o analizar el contexto. Se subraya solamente que la emisión de dinero para el sector educativo nunca ha sido tan alto. Concluyendo, la opinión de ambos periódicos sobre el tema de la educación pública gratuita difiere. Mientras que *El Tiempo* presenta la nueva medida como un gran acto por parte de la ministra Campo, *El Espectador* ve un agravamiento en la diferenciación social de la educación y exige una reforma más amplia.

Entonces, el derecho a la educación para todos los niños colombianos todavía no es una realidad, aunque está garantizado legalmente. Los actores más importantes en el ámbito educativo son el estado, la sociedad y la familia, pero en los periódicos el actor más poderoso es el estado con sus funcionarios. Mientras que se nota una posición más progubernamental en *El Tiempo*, la información en *El Espectador* parece más diferenciada y crítica. (V.Cap.5 y 6).

Puntos de partida interesantes para una profundización del tema serían por ejemplo un análisis de los receptores de la *Convención sobre los derechos del niño*, para tener más informaciones sobre el verdadero conocimiento de los derechos de los niños en la sociedad colombiana. También en el ámbito de los medios sería interesante tener más información sobre el influjo de los propietarios de los periódicos a la presentación de ciertos temas.

Para el futuro todavía se necesita un foco mayor en la necesidad de una educación de buena calidad para todos, y el reconocimiento intensificado de la educación como derecho para todos también por parte de los medios.

Anhang 3: Abstract

Ziel der vorliegenden Arbeit war es eine mögliche Diskrepanz in der Formulierung des gesetzlichen Ideals des Rechts auf Bildung für Kinder in Kolumbien und der Erfüllung dieses Rechts in der von kolumbianischen Printmedien präsentierten Realität aufzuzeigen. Im Zuge der Beantwortung der Forschungsfrage wurden die *Internationale Konvention über die Rechte des Kindes*, die aktuelle politische Verfassung Kolumbiens und Artikel aus dem Bildungsdiskurs des Jahres 2012 der Online-Portale der beiden auflagenstärksten Tageszeitungen Kolumbiens, *El Tiempo* und *El Espectador*, untersucht und einander gegenübergestellt. Als Methode diente die Diskursanalyse nach Fellerer/Metzeltin, mit Hilfe derer etwaige, den Untersuchungsgegenständen inhärente oder von ihnen suggerierte, Machtstrukturen und Hierarchien aufgezeigt werden sollten. Durch die Einbettung der jeweiligen Untersuchungsgegenstände in ihren Kontext und die Präsentation aktueller Erkenntnisse zur politischen und sozialen Realität Kolumbiens sollten mögliche Perspektiven in der Darstellung von Akteuren im Bildungskontext deutlich werden.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen eine deutliche Rollenzuweisung in den analysierten gesetzlichen Idealen: Kinder sind ein schutzbedürftiger, „un-mächtiger“ Akteur in der Gesellschaft und es obliegt der Gesellschaft, dem Staat, den Lehrern und den Familien für die Erfüllung der Rechte der Kinder - in diesem Fall speziell des Rechts auf Bildung - zu sorgen. In der Medienberichterstattung über die „Wirklichkeit“ wird jedoch deutlich, dass dieses Recht in Kolumbien nicht vollständig für alle Kinder erfüllt wird und in einigen Bereichen noch enorme Defizite bestehen. Außerdem nehmen Staat oder Regierung und ihre jeweiligen Vertreter im Mediendiskurs eine wichtige Machtposition ein, während die Rolle von anderen Akteuren, wie Lehrern oder Eltern eine im Allgemeinen eher „un-mächtige“ ist. Die Berichterstattung der beiden untersuchten Tageszeitungen unterscheidet sich insofern, als die gesellschaftlichen Machtstrukturen im Bildungsbereich, sowie Entscheidungen der Regierung und ihrer Vertreter von *El Espectador* zum Teil kritisiert werden, während in *El Tiempo* keine Kritik an vorhandenen Strukturen oder Machthabern geäußert wird.

Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Name	Yvonne Teufel
Geburtsdatum	14.06.1989
Nationalität	Österreich

Ausbildung

Schule und Studium

10/2009 – 06/2014	Abschluss Lehramtsstudium Italienisch/Spanisch, Universität Wien
10/2008 – 06/2009	Lehramtsstudium Italienisch/Spanisch, Karl Franzens Universität Graz
10/2007 – 06/2008	2 Semester Diplomstudium Psychologie
09/1999 – 05/2007	Öffentliches Stiftsgymnasium der Benediktiner Seitenstetten, Reifeprüfung

Auslandserfahrungen

01/2012 – 06/2012	Erasmus Auslandssemester in Spanien, Universidad Carlos III de Madrid
07/2011	3-wöchiger Sprachkurs in Italien, Catania
07/2010	Praktikum bei „Pergine Spettacolo Aperto“ in Italien, Sommeroper-Produktion
07/2009	1-monatiger Au-Pair Aufenthalt in Spanien, Tarragona
2004 – 2006	Sprachreisen nach England, Frankreich und Italien in der AHS

Kenntnisse und Qualifikationen

Sprachen	> Spanisch (fließend in Wort und Schrift, C1) > Italienisch (fließend in Wort und Schrift, C1) > Englisch (fließend in Wort und Schrift, B2) > Französisch (Schulkenntnisse, A2)
Führerschein	> Klasse B
Programme	> MS Office, Pages, Keynote (Mac)

Berufserfahrung

03/13 - 03/14	Tutorin von Univ. Prof. Dr. Anke Wegner, „Theorie und Praxis des Lehrens und Lernens“, Zentrum für LehrerInnenbildung der Universität Wien, Porzellangasse 4, 1090 Wien
03/13 - 03/14	Tutorin von Dr. Karlheinz Valtl, „Bildungswissenschaftliche Praxisreflexion“ bzw. „Begleitende Reflexion zur Schulpraxis“, Zentrum für LehrerInnenbildung der Universität Wien, Porzellangasse 4, 1090 Wien
08/05 - dato	diverse Ferialpraktika, Nachhilfe